

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 21. Mai 1992

NATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

HAUPTPROTOKOLL der Sitzung vom 11./12. Mai 1992,
14.00 - 18.45 und 08.00 - 12.15 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 86

TEILNEHMER Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry,
Bär, Bäumlín, Berger, Bircher Silvio,
Caccia, Columberg, Darbellay (ersetzt
Maître), Eggly, Fischer-Häggingen, Frey
Walter (12. Mai), Grendelmeier, Haller,
Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud,
Ruffy, Scheidegger, Segmüller, Steffen,
Vollmer, Wyss, Ziegler Jean (12. Mai)

Entschuldigt:
für 11. Mai: Frey Walter, Ziegler Jean

Andere Teilnehmer:

- Traktandum 1:
Botschafter Antti Hynninen, Finnland
Botschafter Franz Parak, Oesterreich
Botschafter Hans V. Ewerlöf, Schweden
- Traktanden 1 und 2:
Botschafter M. Krafft, EDA
T. Borer, Völkerrechtsdirektion, EDA
R. Stücheli, EDA
- Traktandum 3:
Botschafter P.-Y. Simonin, EDA
R. Schaller, Generalsekretär EDA
R. Stücheli, EDA
- Traktandum 4
Staatssekretär F. Blankart, EVD
Staatssekretär J. Kellenberger, EDA
Botschafter M. Krafft, EDA
R. Stücheli, EDA
- Traktandum 6
Frau I. Apfelbaum, EDA
C. Menz, BAK, EDI
R. Stücheli, EDA
- Traktandum 7:
P. Sutter, EDA
R. Stücheli
- Traktandum 8:
R. Stücheli, EDA

Kommissionssekretariat: A. Aebi, M. Hutter,

Protokoll: I. Stauffer (d), H. Baessler (f)



- TAGESORDNUNG
1. Bericht der Studiengruppe zu Fragen der schweizerischen Neutralität; Anhörung der Botschafter Finnlands (Genf), Oesterreichs und Schwedens (Bern)
 2. Kommissionsinterne Aussprache über die Anhörung; Schlussfolgerungen; Diskussion über eine Stellungnahme
 3. Aktualitäten
(Siehe Teilprotokoll 1)
 4. Die institutionellen Aspekte des EWR-Vertrages
(Siehe Teilprotokoll 2)
 5. Vorbereitung der Sitzung vom 24./25./26. Juni 1992
(Siehe Teilprotokoll 2)
 6. 91.081 n Konventionen des Europarates 5. Bericht; Antrag Rebeaud
(Siehe Teilprotokoll 3)
 7. Berichterstattung der Teilnehmer an der Wahlbeobachtermission in Albanien (22.3.1992)
(Siehe Teilprotokoll 4)
 8. Verschiedenes
(Siehe Teilprotokoll 4)

- ORDRE DU JOUR
1. Rapport du groupe d'étude sur la neutralité de la Suisse; Audition des ambassadeurs de Finlande (Genève), d'Autriche et de Suède (Berne).
 2. Discussion relative à l'audition au sein de la commission; Conclusions
 3. Actualités
(Voir procès-verbal particulier 1)
 4. Les aspects institutionnels du Traité sur l'EEE
(Voir procès verbal particulier 2)
 5. Préparation de la séance des 24/25/26 juin 1992
(Voir procès-verbal particulier 2)
 6. 91.081 n Conventions du Conseil de l'Europe. 5e Rapport; Proposition Rebeaud
(Voir procès-verbal particulier 3)
 7. Rapport des participants à la mission d'observation des élections en Albanie (22.3.1992)
(Voir procès-verbal particulier 4)
 8. Divers
(Voir procès-verbal particulier 4)

1. Bericht der Studiengruppe zu Fragen der schweizerischen Neutralität; Anhörung der Botschafter Finnlands (Genf), Oesterreichs und Schwedens (Bern)

Botschafter Hynninen:

Herr Präsident

Ich möchte mich für die Ehre, hier einen Vortrag über die finnische Aussen- und Sicherheitspolitik halten zu dürfen, sehr herzlich bedanken. Ich möchte hierbei Ihrem Wunsch gemäss besonders die Neutralität betrachten.

Wir haben in den letzten Jahren in Europa riesige, aber hauptsächlich friedliche Veränderungen erlebt. Der bedrohliche Schatten eines Grosskriegs ist abgewendet. Demokratie sowie die Werte des Rechtsstaats und der Marktwirtschaft sind die Basis des neuen Europa. Die Sicherheit in Europa hat sich gefestigt.

Finnland hat sich auf seine nationalen Charakteristiken beruhend als Teil des Nordens und Europas entwickelt. So haben sich unsere Werte, Wirtschaft und Kultur entwickelt. Geographie und Geschichte sind natürlich auch von zentraler Bedeutung bei der Definition unserer internationalen Position.

Die Geschichte Europas war lange Zeit von zwischenstaatlichem Wettbewerb und daraus resultierender Gegenüberstellung geprägt. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich Europa ideologisch und politisch geteilt. Daraus resultierten auch zwei wirtschaftliche Systeme.

Im zweigeteilten Europa ist Finnland bestrebt gewesen, ausserhalb von Grossmachtkonflikten zu bleiben. Aus diesem Grunde haben wir es vermieden, solchen Organisationen anzugehören, denen man nachsagen konnte sie stützten sich auf die politische Zweiteilung. Zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Interessen haben wir umfassende Verträge mit allen unseren Handelspartnern ausgehandelt, und wir haben uns auch aktiv am europäischen Integrationsprozess beteiligt.

* * *

Die Fähigkeit Finnlands, sein eigenes Territorium verteidigen zu können und der feste Glaube an die eigenen, westlichen Werte bildeten nach dem Krieg den Ausgangspunkt, von dem aus wir begannen, unseren eigenen Platz im zerstörten Europa einzulösen.

Der Ausbruch des kalten Kriegs stellte für Finnland eine grosse Herausforderung dar; wie konnte man es vermeiden, in Konflikte dritter Länder mit hineingezogen zu werden. Das Erreichen dieses Ziels wurde zum Leitfaden unserer Aussen- und Sicherheitspolitik.

Eine unabhängige Aussenpolitik und Verteidigungsfähigkeit waren der Ausgangspunkt unserer Neutralitätspolitik. Von 1948 an wurde die finnische Position auch durch den zwischen Finnland und der Sowjetunion abgeschlossenen bilateralen Vertrag beeinflusst. Der Vertrag verlor seine Gültigkeit im Januar 1992, und Finnland schloss mit Russland einen Nachbarschaftsvertrag neuen Typs ab. Dieser Vertrag ist anderen, zwischen Russland/Sowjetunion und einigen westeuropäischen Ländern im Geist des neuen Europa abgeschlossenen Verträgen ähnlich.

Jeder der neutralen Staaten Europas hat seine eigene Geschichte und seine eigene geographische Lage. Die

finnische Neutralität hat nicht auf internationalen Verträgen oder Garantien beruht, sondern sie ist in erster Linie eine politische Willenserklärung gewesen.

* * *

Die Veränderung der internationalen Lage hat einen bedeutenden Einfluss sowohl auf die Aussenpolitik Finnlands wie sicher auch auf die der anderen traditionell neutralen Staaten Europas. Finnland formt seine internationalen Beziehungen in der sich verändernden Umgebung auf der Basis unserer nationalen Traditionen und historischen Erfahrungen.

Während wir unsere Teilnahme an der europäischen Integration intensivieren, behält die finnische Position ihre starke nordische Verbindung.

Mit dem Zusammenbrechen der Zweiteilung in Ost und West und dem Ende der Gegenüberstellung der Grossmächte eignet sich die Neutralität nicht mehr wie früher als Verhaltensleitfaden bei internationalen Konflikten.

Alle KSZE-Staaten haben sich verpflichtet, ein neues Europa, das auf den Prinzipien von Demokratie, Menschenrechten und wirtschaftlicher Freiheit beruht, aufzubauen. Für die Entwicklung der internationalen Beziehungen ist es entscheidend, dass man an diesen Werten und Normen festhalten kann.

In der neuen internationalen Konstellation wächst die zwischenstaatliche Abhängigkeit. Auch in der Sicherheitspolitik wächst die Bedeutung der Zusammenarbeit. Finnland ist für seinen Teil bereit, seinen Verpflichtungen gemäss an der Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit sowie im Rahmen der KSZE und der UNO an der Lösung von Konflikten teilzunehmen.

Als Mitglied der Europäischen Union werden wir an der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der Union teilnehmen.

* * *

Beim Beitrittsgesuch zur Europäischen Gemeinschaft haben Österreich, Schweden und Finnland die Frage der Neutralität jeder auf seine Art behandelt.

Finnland hat bei seinem Beitrittsgesuch keine Vorbehalte vorgebracht. Diese Ansicht der Regierung wurde bei der die Sache betreffenden Parlamentsdebatte hervorgebracht.

Demnach kann im heutigen Europa der Kern der finnischen Neutralitätspolitik als militärische Nicht-paktgebundenheit und als selbstständige Landesverteidigung charakterisiert werden. Wir unterhalten eine schlagkräftige und in Bezug auf unsere Sicherheitsumgebung glaubwürdige nationale Verteidigungsfähigkeit.

* * *

Bei der Begründung unseres EG-Mitgliedschaftsgesuchs haben wir betont, dass wir bereit sind, alle Verpflichtungen des Maastrichter Abkommens zu akzeptieren. Dies gilt auch für Entwicklung der Verteidigungsdimension der Gemeinschaft.

Wir verfolgen genauestens die Entwicklung der WEU auf der Basis der Beschlüsse von Maastricht. Unser Verhältnis zur WEU wird auf Grund dessen entschieden, was die Europäische Union 1996 über ihre Verteidigungsdimension entscheidet.

Wie ich schon vorhin erwähnte, hatte während des kalten Kriegs die Neutralität für Finnland eine wichtige sicherheitspolitische Aufgabe. Wegen unserer schwierigen

strategischen Lage wollten wir ausserhalb von Grossmachtkonflikten bleiben und die Stabilität im Norden Europas fördern, wobei auch die anderen nordischen Länder einen wichtigen Beitrag geliefert haben.

Konsequenterweise bemühen wir uns auch weiterhin, die Sicherheit und Stabilität in Nordeuropa zu festigen. Wir fühlen uns nicht bedroht, aber unserer Ansicht nach dient eine unabhängige Verteidigung in dieser immer noch andauernden Phase der Veränderungen diesem Ziel.

Ausserhalb von Militärbündnissen zu bleiben gibt uns die Möglichkeit, bei Konflikten dritter Länder neutral zu bleiben. Es ist unsere feste Absicht, unsere nationale Verteidigungsfähigkeit in Bezug auf unsere Umgebung glaubwürdig zu erhalten.

In diesem Zusammenhang muss man auch die letzte Woche getroffene Entscheidung der finnischen Regierung sehen, die finnischen Jagdflugzeuge zu erneuern und 64 Stück F/A-18 Hornet Abfangjäger zu beschaffen.

Nach unserer Ansicht ist die Festigung der Stabilität im Norden im Interesse ganz Europas. Diese Prinzipien unserer Aussenpolitik sind vereinbar mit den Anforderungen für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

* * *

In der Mitgliedschaftsverhandlung zwischen Finnland und der EG wird man sehen, auf welche Art unsere Aussen- und Sicherheitspolitik und die Anforderungen der Mitgliedschaft miteinander verknüpft werden. Wir sind dennoch fest davon überzeugt, dass wir hier auf keine nennenswerten Probleme stossen werden. Finnland und die EG verbindet die Bemühung, ein auf Zusammenarbeit beruhendes Europa zu bauen, in dem

auch die Sicherheit in zunehmendem Masse und gemäss gemeinsam getroffenen Regeln auf Zusammenarbeit basiert.

Die nordische Zusammenarbeit bringt ihren eigenen Teil in das sich vereinigende Europa ein. Nordeuropa ist der gesellschaftlich stabilste Teil Europas. Beim Eintritt in eine erweiterte Europäische Gemeinschaft bringen die nordischen Staaten keine ungelösten gesellschaftlichen Konflikte mit sich. Im Gegenteil, wir können Lösungsmöglichkeiten bieten, die auch für andere von Wert sein können.

Finnland unterstützt seinen östlichen Nachbarn Russland und die anderen GUS-Staaten sowie die baltischen Länder und die Länder im östlichen Mitteleuropa bei ihren Bemühungen zur Stärkung der Demokratie und zum Bau der Marktwirtschaft. Hierbei ist der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft von zentraler Bedeutung. Als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft öffnen sich für Finnland neue Möglichkeiten zur Wechselwirkung mit unseren Nahgebieten.

Herr Präsident

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bin bereit, auf Ihre Fragen zu antworten.

M. Eggly : Ai-je bien compris : la Finlande souhaiterait continuer à rester neutre vis-à-vis du Tiers-Monde?

M. l'ambassadeur Hynninen : C'est un malentendu. Vous faites sans doute allusion à ce passage de mon exposé où l'on parlait en fait de *pays tiers* : "Ausserhalb von Militärbündnissen zu bleiben gibt uns die Möglichkeit, bei Konflikten dritter Länder neutral zu bleiben."

Präsident: Wenn Finnland ausserhalb von Militärbündnissen bleiben will, wird es früher oder später mit dem Maastrichter Vertrag in Konflikt kommen. Sehen Sie das auch so?

M. l'ambassadeur **Hynninen** : La question est pertinente, mais hypothétique. Cette question a été aussi posée dans le rapport du groupe d'étude sur la neutralité de la Suisse, qui est arrivé à certaines conclusions peu différentes des nôtres. Le texte de Maastricht ajoute une dimension politique de défense, mais aucune ligne n'a encore été tracée, ni quant à l'étendue de cette dimension, ni quant à sa mise en oeuvre.

M. **Ruffy** : Touchant la compatibilité ou l'incompatibilité de la neutralité dans la perspective du rapprochement de votre pays avec la CE, vous avez dit n'avoir perçu aucune incompatibilité. Etait-ce le fait d'avoir été intégrés au Conseil nordique, qui a conçu depuis longtemps une stratégie pour le Nord de l'Europe? Vous comptez un membre de l'OTAN dans ce Conseil nordique, on peut imaginer qu'il y avait déjà là un rapprochement vis-à-vis d'autres alliances. Autre question : s'il avait dû y avoir une réserve vis-à-vis de l'abandon de la neutralité, de quelle nature aurait-elle été?

M. l'ambassadeur **Hynninen**: A la première question je répondrai en deux parties :

a) Chaque pays définit sa politique de neutralité sur la base des données existantes, comme cela s'est fait dans le rapport suisse; sur la base des données existantes, nous ne nous attendons pas à rencontrer des problèmes majeurs. Ce n'est pas dire que nous n'avons pas de problèmes, ni que nous ne pensons pas en rencontrer dans cette redéfinition partielle de la politique de la Finlande.

b) Certaines constellations entre les pays nordiques pour la Finlande étaient neutres avec un accent parfois différent suivant les pays - la Suède étant neutre, le Danemark et la Norvège étant membres de l'OTAN -. Cela a servi à l'équilibre pendant les 45 ans qui ont suivi la deuxième guerre mondiale. Mais on n'a pas, et on n'a jamais eu une coopération politique de défense ou de sécurité en commun entre pays nordiques. C'est seulement que cette constellation était à l'évidence utile à l'ensemble de l'Europe.

Votre deuxième question : je ne crois pas pouvoir donner un exemple d'obstacle ou de réserve dans cette nouvelle situation.

Frau Grendelmeier: Ist es richtig, dass Finnland alles, was das Abkommen von Maastricht beinhaltet, inklusive die Wehrpolitik, mitunterzeichnen würde und gleichzeitig an der Neutralität festhalten will, indem es nicht an Konflikten Dritter beteiligt sein wird - welche Dritte werden das sein? Mir scheint diese Aussage widersprüchlich zu sein.

M. l'ambassadeur **Hynninen** : 1) Je ne crois pas qu'il y ait de malentendu ici. Comme je le mentionnais dans mon exposé, nous sommes prêts d'abord à accepter la finalité politique de la CE, et aussi tout le texte de l'accord de Maastricht. 2) Naturellement, il y a différents niveaux dans le document de Maastricht. Il y a quelque chose que l'on doit mettre en

oeuvre, il y a des plans, et il y a aussi des intentions plus ou moins fermes. Mais la base est correcte.

M. **Rebeaud** : Trois questions :

- 1) Vous avez répondu partiellement à la première, mais j'insisterai. Parmi les perspectives que vous avez qualifiées d'hypothétiques, mais qui sont néanmoins réelles de la CE, il y a la création d'une force armée communautaire qui pourrait jouer un rôle international comme manifestation de la puissance politique et militaire de l'Europe. La Finlande, une fois membre de la CE, aimerait-elle que cette force militaire européenne obéisse à la définition des pays neutres, c'est-à-dire qu'elle soit strictement défensive, comme en Finlande ou en Suisse?
- 2) Parmi les institutions et conférences existantes, continuez-vous à croire à l'importance de la CSCE et du Conseil de l'Europe pour affermir une vocation pacifiste de l'Europe?
- 3) Que représente l'effort financier de l'achat par la Finlande de 64 avions de combat FA/-18?

M. l'ambassadeur **Hynninen** : Je répondrai à vos questions dans l'ordre inverse :

- 3) La décision a été publiée, mais je n'en connais pas les considérants. Le prix de ces 64 avions est de 13,5 milliards de marks finlandais, soit 4,5 milliards de francs suisses. Il faut dire qu'il y a des méthodes de calcul différentes si on prend la valeur présente ou si on inclut des armements supplémentaires. Je n'en sais pas plus que le chiffre publié.
- 2) La CSCE tient maintenant une session à Helsinki. Evidemment, les principes qui y ont été développés sont la base de la sécurité en Europe. Maintenant, comme il n'y a plus de conflit idéologique entre l'Est et l'Ouest, je crois que ces principes sont plus faciles à accepter par chaque pays. La CE fait très souvent appel à ces principes.
- 1) Quant à la force armée européenne éventuelle, j'insisterai sur le caractère hypothétique de la question. M. l'ambassadeur Krafft connaît mieux le texte de Maastricht et pourra éclaircir la question pour la Suisse. Ce qui est nouveau dans la redéfinition de notre politique étrangère, c'est que nous garderons notre défense nationale d'une part, et que d'autre part, je cite : "Demnach kann im heutigen Europa der Kern der finnischen Neutralitätspolitik als militärische Nicht-paktgebundenheit und als selbständige Landesverteidigung charakterisiert werden."

M. l'ambassadeur **Krafft** : Le traité d'union politique de Maastricht a une finalité, qui est une défense commune. Mais cette défense commune reste une perspective. Ce qui existe actuellement, c'est une politique étrangère commune. Dans le contexte actuel, la Finlande considère qu'elle peut se rallier aux objectifs du Traité de Maastricht en matière de politique étrangère et de sécurité commune, étant entendu que la Finlande sera amenée à revoir sa position si la CE parvient un jour à définir une défense commune.

Bircher Silvio: Herr Botschafter, Ihre bisherige Neutralität hatte ja ihre besondere Bedeutung durch Ihre geographische Exponiertheit gegenüber der früheren UdSSR. Die Neutralität, wie Sie sie für die Zukunft definiert haben, beinhaltet immer

noch den militärischen Kern. Könnten Sie sich vorstellen, dass, wenn sich eine EG der weiteren Zukunft entwickelt, die auch die GUS-Staaten einbeziehen würde, diese auf den militärischen Kern beschränkte Neutralität neu überprüft würde?

M. l'ambassadeur **Hynninen** : Il faut faire la distinction entre la politique de sécurité et la politique de défense. Cette différence existe aussi dans le texte du Traité de Maastricht. Si on considère, comme c'est le cas dans le rapport de la Suisse sur la neutralité, qu'il y a des éléments nouveaux de la politique de sécurité, puis de défense s'il y a une menace militaire. La politique de sécurité de la Finlande envers la Russie se pose au regard des conditions économiques différentes, du problème des migrations éventuelles, de l'écologie et surtout des centrales nucléaires. Ces éléments de politique de sécurité ont une importance primordiale pour les citoyens actuels. Si vous pensez à toutes les frontières du monde, je ne pense pas qu'il y ait un fossé dans le développement économique aussi grand qu'entre la Finlande et la Russie. Même l'exemple classique du Rio Grande n'est rien comparé avec le fossé qui existe entre la Carélie soviétique et la Carélie finlandaise. C'est une préoccupation primordiale. On ne sait pas ce qui va se passer. On nous demande toujours plus d'assistance, pas seulement dans les pays baltes, mais aussi en Carélie russe.

Nous ne nous sentons pas menacés militairement. En tous cas, nous conservons notre défense nationale, et dans ce contexte, il ne faut pas oublier que nous avons conclu un traité bilatéral avec la Russie. Pourquoi un tel traité? Parce que la Russie reste une grande puissance, et que la géographie est ce qu'elle est. Il faut établir des principes mutuels. Le paragraphe 4 de ce Traité est en trois parties :

1) Les parties contractantes s'abstiennent d'utiliser la force ou la menace par la force contre l'intégrité territoriale ou l'indépendance politique de l'autre partie contractante.

2) Les parties contractantes n'utilisent pas, et ne permettent pas que l'on utilise leurs territoires pour une attaque armée contre l'autre partie contractante.

3) Si la Finlande ou la Russie subissent une attaque armée, les parties contractantes s'abstiennent de toute assistance militaire à l'agresseur et offrent leurs bons offices pour aider à résoudre le problème.

A part cet aspect militaire, le reste du traité touche la politique de sécurité. Nous espérons évidemment que ces événements ne se produiront pas, mais ils restent une préoccupation première.

Vollmer: Herr Botschafter, Sie haben die Neutralität weitgehend auf die militärische Bündnisfreiheit reduziert. Gibt es in Finnland Diskussionen darüber, wie weit diese Neutralität mit aktiven aussenpolitischen Massnahmen in Konflikt geraten kann? Gibt es in Finnland eine neutralitätspolitische Doktrin bezüglich der Beteiligung an Sanktionen der UNO, insbesondere wenn diese Sanktionen militärischer Art sind?

M. l'ambassadeur **Hynninen** : Comme je l'ai énoncé dans mon exposé, la politique de neutralité de la Finlande a toujours été l'expression d'une volonté. Naturellement, dans le contexte européen actuel, il était évident qu'un tel débat ait lieu dans

mon pays. Rappelons que le mot *neutralité* ne constitue qu'un élément de notre politique étrangère, et qu'il ne la domine pas.

Quant aux sanctions décidées par l'ONU, la Finlande y participe.

Frau Haller: Herr Botschafter, welchen Stellenwert hat die Neutralitätsfrage im Selbstbewusstsein der finnischen Bevölkerung? Im Hinblick auf die Annäherung an die EG wird eine Aenderung dieser Definition nötig sein; gibt es darüber überhaupt eine Diskussion? Wenn es sie gibt - wie agieren die Behörden im Hinblick auf ein solches Umdenken in der Bevölkerung?

M. l'ambassadeur **Hynninen** : N'oublions pas que la politique de neutralité de la Finlande existe seulement depuis la deuxième guerre mondiale. On a pu observer une certaine tendance à mener une politique de neutralité entre les deux guerres, mais cela n'a pas réussi. La Finlande s'est lancée deux fois contre l'URSS et une fois contre l'Allemagne pendant la deuxième guerre mondiale.

Emotionnellement, et politiquement aussi, la neutralité reste néanmoins un élément de notre politique étrangère. Mais il y a des nuances et une évolution. Une discussion a eu lieu, mais reconnaissons que notre situation géopolitique a fait que notre politique étrangère n'est pas un domaine où la démocratie a pu s'exprimer. Il faut avouer qu'elle a connu un certain dirigisme. La discussion a été libre, mais les pouvoirs très étendus du président de la république expliquent peut-être qu'il n'y ait pas eu de forte réaction "émotionnelle".

Botschafter Parak:

Es freut und ehrt mich, in Ihrem Kreis, der für die aussenpolitische Willensbildung der Schweiz von entscheidender Bedeutung ist, die Gelegeheit erhalten zu haben, über die österreichische Neutralität im europäischen Umfeld zu sprechen. Sie können sich vorstellen, dass diesem Problem auch in Oesterreich seitens der Politiker, Experten und Wissenschaftler grosses Augenmerk geschenkt wurde, und Sie werden sich auch denken können, dass die Auesserungen über ein so aktuelles Thema nicht immer identisch sein können. Grosso modo möchte ich kurz erwähnen, dass auf der einen Seite die Grünen stehen, die ein grosses Misstrauen gegenüber der EG haben; dort sollte die Neutralitätspolitik am strengsten gehandhabt werden. Der Standpunkt der Grünen wurde besonders vom letzten Präsidentschaftskandidaten Junkg ganz entschieden vorgetragen; aber in letzter Zeit hat sich eine gewisse Aufweichung dieser Haltung gezeigt. Die Grünen sind noch immer nicht für die EG, aber unter gewissen Umständen könne man darüber reden. Auf der anderen Seite des Spektrums steht die Freiheitliche Partei Oesterreichs, die diesbezüglich sich nicht festlegt und keine Probleme hat. Die beiden anderen grossen Parteien, die Sozialdemokratische Partei und die Oesterreichische Partei, haben in dieser Frage keine grundlegenden Unterschiede.

Lassen Sie mich einleitend einige Fakten, die den österreichischen Beitrittsantrag und die Neutralität betreffen, erwähnen:

Wie Sie wissen, hat der österreichische Ausserminister am 17. Juli 1989 dem Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften DUMAS die Anträge auf Mitgliedschaft in den drei Gemeinschaften (Wirtschaft, Kohle und Stahl, Atom) übergeben. Hiebei wurde folgender Passus in das Schreiben aufgenommen:

Oesterreich geht bei der Stellung dieses Antrages von der Wahrung seines international anerkannten Status der immerwährenden Neutralität, die auf dem Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 beruht, sowie davon aus, dass es auch als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften aufgrund des Beitrittsvertrages in der Lage sein wird, die ihm aus seinem Status als immerwährender neutraler Staat erfliessenden rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen und seine Neutralitätspolitik als spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa fortzusetzen.

Es hatte in Oesterreich Diskussionen gegeben, ob ein solcher Passus überhaupt in den Brief aufgenommen werden sollte. Schliesslich tat man es doch. Zu bedenken ist, dass im Osten Europas damals noch ein intakt scheinendes Sowjetimperium bestand, auf das Rücksicht zu nehmen war.

Im Februar 1990 hat der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten in einem Memorandum festgestellt, dass

Oesterreich gewillt ist, die Rechte und Pflichten, die aus einer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft erwachsen, zu übernehmen und sich daher zu den grundsätzlichen Zielsetzungen der Gemeinschaftsverträge und der Einheitlichen Europäischen Akte zu bekennen, "an deren Verwirklichung Oesterreich im Geiste der Solidarität mit Sitz und Stimme teilnehmen will".

Am 31. Juli 1991 kam die Stellungnahme der Kommission ("Avis"). Hier wird hinsichtlich der Neutralität festgestellt, dass "die immerwährende Neutralität Oesterreichs für die Gemeinschaft wie für Oesterreich Probleme aufwirft", die jedoch "vom rechtlichen Standpunkt aus nicht unüberwindlich sein dürften".

Daraus ergibt sich, dass die Mitgliedschaft zu den EG mit dem Status der dauernden Neutralität vereinbar sein müsste.

In diesem Zusammenhang tauchen einige Fragen auf, nämlich was ist Neutralität, was ist bzw. wird die Europäische Gemeinschaft und welchen Stellenwert wird eine Neutralität in Hinkunft haben?

Zumal die österreichische Neutralität – wie wir später sehen werden – einen völkerrechtlichen Bezug hat, möchte ich nunmehr einige Worte über das Neutralitätsrecht, das sich ja im wesentlichen nach der bisherigen Lehre auf die Haager Abkommen aus dem lang zurückliegenden Jahr 1907 stützt, verlieren.

So ist Voraussetzung für die Anwendung des Neutralitätsrechts das Vorliegen eines Krieges. Die Staatenpraxis in den letzten Jahrzehnten hat jedoch gezeigt, dass die Konfliktparteien in der Regel bestrebt sind, einen formellen Kriegszustand zu vermeiden. Eine verpflichtende Anwendung des völkerrechtlichen Neutralitätsrechts gab es daher nur in ganz wenigen Fällen und diese Fälle werden in Hinkunft noch abnehmen. Kriege im völkerrechtlichen Sinn waren beispielsweise der Indisch-Pakistanische Konflikt von 1965, der Israel-Arabien-Krieg und der Irak-Iran-Krieg in letzten Stadium.

Dies heisst jedoch nicht, dass ein neutraler Staat nicht von sich aus, ohne völkerrechtlich dazu verpflichtet zu sein, aus neutralitätspolitischen Gründen, vor allem aus Gründen der Glaubwürdigkeit, bei anderen bewaffneten Konflikten Handlungen setzt oder Unterlassungen vornimmt, als ob ein formeller Krieg bestünde. Dies war auch weitgehend die Praxis der Schweiz und Oesterreichs.

Ich erinnere hier vor allem an das Kriegsmaterialgesetz. Völkerrechtlich bestünde nämlich für einen Neutralen nur die Pflicht, im Falle eines formellen Krieges die Kriegsparteien gleich zu behandeln, das heisst, wenn man an den einen liefert, kann man dies dem anderen nicht verwehren.

Im Gegensatz zum völkerrechtlichen Neutralitätsrecht sprechen die Genfer Konventionen von 1949 im Zusammenhang mit dem darin kodifizierten humanitären Völkerrecht von bewaffneten Konflikten. Das heisst, dieses humanitäre Völkerrecht kommt auch dort zur Anwendung, wenn das klassische Völkerrecht nicht aktualisiert wird. Es hat nicht das Verhältnis von Staat zu Staat, sondern von Staat zu Einzelmenschen zum Gegenstand. Auch hier spielt das klassische völkerrechtliche Neutralitätsrecht keine Rolle.

Seit der Haager Konvention hat sich das klassische Neutralitätsrecht kaum weiterentwickelt, es hat sich manches Gewohnheitsrecht entwickelt (Luftneutralität), ist aber vertraglich nicht mehr erneuert worden und von mancherorts wird sogar die Frage gestellt, ob sie noch geltendes Völkerrecht ist.

Ich erinnere daran, dass zu dieser Zeit das Führen von Kriegen mit militärischer Gewalt, die über die Selbstverteidigung hinausgeht, noch nicht völkerrechtlich verboten war. Heute ist es dies.

Wir sehen also einerseits eine Abnahme der Bedeutung der Neutralität im klassischen Sinn – weil es ja keine Kriege im formellen Sinn mehr gibt – gleichzeitig aber verstärkt Handlungen der Neutralitätspolitik, und anderserseits Verpflichtungen, die ein Neutraler heute im Gegensatz zu früher immer mit Rücksicht auf die Staatengemeinschaft eingehen muss – ich erinnere an die Teilnahme an wirtschaftlichen Boykottmassnahmen. Der Neutrale hat also heute seinen politischen Spielraum gegenüber früher wesentlich ausgeweitet.

Nachdem das Recht und noch mehr die Politik vom Faktischen bestimmt wird, ist es naheliegend, dass die Rolle des dauernd Neutralen durch den Wegfall von europäischen Konflikten in Europa und der Wegfall des bipolaren antagonistischen Bezugsrahmen grundlegenden Aenderungen unterworfen sein wird. Es wird aber auch zu Recht von einer Neuorientierung der Neutralitätspolitik gesprochen. Die Erteilung von Ueberfluggenehmigungen durch Oesterreich an alliierte Flugzeuge (8.000) ist so ein Fall.

Aufgrund der eingetretenen Veränderungen kann nämlich das Interesse der Staaten der Region sowie allenfalls der gesamten Staatengemeinschaft an der Aufrechterhaltung des Status des dauernd Neutralen abnehmen oder gar erlöschen. Ein solcher möglicherweise funktionslos gewordener völkerrechtlicher Status kann aber auf Dauer nicht gewahrt werden, ohne den Neutralen von der Staatengemeinschaft zu isolieren.

Sie kennen ja das Auf und Ab der internationalen Wertschätzung der Neutralität im Laufe der letzten hundert Jahre. Wenn man aber davon ausgeht, dass das Umfeld in dem wir leben immer stärker zu einer Sicherheitsgemeinschaft wird und bewaffnete Konflikte immer mehr den Charakter eines Rechtsbruchs annehmen bzw. in Europa immer undenkbarer werden, kann ich mir kaum vorstellen, dass ein Abseitsstehen von unseren Freunden, oder nennen wir sie likeminded countries, sehr geschätzt wird, ja es könnte sogar der Fall eintreten - dies ist aber meine persönliche Meinung - dass es, um mit einer Analogie aus dem EWR zu sprechen zu Retorsionsmassnahmen gegen ein solches opting out kommen könnte. Ich glaube auch, dass die Rolle des Neutralen als Treffpunkt oder als Vermittler in Krisen nicht mehr die Bedeutung haben dürfte wie in der Vergangenheit, sehen wir doch auf die gegenwärtigen Konflikte wie im Mittleren Osten, Afghanistan oder Jugoslawien.

In einem System der kollektiven Sicherheit haben die beteiligten Staaten vertraglich vereinbart, jeder illegalen Gewaltanwendung eines an diesem System beteiligten Staates gemeinsam entgegenzutreten. Die Mitglieder eines Systems der kollektiven Sicherheit beabsichtigen in einem solchen Fall, gegen einen Friedensbrecher vorzugehen und nicht, einen Krieg zu führen. Damit haben die Mitgliedstaaten eines solchen Systems aber auch implizite verzichtet, sich im Falle systemkonformer Maßnahmen auf das Neutralitätsrecht zu berufen. Soferne also ein System der kollektiven Sicherheit auch in der Praxis funktioniert, kommt das völkerrechtliche Neutralitätsrecht nicht zum Tragen, da die Anwendung derartiger Maßnahmen kein Krieg im völkerrechtlichen Sinn ist.

Die Satzung der Vereinten Nationen ist auf ein universelles System der kollektiven Sicherheit hin angelegt. Sie überträgt in Kapitel VII dem Sicherheitsrat die Aufgabe zu bestimmen, welche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit notwendig sind. Diese Satzung sieht ausdrücklich auch die Möglichkeit der Schaffung regionaler kollektiver Sicherheitssysteme vor (Kapitel VIII), die sich an den durch die SVN vorgegebenen Rahmen halten müssen. Ziel regionaler kollektiver Sicherheitssysteme ist es, Frieden und Sicherheit der Staaten einer Region zu bewahren und zu festigen. Ein solches System gründet sich auf gemeinsame Grundwerte und Prinzipien sowie gegenseitige Verpflichtungen. Das allenfalls vorhandene militärische Dispositiv dient der solidarischen Abhaltung bzw. Sanktionierung von Rechtsbrechern.

In Europa besteht zur Zeit kein kollektives Sicherheitssystem regionaler Art, doch könnte die zukünftige Entwicklung unter maßgeblicher Beteiligung der EG bzw. der Europäischen Union in eine derartige Richtung gehen. So wie sich ein dauernd Neutraler in zulässiger Weise an einem universellen System kollektiver Sicherheit beteiligen kann, kann er auch Mitglied eines regionalen Systems dieser Art werden.

Nun komme ich zu Oesterreich. Für Oesterreich kommt dem völkerrechtlichen Aspekt der Neutralität insoferne Bedeutung zu, als die österreichische Neutralität - durch Verfassungsgesetz im Jahre 1955 beschlossen - darin als "immerwährende Neutralität" bezeichnet wurde. Das heisst ein völkerrechtlicher Begriff wurde verwendet und es erfolgte auch seitens Oesterreichs eine Notifizierung an die Staatengemeinschaft, wodurch ein völkerrechtlicher Konnex besteht. Bezeichnenderweise lesen Sie in der Schweizer Studie wenig über das Neutralitätsrecht. Dies ist auch verständlich, zumal die Schweiz die Neutralität vorwiegend als politische Maxime verstanden hat, als Mittel zum Zweck. Für Sie, aber auch für uns ist - zumal das Neutralitätsrecht ein grosses Mass an Handlungsfreiheit gestattet, in der Praxis die Neutralität ein politisches Instrument, ein Mittel zur Erhaltung der Souveränität und Glaubwürdigkeit, sodass die Neutralitätspolitik weit über das hinausgeht, was das internationale Recht vorschreibt. Sie ist also wesentlich umfangreicher als das Neutralitätsrecht, liegt aber andererseits auch im vollkommen freien Ermessen des Neutralen.

Auch für Oesterreich war die Neutralität nie Selbstzweck, sondern stets ein Mittel der Aussen- und Sicherheitspolitik. Ein Mittel hat sich aber immer den Zielen unterzuordnen. Darüberhinaus regelt sich das Neutralitätsrecht, soferne nicht vertraglich geregelt, nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts. Ausserdem kann das die Souveränität beschränkende Völkerrecht - und dazu zählt auch die Neutralität - von den einzelnen Staaten nach der völkerrechtlichen Praxis restriktiv ausgelegt werden.

Heute ist weiters eine deutliche Tendenz in der Welt zur Verengung der neutralitätsrechtlichen Pflichten festzustellen.

Der Wegfall des Ost-West-Gegensatzes hat vieles geändert, es hat die herkömmliche Stabilisierung und Vermittlungsfunktion neutraler Staaten vermindert. Die Neutralität reicht darüberhinaus bei weitem nicht aus, den heutigen Sicherheitsrisiken wie Nationalitätskonflikte, Massenwanderungsbewegungen, Weiterverbreitung von Atomwaffen etc. zu begegnen. Solidarität wird immer mehr nicht nur zu einem moralischen Gebot, sondern auch zu einem Gebot der Wahrung der eigenen Sicherheit. In diesem Sinne sind auch die Ziele der österreichischen Integrationspolitik zu sehen.

Die in der Einleitung zu meinem Referat erwähnte Stellungnahme der EG-Kommission zu unserem Beitrittsantrag – dies war noch vor Maastricht – hat im einzelnen folgende Probleme hinsichtlich der Neutralität aufgeworfen. Etwa dass sich Oesterreich nicht systematisch der europäischen Aussen- und Sicherheitspolitik widersetzen könne und ein Minimum an Rechtssicherheit bieten oder sich an der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik beteiligen müsse.

Oesterreich ist der Auffassung, dass die im Avis ausgedrückte Meinung mit der dauernden Neutralität grundsätzlich vereinbar ist.

Der am 7. Februar d.J. unterzeichneten Vertrag von Maastricht stellt eine substantielle Fortentwicklung der politischen Union dar. Uns interessiert hier insbesondere die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik, im folgenden kurz GASP genannt.

Eines der Ziele des Vertrages über die Europäische Union ist die "Behauptung ihrer Identität auf internationaler Ebene, insbesondere durch eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte". Die EG verfügt auch nach Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union nicht über eine gemeinsame verteidigungspolitische Struktur, die einer österreichischen Mitgliedschaft unter Beibehaltung der dauernden Neutralität entgegenstünde. Eine solche Struktur dürfte in sehr weiter Ferne liegen. Die verankerte Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik soll insbesondere durch Einführung einer systematischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und eine stufenweise Durchführung gemeinsamer Massnahmen in ausgewählten Bereichen erreicht werden. Sie geht über die Regelungen betreffend die Europäische Politische Zusammenarbeit hinaus, führt jedoch nicht zu einer vollständigen Vergemeinschaftung dieses Bereichs, zumal sie nicht der Kontrolle durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften unterliegt, das ausschliessliche Initiativrecht der Kommission durchbrochen ist und der Einstimmigkeitsgrundsatz in der Beschlussfassung überwiegt.

Das EG-Recht liefert verschiedene Anknüpfungen, die für die Wahrung der dauernden Neutralität herangezogen werden könnten.

Beispielsweise die Bestimmung, dass die Politik der Union nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten berührt. Oder aber die Bestimmung, dass ein Mitgliedstaat den Rat befassen kann, wenn sich bei der Durchführung einer gemeinsamen Aktion grössere Schwierigkeiten ergeben.

Wenn wie die gemeinsamen politischen Stellungnahmen der EG-Staaten der letzten Jahre betrachten, kann man feststellen, dass hiebei keinerlei inhaltliches Spannungsverhältnis zur österreichischen Aussenpolitik besteht.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass der Vertrag von Maastricht für Oesterreich akzeptabel ist und den Verhandlungen mit Zuversicht entgegengesehen werden kann. Nicht zu vergessen und auch nicht zu unterschätzen ist der Umstand, dass man als Mitgliedstaat in der Gemeinschaft gestaltend wirken kann.

Oesterreich kann sich auch als neutraler Staat immer weniger einer Aussenpolitik entziehen, die von den Grundsätzen der Solidarität und der Wahrung gemeinsamer Werte geprägt ist. Dies gilt nicht nur ^{für} Worte, sondern auch für Taten.

Auch der Umstand, dass der Rat nach der GASP mittels qualifizierter Mehrheit Wirtschaftssanktionen beschliessen kann, ist lösbar. Erstens unterliegen Wirtschaftssanktionen nicht dem Neutralitätsrecht und zweitens würde die Fortführung von Wirtschaftsbeziehungen mit einem Friedensbrecher auch dem Grundziel der Neutralität, nämlich dem friedlichen Zusammenleben der Staaten widersprechen.

Der Vertrag über die Europäische Union sieht die "Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik" auf längere Sicht vor, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte. Die Ausarbeitung verteidigungsrelevanter Entscheidungen soll zumindest bis 1996/98 im Rahmen der Westeuropäischen Union erfolgen. Der Vertrag von Maastricht gibt der Europa-Union - wahrscheinlich über einstimmigen Beschluss des Rates - ^{die Befugnis} die WEU zu ersuchen, derartige Entscheidungen vorzubereiten. Eine Mitwirkung an einem solchen Beschluss dürfte jedoch auch für einen Neutralen unbedenklich sein, soferne er selbst an militärischen Massnahmen nicht beteiligt ist.

Ausdrücklich festgehalten ist im Vertrag über die Europäische Union, dass deren Politik auf dem Gebiet der GASP den spezifischen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewisser Mitgliedstaaten nicht präjudizieren darf sowie die Verpflichtungen gewisser Mitgliedstaaten aufgrund des NATO-Vertrages beachten muss. Die Aufnahme einer allgemeinen Beistandspflicht in den Unionsvertrag ist damit nicht erfolgt. Ebenso wenig ist eine WEU-Mitgliedschaft für Mitglieder der Union zwingend- diese können Mitglieder WEU werden oder einen Beobachterstatus erlangen.

Daraus folgt, dass die derzeit auf diesem Gebiet im Rahmen der Europäischen Union bestehenden Regeln mit der Neutralität grundsätzlich vereinbar sind und dass auch hier den bezüglichen Verhandlungen mit der EG mit Zuversicht entgegengesehen werden kann.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass es im Einzelnen sicherlich noch Fragen gibt, die bei Verhandlungen erörtert werden müssen, dass aber nach österreichischer Auffassung ein neutraler Staat den Gemeinschaften beitreten kann. Die Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen in Europa in den nächsten Jahren dürften weiter dahin gehen, dass auch neutralitätspolitische Gesichtspunkte immer mehr an Bedeutung verlieren.

Wir haben also gesehen, dass die Neutralität eine völkerrechtliche Komponente hat, die zwar einigermaßen fix zu umschreiben, aber klein ist. Wir haben gesehen, dass der Neutralitätspolitik eine viel grössere Bedeutung zukam, aber auch zukommt. Diese Neutralitätspolitik wird aber von den einzelnen Staaten nach ihrer Souveränität und Sicherheitsinteressen bestimmt und ist daher nach Bedarf, wenn sich die Umstände ändern auch Neudefinitionen unterworfen. Die Neutralitätspolitik ist ein Mittel zur Wahrung eines anderen Zieles, nämlich Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeit ist aber meiner Ansicht auch wieder nur ein Mittel, von dem nach Bedarf Abstriche gemacht werden müssen, wie das ja auch mit jeder internationalen Verpflichtung geschieht, zur Erreichung des eigentlichen Zieles, nämlich dem geistigen und materiellen Wohlergehen des Staatvolkes.

Daneben hat aber auch die Neutralität besonders für unsere beiden Länder eine nicht zu unterschätzende psychologische, ja sogar mythische Seite.

Die österreichische Neutralität ist, wie Sie wissen, aus dem Ost-West-Konflikt entstanden. Gegen Mitte der Fünfzigerjahre war bei der Sowjetunion eine gewisse Bereitschaft zu ersehen, sich aus welchen Gründen auch immer, aber sicher nicht nur um Oesterreich eine Freude zu bereiten, sich aus Oesterreich zurückzuziehen. Als man österreichischerseits Anzeichen dieser Bereitschaft gesehen hatte, wurden verschiedene konkrete Angebote gemacht, wie Nichtteilnahme an Militärpakten etc. Erst in einem späteren Stadium wurde dies unter dem Begriff Neutralität subsumiert. Wir sehen also, dass die Neutralität Oesterreichs aus konkretem Anlass pragmatisch entstanden ist.

Und jetzt ein ganz kleines Detail am Rande: Damals im März 1955, als es zu den Vorverhandlungen kam, war die Sozialistische Seite der grösste Gegner der Neutralität. Der sozialistische Vizekanzler hat sich gegen die Neutralität gewehrt; aber dann ist es gelungen, ihn davon zu überzeugen. Es ist nur verständlich, dass das Volk, das während des Ersten und Zweiten Weltkrieges grosse Opfer erbringen musste und eine unerfreuliche Besatzungszeit erfahren hatte, nur allzu begeistert die gewonnene Freiheit annahm. Wie ich mich selber noch erinnere, war man zunächst über die Neutralität nicht einmal ganz glücklich, da man sich schutzlos dem Sowjetimperium ausgeliefert fühlte. Man sah aber andererseits, dass sie der Preis war, die Freiheit zu erhalten. Mit der Zeit aber begann man, die Neutralität immer mehr zu schätzen, umso mehr, als es Oesterreich gelang, zwischen dem Westen und dem kommunistischen Block eine nicht zu unterschätzende stabilisierende Rolle zu spielen. Ein Beispiel, wie es Oesterreich gelungen ist, einerseits den Erfordernissen der Humanität und auch der Stabilität gerecht zu werden, ist "Ungarn 1956". Während des Aufstandes in Ungarn sind Hunderttausende von Flüchtlingen gekommen; wir haben sie aber nicht - wie die Libanesen die palästinensischen Flüchtlinge - in Grenzlagern angesiedelt, sondern entwaffnet, verhindert, dass sie sich politisch betätigen konnten, und sie vorwiegend im Westen angesiedelt, um ja die Sowjetunion nicht zu reizen.

Wir haben unsere Funktion als Faktor der Sicherheit und inneren Stabilität ausgeübt. Bundespräsident Kirchschräger hat gesagt: "Der wesentliche Beitrag, den wir zur Entspannung liefern können, sind nicht grosse Worte bei internationalen Konferenzen, denen niemand folgt, sondern Friede im eigenen Haus zu halten und für die Gegner kein Anreiz zu sein, über einem herzufallen."

Die unter diesen Umständen erfolgreiche Politik Oesterreichs sowie der Wohlstand haben verständlicherweise beim Volk einen tiefen Eindruck hinterlassen und die Meinung geschaffen, dass uns die Neutralität von allen vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Kriegen bewahrt und uns noch dazu einen besonderen Stellenwert in der Weltpolitik und der Weltmeinung einräumt.

Bei Meinungsumfragen kommt dies auch deutlich zum Ausdruck: Ueber 90 Prozent des Volkes wollen auf alles andere eher verzichten als auf die Neutralität. Eine grosse Mehrheit des Volkes schätzt die Neutralität sehr hoch ein - und überschätzt sie vielleicht. Die Meinung insbesondere der westlichen Staaten über die Bedeutung und Rolle der Neutralität hat sich mit Ende des Kalten Krieges geändert, und zwar nicht zum Vorteil der Neutralen.

Die Wirkung der Neutralität im Falle Oesterreichs wird aber auch für die Vergangenheit überschätzt. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums sind Aufmarschpläne des Warschauer Paktes bekannt geworden. Nirgendwo ist das Bestreben zu erkennen, bei einem Aufmarsch gegen den Westen Oesterreich zu umgehen. Hohe Militärs des Warschauer Paktes studierten mit Interesse - und sie äusserten dies auch - die österreichische und die schweizerische Verteidigungsstrategie, denn sie wurden nur in Angriffsstrategie ausgebildet. Einige Wochen vor der Niederschlagung des "Prager Frühlings" im Jahre 1968 besuchte ein hoher sowjetischer Luftwaffengeneral sowjetische Kriegsfriedhöfe in Oesterreich, um Gräber von Verwandten zu suchen; aber interessanterweise besuchte er nur solche, die sich in der Nähe von österreichischen Flughäfen und militärischen Einrichtungen befanden. Die Donau ist bekanntlich eine internationale Wasserstrasse: Im Linzer Hafen sind schon vor der Invasion von Prag Lastkäne mit militärischer Ausrüstung für den Bedarfsfall gelegen. Also haben sie uns eigentlich nicht zugetraut, unsere Stabilität zu bewahren.

Die konkrete Beantwortung der Frage, ob in einem Kriegsfall Ost-West die Neutralität die Nagelprobe bestanden hätte, ist uns - Gott sei Dank - erpart geblieben. Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist auch die Haltung einiger osteuropäischer Staaten wie der CSFR oder Ungarn. Hätten diese Staaten, als sie noch Teil eines kompakten Sowjetimperiums waren, alles für die Neutralität gegeben, lehnten sie die Annahme eines solchen völkerrechtlichen Status nach dem Zusammenbruch des Kommunismus als ihre Handlungsfreiheit einschränkend ab.

Die Neutralität ist in ihrem Kern nach wie vor ein geeignetes Mittel der österreichischen Aussenpolitik, wird aber den Gegebenheiten angepasst werden müssen. Hier deckt sich die österreichische Auffassung voll mit den in der Schweizer Studie enthaltenen Ausführungen. Entscheidend wird hierbei sein, inwieweit man die Neutralität als echtes Engagement für Frieden und Sicherheit auffasst und nicht als bequemes Ruhekitzen, sich aus allen Auseinandersetzungen heraushalten zu wollen.

Was aber unabänderlich ist und in einem neuen Europa vielleicht sogar von verstärkter Bedeutung, sind die geistigen Grundlagen der Neutralität. Die Schweizer Neutralität ist nicht aus Idealismus entstanden, sondern aus einer Notwendigkeit. Eine Teilnahme der Eidgenossenschaft an den europäischen Religionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts wäre selbstmörderisch gewesen, zumal die Schweiz selbst in Sprach- und Religionsgruppen aufgeteilt war. Sie wäre auseinander gebrochen. Aus dieser notgedrungenen Toleranz entwickelte sich ein freiwilliges System der Autonomie, kultureller und konfessioneller

Vielfalt und Subsidiarität, das auch in einem sich bildenden Europa immer stärker Wurzeln fassen sollte.

Moser: Herr Botschafter, Sie kommen zum juristischen Schluss, dass die immerwährende Neutralität, die beim Beitrittsgesuch Oesterreichs vorbehalten wird, verträglich sei mit dem Maastrichter Abkommen. Ich möchte Sie erinnern, dass in den Bestimmungen über die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik unter Art. J.1 Abs. 4 steht: "Die Mitgliedstaaten unterstützen die Aussen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geist der Loyalität und gegenseitigen Solidarität." Dies ist meines Erachtens ein Widerspruch zu Ihrer Folgerung. Es wird hier eine *vorbehaltlose* Akzeptanz im Falle eines Konfliktes gefordert.

Parak: Die militärische Union ist noch in ferner Zukunft. Aber sonstige Solidaritätsakte sind in keinem Widerspruch zum Neutralitätsrecht.

Krafft (auf Wunsch des Präsidenten): Art. J.1 Abs. 4 lautet weiter: "Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte. Der Rat trägt für die Einhaltung dieser Grundsätze Sorge."

Oehler: Meine erste Frage bezog sich auf den gleichen Bereich, weil ja Sanktionen per se Stellungnahmen für oder gegen etwas sind. Herr Botschafter, Sie haben dargelegt, dass Wirtschaftssanktionen nicht dem Neutralitätsrecht unterliegen.- Zweitens: Können Sie sich vorstellen, dass die Republik Oesterreich gleich wie Finnland für die eigene Sicherheit bzw. als Beitrag für die Sicherheit der Vereinigung materiell einen Beitrag leistet?

Parak: Die Wirtschaftssanktionen sind deshalb vereinbar mit dem Neutralitätsrecht, weil in der Haager Konvention nichts steht von Wirtschaftssanktionen. Zur Verteidigungspolitik: Es ist nicht nur meine, sondern allgemeine Auffassung, dass es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht eines Neutralen ist, sich selber zu verteidigen, und dass er sein Möglichstes tun muss, um sein Staatsgebiet zu verteidigen. Sie können von mir jetzt nicht eine Wertung erwarten, ob Oesterreich genug, zu viel oder zu wenig für seine Verteidigung tut. Das sollen die Strategen oder die Politiker entscheiden.

Mühlemann: Herr Botschafter, Ihren Ausführungen entnehme ich, dass wahrscheinlich Oesterreich bei den Verhandlungen um einen Beitritt zu einer Politischen Union an vorderster Front stehen wird. Man wird auch keine allzu grossen Hemmungen haben, sich einzufügen in ein europäisches militärisches Sicherheitssystem. Ist man sich dabei bewusst, dass unter Umständen Oesterreich in eine schwierige Situation kommen kann bei einem denkbaren Konflikt um Jugoslawien? Es kann ja sein, dass diese Politische Union sogar militärische Aktionen durchführen muss.

Parak: Ich möchte Jugoslawien nicht wünschen, so lange einen Bürgerkrieg zu haben, bis wirklich eine europäische Verteidigungsgemeinschaft besteht. Wie gesagt, die Verteidigungsgemeinschaft unter verpflichtender Teilnahme aller Staaten ist in

ferner, ferner Zukunft. Sie ist in diesen Verträgen nicht enthalten.

Frau Nabholz: In der Zeit des Golfkrieges hat sich die Frage der Ueberflugsrechte gestellt. Die Schweiz hat ein solches Ueberflugsrecht für nicht vereinbar gehalten mit der Neutralität, während Oesterreich dies für vereinbar hielt. Welche Ueberlegungen haben zu diesem Schluss geführt?

Parak: Wir haben es politisch für vereinbar gehalten, weil es sich um eine Sanktion handelte, nicht um einen Krieg, und wir haben es nicht bereut. Die Gewährung von Ueberflugsrechten betrachten wir als einen Akt der internationalen Solidarität.

Steffen: Ich gehe davon aus, dass die EG die Türen für Ihr Land öffnet. Nun ist ja Ihre Verfassung ausgerichtet auf Ihre staatliche Souveränität. Welche wichtigen Punkte in Ihrer Verfassung müssten geändert werden- abgesehen vom Neutralitätsartikel, der 1955 eingeführt wurde?

Parak: Das kann ich Ihnen jetzt nicht im einzelnen sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass in der österreichischen Verfassung die Notwendigkeit einer Volksabstimmung vorgesehen ist, wenn eine Totalrevision der Verfassung Platz greift. Nach Auslegung unserer Juristen wäre dies der Fall, weil das föderalistische und das demokratische Prinzip etwas eingeschränkt oder modifiziert würden. Für einen EG-Beitritt wäre somit - im Gegensatz zum EWR - eine Volksabstimmung obligatorisch.

Frau Segmüller: Ich komme zurück auf den Avis, den Sie von der EG bezüglich Ihres Beitrittsgesuches erhalten haben. Sie haben gesagt, Sie hätten mit den darin erhaltenen Reserven keine Mühe; gleichzeitig haben Sie aber betont, Einstimmigkeitsbeschlüsse würden ja in der EG überwiegen. Hier könnte ein Widerspruch sein, indem ja die eine Reserve gerade den Punkt betrifft, dass ein neutrales Land als Mitglied sich nicht auf die Neutralität beziehen darf, um Mehrheitsentscheidungen zu blockieren. Wir wissen, dass in der Zukunft Mehrheitsentscheidungen in der EG zunehmen werden. Heisst das nun, dass Sie gewisse ungute Gefühle haben, oder können Sie klar und offen sagen, dass Sie sich allen Mehrheitsentscheidungen unterziehen können? Dieses Bekenntnis wäre ja Vorbedingung für die Aufnahme.

Parak: Ich kann nicht in die Zukunft sehen; aber ich kann mir vorstellen, dass, wenn ein Entscheid unseren Grundinteressen widerspricht, man sich nicht der Einstimmigkeit unterwirft. Aber das ist ein politisches Problem, das in Zukunft gelöst werden muss. Prinzipiell jetzt schon zu sagen, ob es so oder anders sein wird, ist nicht möglich. Es hat ja auch in der Vergangenheit Vorkommnisse gegeben, wo nicht gemeinsam vorgegangen wurde: Denken Sie an den Boykott im Falklandkrieg, wo sich einige Staaten nicht angeschlossen haben, oder an die Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen, wo Griechenland nicht dabei war. - Wie gesagt, in den Verhandlungen muss noch einiges geklärt werden. Ich habe nicht mehr gesagt, als dass wir mit Zuversicht den Verhandlungen entgegen sehen.

Frau Bär: Herr Botschafter, Sie haben dargelegt, dass Sie 1989 beim Einreichen des Aufnahmegesuches einen Neutralitätsvor-

behalt gemacht und sich auf Ihre immerwährende Neutralität berufen haben. Beim Zuhören bekam ich den Eindruck, dass Sie diesen Vorbehalt heute nicht mehr machen würden, obschon inzwischen in Maastricht die Prinzipien der EG bekannt geworden sind. Ist mein Eindruck richtig?

Parak: Ich weiss nicht, ob wir diesen Vorbehalt heute noch aufnehmen würden. Schweden und Finnland haben es nicht getan. - Ich habe nur gesagt, dass es damals bei uns diskutiert wurde, und zwar auf dem Hintergrund unserer östlichen Nachbarschaft.

M. Rebeaud : Je suis gêné, parce que je suis intéressé surtout par l'avenir, ce que M. l'ambassadeur Hynninen qualifiait d'"hypothétique". Néanmoins, je rapellerai l'importance de l'enjeu : l'Europe est en train de se bâtir à l'initiative d'anciennes puissances impériales - l'Espagne, la Grande-Bretagne, la France, l'Allemagne -, et il paraît naturel que celles-ci aient la tentation, dans un avenir plus ou moins lointain, de reconstituer à l'échelle de l'union occidentale la grande puissance qu'elles ont connue au siècle passé, ne serait-ce que pour concurrencer le Japon et les USA. A cet égard, croit-on en Autriche qu'il y aurait un intérêt à ce que les anciens pays neutres - comme l'Autriche, la Finlande, la Suède et la Suisse - tentent d'élaborer un projet d'avenir pour la neutralité en Europe, du moins pour la neutralité de l'Europe unie? Je pose cette question parce que j'ai l'impression que la plupart des gouvernements de l'AELE candidats à l'adhésion à la CE raisonnent à très court terme. Or, c'est maintenant que se conçoit la défense européenne.

Parak: Es ist eine Glaubensfrage, ob man als gleichgesinnte kleine Länder mehr bewirkt, wenn man draussen ist oder wenn man drinnen ist. Ich möchte nur eines sagen: Sollte es mit der Erweiterung wirklich ernst werden, würde das Verhältnis von 5 grossen zu 7 kleinen Ländern, wie es heute besteht, in 5 grosse zu 13 kleinen Ländern umgewandelt. Dies gilt auch im Hinblick auf die Verteidigungsgemeinschaft, die vielleicht in 10, 15 oder 20 Jahren einmal kommen wird. Rational kann man die Frage nicht beantworten, ob man als kleines Land ohne EG auskommt oder nicht. Wenn man davon ausgeht, dass man nicht ohne sie auskommt, ist es besser, drinnen zu sein, als draussen zu warten, bis sich die Gemeinschaft immer stärker formiert. Wenn ich einem Golfclub beitrete, kann ich ja auch nicht die Golfregeln ändern; aber wenn ich im Komitee bin, das die Regeln macht, kann ich versuchen, meinen Einfluss geltend zu machen. - Die Politik ist die normative Kraft des Faktischen. Wir glauben eben daran; ob das Volk dann zustimmt, ist eine andere Frage.

Frau Grendelmeier: Können Sie sich vorstellen, dass die heute neutralen Länder wie Schweden, Finnland, Schweiz und Oesterreich sich innerhalb oder ausserhalb der EG, vorgängig oder nachgängig, zu einer gemeinsamen Neutralitätserklärung durchringen könnten, so dass es sozusagen einen Sonderstatus gäbe innerhalb einer wie auch immer gearteten Politischen Union? - Könnten Sie sich vorstellen, dass es wichtig wäre, dass die Schweiz in die erste Erweiterungsrunde der EG kommen würde, um dieses Neutralitätsproblem gemeinsam mit den anderen, die bereits Antrag gestellt haben, zu verhandeln und allenfalls den Neutralitätsstatus einander anzupassen? - Sie wissen vermut-

lich, dass die Neutralität in der Schweiz hohe emotive Wellen wirft. Wie steht das in Oesterreich? Befürchten Sie, dass im Moment, wo der Beitritt vollzogen werden könnte, sich aus neutralitätstechnischen Gründen Widerstand regen könnte?

Parak: Sicherlich wäre es gut, wenn die Neutralen gemeinsam die Prinzipien der Neutralität besprechen würden. Ob alle Neutralen oder likeminded countries heute noch daran interessiert sind, weiss ich nicht; das ist das eine: es müssen alle daran interessiert sein. Das andere ist, dass der Begriff Neutralität voraussetzt, dass man eine selbständige Politik macht. Ein Block der Neutralen wäre ein Widerspruch in sich. Dass man sich gegenseitig abstimmt und gemeinsame Prinzipien erarbeitet, ist denkbar, nur dürfen wir nicht vergessen, dass die Neutralitäten und ihre Entstehung ja auch wieder ganz verschieden sind. Die Akzeptanz der Neutralität in der Bevölkerung ist nach wie vor gross; aber es ist denkbar, dass man - wenn man einmal EG-Mitglied ist - sehen wird, dass sich mit der EG und der Neutralität pragmatisch gut leben lässt.

Unterbruch der Sitzung von 15.45 - 16.15 Uhr

Botschafter Ewerlöf:

Es ist eine ungewöhnliche Ehre, an einer Anhörung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates teilzunehmen, und ich habe Ihre Einladung mit Freude angenommen. Die schwedische Neutralität hat nicht eine gleich lange Tradition wie die schweizerische; aber seit den napoleonischen Kriegen ist Schweden neutral geblieben, das heisst, seit derselben Zeit, wo die Neutralität der Schweiz internationale Anerkennung gewonnen hat. Es ist, wie Sie wissen, nicht eine vertragsmässige, ständige, sondern eine freiwillig gewählte Neutralität. Es war tatsächlich der erste Bernadotte-König, der unsere Aussenpolitik radikal geändert hat. Wenn man in Schweden einen Marschall Napoleons als Kronprinzen gesucht hat, war dies, weil man meinte, er würde Schweden helfen, Finnland von Russland zurückzuerobern. Aber das war nicht der Gedanke von Karl XIV; er hat gute Beziehungen zu Russland gesucht. Während des 19. Jahrhunderts war unsere Neutralität gegründet auf einem Balanceakt zwischen Grossbritannien und Russland und später zwischen Preussen und Russland. Der Erste Weltkrieg, und noch mehr der Zweite, hat unsere Neutralität grossen Belastungen ausgesetzt, und wir mussten Zugeständnisse machen, die nicht immer mit dem Neutralitätsrecht vereinbar waren.

Als nachher der kalte Krieg angefangen hat und NATO und Warschaupakt zustande gekommen sind, ergab sich für Schweden die sicherheitspolitische Lösung, eine Aussenpolitik zu betreiben, die so formuliert wurde: Bündisfreiheit im Frieden, die auf Neutralität im Krieg abzielt. Eine wichtige Voraussetzung für diese Politik war, dass Schweden durch eine starke Armee seinen Willen ^{und} sein Vermögen, die Neutralität aufrechtzuhalten, beweisen konnte.

Wir glauben, dass unsere Armee mit einem Budget, das einen höheren Anteil des BNP als in den meisten NATO-Ländern repräsentierte, eine wichtige stabilisierende Rolle in Nordeuropa gespielt hat, besonders während der heiklen 50er und 60er Jahre.

Als der Römervertrag abgeschlossen wurde, hat Schweden sowohl aussenpolitische wie innenpolitische Gründe angegeben, warum Schweden sich nicht in diese Zusammenarbeit einlassen konnte, und wir gaben uns mit der EFTA-Lösung zufrieden. Die andauernde, erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Schweden war natürlich ein Grund dafür. Später, als Grossbritannien und andere Länder Beitrittsgesuche einreichten, hat Schweden anfangs einen Beitritt nicht ausschliessen wollen, aber letzten Endes konnten die weitgehenden Zielsetzungen der EG auf aussenpolitischem Gebiet nicht mit unserer Neutralität zwischen den Machtblöcken vereinbart werden. Zu dieser Zeit glaubte aber auch unsere damalige Regierung, dass ein gewisser Grad von Abstand zu den Angelegenheiten des übrigen Europas seinen Sicherheitsinteressen in der Zukunft dienlich sein würde und dass Schweden besser als andere Länder die Rolle als Brückenbauer zwischen Ost und West spielen könnte.

Als mit den radikalen Veränderungen in Zentraleuropa die europäische Szene eine ganz andere wurde, waren die Voraussetzungen für unsere traditionelle Sicherheitspolitik nicht mehr vorhanden. Gleichzeitig war Schweden ökonomisch ins Stocken geraten und musste deswegen auch aus innenpolitischen Gründen das Verhältnis zur EG überprüfen.

Am 12. Dezember 1990 beschloss der Reichstag mit grosser Mehrheit, die Regierung zu beauftragen, einen Antrag auf Beitritt Schwedens zur Europäischen Gemeinschaft einzureichen. Dies war ein umwälzendes

Ereignis in der schwedischen Geschichte. Nach Jahrzehnten selbstgewählter politischer Isolierung beschloss Schweden, sich um die volle Partnerschaft mit den anderen demokratischen Nationen in Westeuropa zu bewerben. Und es war ein Antrag ohne irgendwelche Vorbehalte betreffend aussenpolitische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Während unsere Politik in Bezug auf die europäische Integration bisher meistens in wirtschaftlichen Begriffen diskutiert wurde, erfolgte die Diskussion jetzt hauptsächlich in politischen Termina und unser Wunsch, Mitglied der EG zu werden, ist jetzt viel mehr als nur der Wunsch, an den wirtschaftlichen Vorteilen der Integration teilzuhaben. Es ist von unserer vorigen Regierung klar zum Ausdruck gebracht, und von der jetzigen Regierung noch stärker wiederholt worden, dass wir uns zu den politischen Zielen des Römischen Vertrages und der Einheitlichen Europäischen Akte bekennen, und dass wir bereit und willens sind, auf die Durchführung der Entscheidungen hinzuarbeiten, die sich aus der Arbeit der Regierungskonferenzen der EG ergeben.

Der Umstand, dass die Gefahr eines grossen Krieges, die in dem in Blöcke aufgeteilten Europa vorlag, verschwunden ist, bedeutet nicht, dass sich in den kommenden Jahrzehnten keine anderen Sicherheitsprobleme bemerkbar machen werden.

Die Sicherheitsstruktur Europas macht gegenwärtig dramatische Veränderungen durch. Wir beobachten die Entstehung eines Systems von ineinander verschachtelten Institutionen, in denen die EG, die KSZE, der Europarat, die NATO und die WEU einander ergänzen. Bei dieser Arbeit wird mit der Entscheidung in Maastricht die Europäische Union eine immer wichtigere Rolle spielen. Welche Form diese gesammelte Zusammenarbeit schliesslich annehmen wird, können wir heute schwer beurteilen. Wir befinden uns in einer

grossen formativen Phase, die sich über die 90er Jahre strecken wird. Aber unsere Aufgabe muss es sein im Rahmen unserer Arbeit in der KSZE und unserer bevorstehenden Mitgliedschaft in der Europäischen Union eine treibende Kraft zu sein. Wenige aussenpolitische Aufgaben können für Schweden grösser sein.

Die alles andere überschattende Aufgabe für uns alle während der noch vor uns liegenden Neunzigerjahren muss sein, den mittel- und osteuropäischen Ländern bei dem Uebergang aus den von der sozialistischen Politik verursachten Verirrungen in eine relative Wohlhabenheit und Stabilität zu helfen, die ihnen nur die freie Marktwirtschaft und pluralistische politische Systeme bieten können. Wenn es uns nicht gelingt, während der Neunzigerjahre zur Stabilität in Mittel- und Osteuropa beizutragen, fürchte ich, dass die Entwicklung in diesen Ländern zu Instabilität in ganz Europa beitragen wird. Osteuropa heute zu stabilisieren bedeutet, die Destabilisierung Westeuropas morgen zu verhindern. Dies kann nur von einer starken europäischen Gemeinschaft erreicht werden. Während andere Institutionen sicher wichtige Rollen zu spielen haben, nicht zuletzt in bezug auf Sicherheitsfragen, gibt es keinen Ersatz für die Gemeinschaft; denn es gilt, diese Länder bei der Rückkehr nach Europa zu unterstützen.

Die Schwedische Aussen- und Sicherheitspolitik muss in diesem Lichte und auch im Lichte der neuen europäischen Realitäten angepasst werden. Der harte Kern der Schwedischen Sicherheitspolitik ist weiterhin die militärische Bündnisfreiheit mit ihrer Verpflichtung, eine hinreichende selbstständige Verteidigungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, damit Schweden im Falle eines Krieges in unserer Nachbarschaft neutral bleiben kann. "Niemand anders will Schweden verteidigen und wir werden nur Schweden verteidigen," hat der Ministerpräsident im Parlament erklärt. Darüber hinaus hat die Regierung einige grundlegende Schlussfolgerungen angeführt. Erstens: Der Terminus "Neutralitätspolitik" kann nicht mehr in angemessener Weise als eine Beschreibung der Aussen- und Sicherheitspolitik angewandt werden, die wir im europäischen Rahmen zu verfolgen wünschen. Schweden will eine Politik mit einer klaren, europäischen Identität betreiben. Zweitens: Schweden hat ebenso grosses Interesse wie andere europäische Nationen am Aufbau einer neuen Sicherheitsstruktur in

Europa, um in der Lage zu sein, die Sicherheitsbedrohungen und Spannungen zu handhaben oder zu lösen, die wir in der Zukunft zu gewärtigen haben. Schweden ist bereit, in einen konstruktiven Dialog darüber einzutreten, wie wir zu diesem Ziel beitragen können. Drittens: Es bleibt unsere Verantwortung, unseren grossen Luftraum und unser weites See- und Landterritorium mit seiner strategischen Lage zwischen dem Nordatlantik und Nordwestrussland unabhängig zu sichern.

Vielleicht fragen Sie, warum wir heute sogar die Verteidigungsausgaben erhöhen. Erstmals darf ich daran erinnern, dass wir in Nordeuropa direkt an Russland grenzen und ganz sicher wird es eine längere Zeit dauern, bis wir ein klares Bild von der Sicherheitssituation in unserer unmittelbaren Nähe haben. Es ist möglich, dass mit der veränderten strategischen Lage in Zentraleuropa unsere Region weit wichtiger für Russlands Sicherheit wird als in den Jahren 1945-89. Ich spreche hier von dem angrenzenden, strategisch wichtigen Gebiet von Murmansk bis zu St. Petersburg und weiter südlich. Unterseeboote mit strategischen Nuklearwaffen und mit ihrer Basis auf der Kola Halbinsel könnte eine entscheidende Komponente werden in Russlands Rolle als Grossmacht. Wir müssen

damit rechnen, dass wir einem belastenden Druck ausgesetzt werden können von einem Russland, das wünscht, seine Stellung auf jenem Grenzgebiet zu verstärken, das vielleicht für Russland das wichtigste geworden ist.

Die Debatte in Schweden betreffend das Beitrittsgesuch gilt heute grösstenteils der Frage, ob sich die EG auf längere Sicht zu einem verpflichtenden Verteidigungsbündnis entwickeln wird und ob also Schwedens EG-Mitgliedschaft auf längere Sicht unvereinbar wird mit der Allianzfreiheit. Das ist eine wichtige Debatte; auch sie leidet an der Schwierigkeit, dass niemand entsprechend sichere Voraussagen machen kann über das Tempo und den Umfang der europäischen Integration.

Früher pflegten wir sorgsam zu vermeiden, die Möglichkeit von künftigen Veränderungen in unseren sicherheitspolitischen Hauptlinien anzudeuten. Nun ist die Lage eine andere. Wir haben jetzt viel mehr Grund, Offenheit und Bereitschaft zur Ueberprüfung zu zeigen - nachdem neue Voraussetzungen geschaffen werden. Der Ministerpräsident hat in der gegenwärtigen Debatte auch nicht ausschliessen wollen, dass Schweden an einer zukünftigen gemeinsamen Verteidigungsstruktur teilnehmen könnte. Er hat gesagt, dass wir Stellung dazu nehmen sollen, wenn - und falls - die EG einmal so weit gekommen ist, und dann im Lichte der derzeitigen Umstände.

Vollmer: Wir haben ein Referat zugestellt erhalten von Bo Huld, das er kürzlich am Europatag in Freiburg gehalten hat. Nun habe ich eine Differenz gespürt zwischen dem, was wir jetzt schriftlich vor uns haben, und Ihren Ausführungen. Bo Huld geht davon aus, dass die Neutralität in Schweden eine Art schwedische Identität umfasst und dass sie nicht nur auf die militärische Dimension reduziert werden darf. Sie sind noch einen Schritt weiter gegangen, indem Sie gesagt haben, diese Einbindung Schwedens in ein europäisches Sicherheitssystem wäre Ihrem Neutralitätsverständnis nicht abträglich. Wie schätzen Sie die These von Bo Huld ein?

Ewerlöf: Natürlich hat die Neutralität für das schwedische Volk sehr viel bedeutet: Es hat gehofft, dadurch vermeiden zu können, in die beiden Weltkriege hineingezogen zu werden. Die Neutralität wird als etwas sehr Wertvolles betrachtet; aber sie ist ja in Schweden nicht eine vertagsmässige oder konstitutionelle, sondern eine freiwillig gewählte Neutralität. Sie ist nicht als eine passive Haltung zu verstehen, sondern als Neutralität im Kriegsfall zwischen zwei Machtblöcken. Unsere Neutralität hat nie bedeutet, dass wir nicht Stellung genommen haben in nationalen Konflikten - es war immer eine sehr aktive Neutralität.

Wenn wir heute lieber von Allianzfreiheit sprechen als von Neutralität, bedeutet das nicht einen so grossen Unterschied zu unserer bisherigen Haltung. Dies ist auch nicht eine sehr kontroverse Frage zwischen den politischen Parteien. Eine andere Frage ist natürlich, wie diese Allianzfreiheit mit einer EG-Verteidigungsgemeinschaft zu vereinbaren wäre. Aber noch wissen wir gar nicht, ob es jemals so weit kommen wird und wir wissen auch nicht, ob dies in Konflikt kommen wird mit unserer derzeitigen Politik - diese Frage ist eine Frage für die Zukunft. Es wird kritisiert, dass der Ministerpräsident Schwedens zu ungeduldig sei im Hinblick auf einen EG-Beitritt. Wenn Schweden so rasch wie möglich EG-Mitglied werden will, so vor allem deshalb, um die EG-Politik beeinflussen zu können - gerade auch in Verteidigungsfragen. Wir wollen Mitglied sein, bevor diese Fragen an der Regierungskonferenz im Jahre 1996 diskutiert werden.

M. Eggy : En Suisse, la discussion a porté sur les différents types de neutralité. Entre les deux guerres mondiales, on a ainsi fait la distinction entre la neutralité intégrale et la neutralité différenciée. L'idée d'une neutralité différenciée est-elle parfois discutée en Suède? En fait, la Suède

s'intégrerait non seulement à la politique de sécurité, mais à une défense commune européenne, mais elle se réserverait de rester neutre si un conflit entre membres de la CE surgissait.

M. l'ambassadeur **Ewerlöf** : Non. Il faut dire que cette notion de neutralité différenciée a une histoire en Suisse. Du côté suédois, aucune réserve n'a été émise quant à notre adhésion à la CE ni pour aujourd'hui, ni pour le futur.

Steffen: Im Referat von Bo Huldt sind mir zwei Dinge aufgefallen: Zum einen hat er bestätigt, dass die Skepsis in der Bevölkerung Schwedens bezüglich eines EG-Beitritts im Zunehmen begriffen ist. Weiter hat er gesagt - ich zitiere: "Nicht stattgefunden hatte jedoch eine öffentliche Debatte darüber, was eine EG-Mitgliedschaft für die schwedischen Bürger mit sich bringen würde." Können Sie uns sagen, wie in Schweden die politischen Prozesse ablaufen?

Ewerlöf: Es ist richtig, dass jetzt in Schweden, wie auch schon in Oesterreich, die positive Stimmung bezüglich eines Beitritts in eine eher negative umschlägt. Wenn man noch vor ein paar Monaten sagen konnte, dass der grösste Teil der Bevölkerung und der Parteien fest hinter der Regierung stand, so ist jetzt die Skepsis ganz klar im Zunehmen. Dies ist eine natürliche Entwicklung. Es gibt eine aktive Kampagne gegen die EG, und auch die persönlichen Nachteile bei einem Beitritt werden der Bevölkerung langsam bewusst. Ich habe heute in der Zeitung gelesen, dass in einer Umfrage erstmals mehr Gegner als Befürworter eines Beitritts ermittelt wurden. Das ist eine erstaunliche Entwicklung, die man aber nicht überschätzen darf. Ich glaube, dass sich dies wieder ändern wird und dass kein grösseres Problem daraus entsteht. Vielleicht ist es gut, dass wir jetzt - etwas spät zwar - im Zusammenhang mit dem EWR-Vertrag eine grössere Debatte haben als bisher.

Nach der schwedischen Verfassung ist eine Volksabstimmung über den Beitritt nicht obligatorisch. Aber alle Parteien wünschen eine Abstimmung darüber. Wann sie abgehalten wird, ist eine offene Frage; aber wahrscheinlich findet sie im Zusammenhang mit der 2. Parlamentsentscheidung statt. Unsere Verfassung verlangt ja, dass auf eine 1. Parlamentsentscheidung eine Wahl und dann eine 2. Parlamentsentscheidung folgt. - Somit wird es noch einige Jahre dauern, und in dieser Zeit kann vieles geschehen.

M. **Rebeaud** : Pourquoi la Suède a-t-elle voulu développer son propre avion de combat? Dans la perspective de l'union européenne, il se produira des rationalisations. J'observe que la Finlande achète un avion américain, de même que la Suisse s'appête à le faire.

Dans ces circonstances, la Suède va-t-elle continuer cette production? Pour quelles raisons, si elle n'a pas de clients extérieurs?

M. l'ambassadeur **Ewerlöf** : Hier, je crois, le gouvernement a décidé de présenter une deuxième demande de livraison de cet avion à l'armée suédoise. C'est une confirmation nette de la décision du Parlement de continuer la production de cet avion. Il serait trop tard pour revenir en arrière à présent. C'est

dommage que ni la Suisse ni la Finlande ne soient intéressées à acheter cet avion, mais nous ne perdons pas espoir que d'autres pays soient intéressés à l'acquérir.

Vraisemblablement, on ne continuera pas à développer la fabrication de tels avions. Il faut reconnaître qu'il n'est plus possible de continuer dans la voie antérieure. Les frais sont trop élevés. Probablement qu'il faudra s'engager dans des coopérations avec d'autres pays. Jusqu'ici, cela a fait partie de notre politique de liberté des alliances de nous rendre aussi indépendants que possible dans la production des armements.

Vollmer: Ihre Aeusserungen zur Aufgabe des Begriffs Neutralität zugunsten der Begriffs Allianzfreiheit würden mich fast zur Frage verlocken, ob damit auch ein Schrittwechsel verbunden ist bezüglich einer besonders aktiven Aussenpolitik, die bisher ja gerade in der alten Neutralitätsdoktrin verwurzelt war. - Gibt es in Schweden eine Doktrin, die verlangt, dass man bei militärpolitischen Sanktionen der UNO eine besondere Stellung ausbedingen muss?

Ewerlöf: Wir haben es immer als natürlich empfunden, uns den UNO-Sanktionen anzuschliessen, denn wir betrachten diese Aktionen als eine Art von Polizeiaktionen. Das heisst, dass wir bereit sein müssen, nicht nur Ueberflugrechte zu geben, sondern im Bedarfsfall auch Truppen zu entsenden. Diese Solidarität gegenüber der übrigen Welt wird von uns als Mitglied der UNO erwartet.

Mühlemann: Wird diese Neutralitätspolitik Schwedens nicht auch beurteilt aus der Sicht der Beendigung des Kalten Krieges, oder anders formuliert: Ist für Schweden der Kalte Krieg beendet? Für uns ist es so, dass wir keine militärische Bedrohung mehr erkennen können. Ist das für Schweden ähnlich? Das stärkste militärische Stützpunktsystem liegt ja auf der Halbinsel Kola. In Strassburg haben wir den neuen russischen Aussenminister erlebt, der aus der kommunistischen Mottenkiste wieder gewisse Sprüche herausgeholt hat. Ist dieses Baltikum, immer noch besetzt von sowjetischen Truppen, für Sie noch eine militärische Bedrohung?

Ewerlöf: Wie gesagt, wir haben nicht das Gefühl, dass die Bedrohung ganz verschwunden ist, obwohl die beiden Machtblöcke nicht mehr existieren. Wir müssen damit rechnen, dass wir einem belastenden Druck ausgesetzt werden können von einem Russland, das wünscht, seine Stellung auf diesem Grenzgebiet zu verstärken.

Scheidegger: Herr Botschafter, ich bin etwas hellhörig geworden nach der Antwort, die Sie Herrn Rebeaud gegeben haben. Ich will hier keine Fliegerdebatte beginnen; aber war das eine authentische Antwort eines schwedischen Regierungsvertreters? Wird die Militärflugzeugproduktion in Schweden eingestellt? Man muss sich vorstellen, zu welcher Monopolisierung auf diesem Markt das führen könnte. Wenn auch England und Deutschland auf eine eigene Flugzeugproduktion verzichten, wird der Markt relativ eng. Ist das Ihre persönliche Meinung, oder ist es eine Haltung, die man in Schweden oft antrifft?. Könnte ein Interes-

se der Schweiz an schwedischen Flugzeugen die Produktion aufrecht erhalten?

Ewerlöf: Ich habe gesagt, dass die Produktion der "Gripen" fortgesetzt wird, und dass die schwedische Regierung entschieden hat, die Bestellung dieses Flugzeugtyps weiterzuführen. Als persönliche Auffassung habe ich hinzugefügt, dass wir als kleines Land es in Zukunft kaum schaffen werden, technologisch so komplizierte Flugzeuge weiterzuentwickeln; das wird man in Zusammenarbeit machen müssen.

Scheidegger: Mit wem?

Ewerlöf: Das werden wir sehen.

M. Ruffy : Je reprends une question abordée par Mme Grendelmeier et M. Rebeaud et je m'adresse aux trois ambassadeurs présents.

On a traité la neutralité sous divers aspects, mais il y manque la notion de neutralité "active", c'est-à-dire que le statut de neutre peut être bénéfique dans le monde lorsqu'il y a des règlements qui demandent l'aide d'un pays ayant ce statut. L'accès à la CE devrait, de la part des neutres, bien que l'histoire des neutralités respectives soit différente, les pousser à une réflexion particulière face au système dont la mise en place se prépare, non seulement en matière de défense, mais aussi en matière de sécurité. C'est l'occasion, au moment où l'on aborde la CE, de souligner la différence qui est à faire entre ces deux systèmes, le système de sécurité devant permettre au pays neutres qui entrent dans la CE d'être plus offensifs. En effet, ils ne devraient pas abandonner ce qui leur a permis d'être précédemment offensifs précisément grâce à leur neutralité - je pense à la Suède d'Olaf Palme, par exemple. Certains d'entre nous ont le sentiment de voir dans la CE une forteresse dont la préoccupation première serait de relever le défi du Japon et des pays du Sud-Est asiatique, ainsi que des USA, sans profiter de l'universalité de l'économie et du rôle que des pays devraient jouer dans le tiers monde, en Afrique notamment.

Avez-vous le sentiment que nos pays pourraient utiliser leur statut de neutralité pour en faire valoir le bénéfice et essayer de "contaminer" le système de sécurité de la future union européenne?

M. l'ambassadeur Ewerlöf : Notre neutralité est en quelque sorte relative : elle s'est édiflée en vertu d'une politique étrangère qui voulait que nous restions en-dehors des alliances en cas de guerre. La Suède a longtemps voulu adhérer à la CE. Le seul obstacle, c'était justement la volonté de rester en-dehors des deux blocs antagonistes.

Dès que ces deux blocs n'ont plus existé, il n'y a plus eu aucun obstacle. La Suède, qui se sent comme une partie de l'Europe, a alors accueilli avec joie la chance de pouvoir adhérer et participer dès maintenant à la coopération européenne.

Comme l'ambassadeur Parak vient de le dire, nous pensons que comme membres de la CE, nous aurons la possibilité de faire appliquer une certaine politique. Ce ne sera pas une politique offensive, mais défensive, naturellement, et aussi active. Nous

pensons que nous aurons une collaboration très étroite avec les autres pays nordiques, avec les pays baltes ainsi qu'avec les petits pays d'Europe. La priorité absolue est notre volonté de faire partie de la CE. Si nous entrons dans un système de défense, cela dépendra de la situation qui se présentera. Aujourd'hui, nous déclarons que le centre de notre politique reste notre volonté de rester en-dehors des alliances, et de nous défendre nous-mêmes.

Parak: Natürlich ist die besondere Rolle des Neutralen bei Vermittlungsversuchen nicht zu unterschätzen. Aber wodurch sind gute Dienste, Vermittlungen usw. entstanden? Durch eine besondere Situation: Der Osten war dem Westen gegenübergestellt, und man hat einen Ort der Begegnung gesucht, einen Staat, der weder in dem einen noch in dem anderen Lager war. Oesterreichs Brückenfunktion zu Osteuropa ist sicher gegeben, durch die Erfahrung, die wir mit diesen Ländern haben, durch die geographische Nähe sowie durch die menschlichen verwandtschaftlichen Beziehungen, die sehr lange zurückgehen. Aber wir haben gleichzeitig gesehen, dass die osteuropäischen Länder den Vermittler nicht unbedingt brauchen; wenn die etwas wollen, wenden sie sich direkt an Bonn oder an Paris. Und was die Dritte Welt betrifft, frage ich mich, ob sich diese Länder - deren Probleme ja in erster Linie wirtschaftlicher Natur sind - sich nicht lieber an jemanden wenden, der in einer potenten Wirtschaftsgemeinschaft drinnen ist, als an ein kleines, neutrales Land, dessen materielle Ressourcen relativ beschränkt sind.

M. l'ambassadeur **Hynninen** : La question de fond concerne l'importance de la neutralité de certains pays européens à l'échelle mondiale. Les forces ont complètement changé, il faut le rappeler. Dans mon exposé, j'ai dit que la neutralité finlandaise, vieille de 45 ans, était un élément de stabilité dans l'Europe du nord. Le contexte ayant changé, des éléments nouveaux sont intervenus dans notre politique extérieure. Il s'y greffe un aspect économique. La CE satisfait nos besoins par le truchement de l'EEE, mais pas complètement. Jusqu'à ces dernières années, les pays nordiques avaient une position intermédiaire vis-à-vis du tiers monde. Dans la dimension Nord-Sud, c'était le reflet assez direct de certains antagonismes entre l'Ouest et l'Est. Maintenant les pays du Sud vont ressentir les effets de cette conciliation à l'échelle européenne. On va apporter une assistance accrue à l'Est, et il se pose la question de l'additionnalité ("additionality"): ce que nous donnons à l'Est s'additionne à ce que nous donnons au Sud. Peut-être qu'à l'échelle mondiale, cela ne durera pas longtemps, parce qu'il y a un intérêt évident pour les pays d'Europe à aider les pays de l'Est. Les pays africains ont surtout souffert de la détente politique parce que le besoin est devenu moins fort de soutenir tel ou tel président à tel ou tel moment, les rivalités entre les deux idéologies s'étant effacées.

A l'époque de l'antagonisme Est-Ouest, les pays nordiques jouaient un rôle intermédiaire. Ce n'était pas directement lié au statut de neutralité, sauf que nous pouvions offrir nos bons offices dans les conflits Nord-Sud liés à l'antagonisme Est-Ouest. Mais sur le fond, ce n'était pas lié fondamentalement à

la neutralité; la meilleure preuve en est que la Norvège a été très appréciée en tant qu'intermédiaire.

2. Kommissionsinterne Aussprache über die Anhörung;
Schlussfolgerungen und Diskussion über eine Stellungnahme

Präsident: Ich habe Ihnen ein Papier von Professor von Wartburg austeilten lassen. Am Samstag habe ich ein Expressschreiben von ihm erhalten mit der dringenden Bitte, seine Gedanken der Kommission zu unterbreiten.

Frau Nabholz: Sind eigentlich diese Referate vertraulicher Natur, oder wird es möglich sein, daraus zu zitieren?

Aebi: Wir haben es nicht geklärt; aber ich gehe davon aus, dass das Protokoll vertraulich ist.

Frau Haller: Herr Krafft, was ist unter Botschaftern in solchen Situationen Usus?

M. l'ambassadeur Krafft : Il n'y a pas d'usage en la matière, mais je pense que ces propos étaient confidentiels.

M. Rebeaud : Je me demande pourquoi les pays neutres ne se joignent pas pour tenter de jouer leur rôle dans la construction future de l'Europe. On aurait dû s'entendre depuis longtemps, par exemple pour la construction du matériel de guerre. Maintenant, chacun détruit sa propre neutralité au vu de son adhésion. Je suis sceptique quant à la possibilité de conserver son propre système de défense si l'on est membre de la CE.

J'ai lu que M. Villiger allait rencontrer ses homologues d'autres pays neutres pour traiter de cette question. Or, il est tard pour s'interroger, du moins au niveau du Parlement. Peut-être serait-il possible encore, avant que la question de la neutralité n'empoisonne le débat sur l'EEE, d'avoir avec le Conseil fédéral - voire avec d'autres ministres de la défense - une réunion pour faire le point à ce sujet.

M. Eggly : Je suis tenté d'adhérer aux suggestions de M. Rebeaud quant à une entente entre pays neutres pour entrer dans la CE, mais je me demande si ce n'est pas faux. En fait, tout ce qui vient d'être dit montre à quel point chaque pays a sa propre neutralité issue d'un contexte européen. Pour chacun de ces pays, y compris le nôtre - n'en déplaise à M. von Wartburg - la neutralité n'a jamais été un but. Ce n'est pas une religion, mais un moyen, qui, à certaines époques, a été considéré le meilleur pour sauvegarder la politique de sécurité. C'est vrai aussi que la neutralité forme une sorte de seconde nature et crée un certain état d'esprit. La Suisse, surtout, va apporter, si elle entre dans la CE, un état d'esprit particulier, mais à long terme, nous ne devons pas nous réclamer de la neutralité pour apporter cet esprit particulier. L'ambassadeur Ewerlöf a eu raison d'affirmer que la Suède voulait entrer dans la CE le temps qu'il faudra, qu'elle accepterait une politique de sécurité de plus en plus intégrée telle que le Traité de Maastricht la stipule, et à long terme, qu'elle est prête à accepter l'idée d'une politique

de défense commune. Non seulement les Suédois en acceptent l'idée, mais ils souhaitent que cela arrive. Le problème, c'est qu'il faudra que l'Europe ne se transforme pas en forteresse qui oublie le reste du monde. Il me semble que vouloir négocier, tous pays neutres réunis et pour le long terme, un statut de neutralité au sein de la CE, est faux. Le plus important est d'entrer dans la CE en n'ayant pas notre politique actuelle de neutralité. La finalité, ce n'est pas nous qui la déterminerons en tant qu'Etats neutres, mais bien la CE.

M. Caccia : Je suis d'accord avec M. Eggly. L'ambassadeur de Suède a été le plus transparent et le plus cohérent sur la question, et a montré un réel sens de l'histoire. Il a dit ce que nous aurions pu dire nous-mêmes. Ainsi, l'histoire de la neutralité suédoise n'est pas sans quelques taches: pendant la deuxième guerre mondiale, la Suède a dû accepter des *modus vivendi* qui n'étaient pas satisfaisants, et on pourrait dire qu'il en fut de même pour notre pays. Je partage le point de vue réaliste de l'ambassadeur de Suède quant aux perspectives futures en matière de sécurité et de défense, qui permettraient de sauvegarder en Europe un patrimoine des droits de l'homme et de la démocratie, comme nous pouvons l'envisager dans l'évolution actuelle du continent.

Frau Haller: Für mich war es heute sehr interessant zu sehen, was übereinstimmend zum Ausdruck gekommen ist und was nicht übereinstimmend zum Ausdruck gekommen ist. Man neigt ja dazu, vor allem diejenigen Elemente zu erkennen, wo man Gemeinsamkeiten sieht. Bei unserer ersten Aussprache zum Neutralitätsbericht war für mich vor allem der Wandel wichtig, den die Arbeitsgruppe hervorhebt, nämlich dass die schweizerische Neutralität nicht mehr als etwas Statisches betrachtet wird, sondern als etwas Entwickelbares. In allen diesen drei Exposé ist mir aufgefallen, dass von einem entwickelbaren Neutralitätsbegriff ausgegangen wird, und zwar wahrscheinlich sehr viel selbstverständlicher als bei uns - vielleicht war auch unser Neutralitätsbegriff sehr viel entwickelbarer als wir jetzt meinen.

Nach diesen Gesprächen frage ich mich: Wo sind wir so Sonderfall? Wir sind offenbar früher dazu gekommen, zum Mittel der Neutralität greifen zu müssen. Weil wir länger mit der Neutralität leben, könnten wir mehr Schwierigkeiten haben, zu diesem Konzept der ständig sich entwickelnden Neutralität zu kommen. Nachdem ich die Referate gehört habe, bin ich bestätigt darin, dass es gar nicht viele andere Möglichkeiten gab, als die im Bericht ausgeführt sind. Das hängt damit zusammen, dass die Welt kleiner geworden ist und dass diese Staaten mit den genau gleichen Integrationsfragen konfrontiert sind wie wir.

Vollmer: Uebereinstimmend können wir feststellen, dass wir mit der Position der Studiengruppe in guter Gesellschaft sind. Trotzdem dürfen wir nicht vorschnelle Schlussfolgerungen ziehen. Die schwedische Position zeigt nämlich, dass die Verengung des Neutralitätsbegriffes auch zu einer entgegengesetzten Schlussfolgerung führen kann: Während wir letztes Mal festgestellt haben, dass der neue Neutralitätsbegriff eine Befreiung für unsere Aussenpolitik bringen könnte, scheint er

in Schweden eher zu einer Abkehr von einer aktiven Politik zu führen, die gerade im Neutralitätsstatus ihren Fundus gehabt hat.

Meine Frage ist die gleiche wie letztes Mal: Was tut jetzt der Bundesrat? Noch hat er sich zu diesem Bericht nicht geäußert; für uns wäre es aber gerade interessant, mit dem Bundesrat zu diskutieren. Von Staatssekretär Kellenberger haben wir letztes Mal Auesserungen gehört, die diesbezüglich nicht gerade zu Hoffnung Anlass geben. Die Auseinandersetzung mit dem Bundesrat scheint mir jetzt wichtiger als die Frage, wie wir in der Kommission zu einem politischen Konsens kommen können.

Steffen: Wie die Gespräche mit den drei Botschaftern gezeigt haben, gab es verschiedene Wege zur Neutralität. Finnlandz.B. musste überleben an der Seite eines ehemaligen Feindes, der immer noch aggressiv war. Bei Oesterreich war es ähnlich; mit Hilfe des Neutralitätsstatus, den es in seine Verfassung aufgenommen hat, konnte es quasi die Russen aus dem russisch besetzten Teil loswerden. In Schweden war es der Entschluss eines Königs, und wir - wir Schweizer haben das seit Generationen quasi mit der Muttermilch immer wieder aufgesogen. Sollen wir jetzt wirklich grosse Gespräche führen unter diesen Neutralen? Das ist völlig unlogisch und sinnlos. Denn letztendes muss jeder dieser vier Staaten auf seine Weise seine Neutralität beerdigen, wenn er in die EG kommen will. Wir müssen doch nicht glauben, dass wir mit irgendwelchen Tricks noch irgend etwas hinüberretten können. Der Beitritt in die EG wird für uns wie für die anderen bedeuten: Ende der Neutralität. - Die andere Möglichkeit ist die, die Neutralität nicht aufzugeben und nicht in die EG einzutreten. Die Kommission hat zwar die Neutralität bereits reduziert auf einen kleinen Rest, die Neutralität im Kriegsfall; aber früher oder später wird die EG auch ein Sicherheitssystem mit militärischem Charakter sein, und dann wird uns auch diese Einschränkung nichts mehr nützen.

Präsident: Die Interpretation dieser drei Darlegungen zeigt, dass sich alle drei Länder für die militärische Neutralität aussprechen. Diesen Kern wollen alle drei Länder klar aufrecht erhalten. Finnland dokumentiert das deutlich mit dem Ersatz der veralteten Flugzeuge, und Schweden ist offenbar fest entschlossen, seine Flugwaffe mit eigenen Flugzeugen zu erneuern.

M. Ruffy : Tant que c'est encore compatible avec les statuts de la Communauté! Ils seront armés, mais ils ne seront plus neutres. La neutralité est incompatible avec les finalités de la phase ultime communautaire. La phase 3 fera qu'il y aura une force de défense commune.

Präsident: Das ist absolut richtig. Alle diese drei Länder vertreten die genau gleiche Auffassung, dass sie nicht in einem militärischen Bündnis mitmachen wollen. Aber sie sind ehrlich genug festzustellen, dass sie nicht wissen, was in 10 oder 15 Jahren sein wird.

Wyss: Die Frage, die uns alle hier beschäftigt, ist ja, wie die EG in der Zukunft aussieht. Ich habe das ähnlich aufgefasst wie Herr Steffen, mit einer kleinen Nuancierung: Oesterreich *musste* neutral werden - aus militärpolitischen Gründen, damit zwischen

die beiden Blöcke in Europa ein Keil geschoben würde. Und vergessen wir nicht den Nordischen Pakt, der nach wie vor militärpolitisch eine Rolle spielt. Noch vor zwei Jahren hat Schweden nein gesagt zur EG, ebenso Finnland. Nach den Wahlen waren die Schweden plötzlich positiv eingestellt. Das hat die Finnen so verärgert, dass sie jetzt nicht den "Saab" kaufen sondern den "F/A-18". Man hat übrigens versucht, mit den Schweden militärpolitisch zusammenzuarbeiten: Vor vier Jahren war das schwedische Flugzeug weit vorne in unserer Evaluation; erst nachdem das Flugzeug abgestürzt ist, hat man diese Evaluation aufgegeben.

Die Schlussfolgerung von Herrn Steffen stimmt: Jeder definiert Neutralität auf seine Art, und wir müssen unsere Neutralität selbst definieren. Es gibt jetzt zwei Optionen: Ein zentral geführtes Europa mit eigener Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Dort wäre, konsequent durchgedacht, keine Neutralität mehr möglich. Die andere Stossrichtung ist ein föderatives Europa, in dem die Staaten nach wie vor eigene Staaten bleiben und im Sinne der Subsidiarität gewisse Bereiche nach oben, an Europa, abgeben. In diesem Europa würde auch die Verteidigung jedem einzelnen Staat belassen, abgesehen von gemeinsame Aktionen, etwa das Bereitstellen von Blauhelmtrouppen.

Unsere Neutralität ist kein Dogma, sondern ein Mittel der Aussenpolitik. Alle drei Botschafter haben gesagt, dass es eine Glaubenssache ist, wie die Zukunft aussieht. Genau das ist ja unsere Schwierigkeit. Es wäre daher wichtig, dass jetzt der Bundesrat seine Vorstellung über ein zukünftiges Europa bekannt gibt. Sonst diskutieren wir im Kreise herum.

M. Rebeaud : La déclaration de M. Steffen est juste : l'adhésion à la CE suppose l'abandon à terme de la neutralité actuelle. Notons qu'un certain nombre de pays qui ont fait l'expérience de la neutralité avaient en commun, malgré des différences, de n'avoir pas été engagés dans des guerres dont d'autres ont souffert. Je ne crois pas que nous préserverons notre neutralité en restant en-dehors, et des adaptations seront nécessaires. Il faudrait néanmoins s'entendre sur la nature de la future défense européenne commune : l'Europe sera-t-elle offensive comme les USA, et fera-t-elle de l'ordre sur la planète, ou restera-t-elle strictement défensive? L'exemple de l'incapacité de la CE à trouver une ligne de politique étrangère commune dans le conflit yougoslave montre à quel point elle est incapable d'intervenir sur des terrains étrangers. Cela mérite discussion.

Frau Grendelmeier: Der heutige Nachmittag hat eines gezeigt: Wir müssen lernen, mit dem Zweifel zu leben. Viele Leute scheinen jetzt darauf zu warten, dass sich Europa wie eine Puppenstube präsentiert, und wenn dann einmal diese Puppenstube, schön geordnet, steht, entscheiden wir uns vielleicht, ob diese Puppenstube zu uns kommen will oder nicht - aber nicht wir zu ihr. Wir warten immer auf etwas, was es nicht gibt; es macht uns Angst, in einem Prozess mitzumachen. Ich bin Herrn Wyss dankbar für seine sehr klare Unterscheidung der beiden möglichen Wege eines möglichen Europas. Nichts ist so falsch wie zu sagen: In dieses zentralistische Europa gehe ich nicht. Dieses Europa gibt es ja noch gar nicht! Was mich heute

fasziniert hat, ist, wie unterschiedlich die Entwicklung der Neutralität und das Gefühl dafür in den verschiedenen Ländern ist. Erstaunt hat mich die dezidierte Angst der Schweden in der heutigen Situation gegenüber Russland; sie scheinen dem Frieden im Osten noch gar nicht zu trauen.

Ich frage mich trotz allem, ob es nicht sinnvoll wäre, ein Gespräch zwischen den Neutralen zu suchen, um die wenigen Voraussetzungen der Neutralität in die Diskussion einzubringen. Deshalb habe ich auch gefragt - leider wurde die Frage nicht beantwortet - ob es die anderen Länder von Vorteil empfinden würden, wenn die Schweiz in der ersten Beitrittsrunde mitmacht, um über diese neutralitätspolitischen Aspekte von Anfang an mitzureden. - Für mich ist es deshalb sehr wichtig, dass wir möglichst bald ein Beitrittsgesuch stellen. Ich finde es - gelinde gesagt und sehr höflich ausgedrückt - unverständlich, dass der Bundesrat sich in allen vier Landessprachen ausschweigt - jetzt, wo wir Führung nötig hätten.

Bircher Silvio: Wir befinden uns jetzt in einem Prozess der Entscheidungsfindung zur Frage der Neutralität. Seit zwei Jahren befinden wir uns in einem Prozess der Entscheidungsfindung zur Aussenpolitik gemeinhin. Wer soll Führungsfunktionen übernehmen? Ist es - wie bisher - in erster Linie die Exekutive, oder ist es nicht vermehrt auch das Parlament? Mich erstaunt jetzt die zögerliche Haltung dieser Kommission. Kaum haben wir den Bericht der Studiengruppe Krafft, die uns immerhin die Möglichkeit gibt, vor dem Bundesrat zu 14 Punkten Stellung zu nehmen, so ist unsere Kommission wieder sehr vorsichtig. Ich finde es schlecht, wenn wir jetzt den Spiess wieder umdrehen und mit Vorwürfen an den Bundesrat gelangen, weil er nicht Farbe bekennt, und wir selbst reden im Kreise herum. Wir könnten doch zumindest die Kernpunkte dieser Thesen entweder befürworten oder ablehnen. Wir könnten z.B. bestätigen, dass sich die Neutralität im Wandel befindet - jetzt sogar erhärtet durch die Statements der drei Botschafter. Dann könnten wir die Meinung der Kommission bekanntgeben zur Frage der UNO-Wirtschaftssanktionen. Wir könnten auch noch einen Schritt weitergehen und sagen: "Neutralität ist - mindestens im bisherigen Verständnis - kein Hindernis zu einem Beitritt zur EG." Das schiene mir sinnvoller als auf die Stellungnahme des Bundesrates zu warten und damit eine eigenständige Stellungnahme zu verscherzen. Wir sollten jetzt die Verantwortung nicht abschieben, nachdem wir für uns mehr Mitbestimmungs- und Entscheidungsfunktionen auf dem Gebiete der Aussenpolitik gefordert haben.

Präsident: Das Votum von Herrn Bircher tut mir sehr wohl. Die Kommission hat gewünscht, dass sie mehr Einfluss nehmen kann auf die aussenpolitische Haltung unseres Landes. Wenn es eine Gelegenheit dazu gibt, dann jetzt! Der Bundesrat wartet - ob das gut ist oder schlecht, aber er wartet - auf eine Meinungsbildung der Kommission. Ich frage mich, welchen Schaden eigentlich angerichtet werden könnte, wenn sich die Kommission vor dem Bundesrat zu dieser Frage äussern würde.

Mühlemann: Ich finde das Votum von Herrn Bircher goldrichtig. Wir sind ja nicht eine Alibikommission, sondern wir haben den Wunsch geäußert, diesen Neutralitätsbericht zu studieren.

Jetzt müssen wir die Schlussfolgerungen daraus ziehen. - Ich kann mich gross modo diesem Bericht anschliessen; es ist ein offener Bericht, der zeigt, in welche Richtung unsere Neutralität gehen kann. Ich bin vollständig überzeugt, dass die Maastrichter Verträge, wie sie jetzt vorliegen, nicht so abgeschlossen werden. Hier ist ein ganz grosser Kampf im Gange. Wenn Herr Mitterrand letzte Woche davon gesprochen hat, dass man allenfalls ein Referendum veranstalten müsste, könnte das heissen, dass er das Nein dem Volk überlassen will. Da sind gewaltige Bewegungen im Gange, und wir müssen uns nicht beeilen, jetzt schon die Endstation zu erkennen.

Aber wir können zu diesem Bericht stehen, weil er relativ offen ist und unsere Neutralitätspolitik so fortschreibt, wie sie immer gehandhabt worden ist: in sinnvoller Anpassung an das aussenpolitische Umfeld. Es wäre wahrhaftig erlösend, wenn einmal eine parlamentarische Kommission hinter dem Bundesrat stehen würde, wenn er einmal Führungswillen zeigen sollte. Ein geschlossenes Auftreten würde sicher auch im Volke Wirkung zeigen. - Ich stelle den Antrag, dass dieses Traktandum fortgesetzt wird bis zum bitteren oder bis zum guten Ende.

M. Ruffy : J'ai été frappé de voir que l'ambassadeur suédois était aussi craintif vis-à-vis de la Russie qu'il l'était de l'URSS. Cela n'a pas été le cas de l'ambassadeur finlandais, dont le pays est plus proche de la Russie: au contraire, il a parlé de coopération commerciale et d'aide financière à son pays voisin.

En outre, on nous a dit aujourd'hui que la neutralité a été imposée dans une conjoncture précise par une puissance extérieure. Rien de cela en Suisse : notre neutralité fait partie de notre système politique et de notre conception de la politique étrangère. Il est intéressant de voir que les propos des ambassadeurs n'ont pas fait apparaître que la neutralité ait permis à leurs pays d'être offensifs sur le plan international. On a cité le cas de la Norvège qui a pu développer une politique tout aussi dynamique sans être neutre. On comprend ainsi que pour ces pays, le concept de neutralité est moins important qu'il ne l'est pour nous, sinon dépassé. Nous avons donc plus de peine à assumer ce problème. C'est pourquoi, lors de la votation, il ne faudra pas faire référence aux exemples étrangers, qui diffèrent du cas de la Suisse.

M. Eggly : Un autre élément est en effet à rappeler à propos de notre neutralité : on peut remonter à Nicolas de Flue pour dire que la neutralité suisse a visé la cohésion entre les Suisses. Par conséquent, c'est clair que tout d'un coup, avec la situation qui change en Europe, les gens qui ont des réflexes conservateurs s'insurgent dans cette perspective. Au fond, je veux dire qu'il ne faut pas forcément suivre pas à pas le rapport du groupe d'étude sur la neutralité. Comme le disait Mme Grendelmeier, la politique européenne est un mouvement. Par rapport à ce mouvement, la politique étrangère suisse doit être claire et résolue. La question urgente n'est pas celle du statut de notre neutralité, mais de savoir quelle est notre politique européenne. Et au-delà du traité EEE, il faut que le CF soit le plus clair possible le plus vite possible. Au fond, toute cette discussion devrait être englobée dans une ligne politique européenne claire. Le Conseil fédéral

a la responsabilité aujourd'hui non seulement de définir la politique extérieure de la Suisse, mais de sécuriser sa population en énonçant clairement les buts qu'elle poursuit. Notre commission devrait exercer une pression sur le Conseil fédéral à cet effet.

Fischer-Hägglingsen: Wie sollen wir weiterfahren mit diesem Bericht? Dies ist eine grundsätzliche Frage. Es handelt sich um den Bericht einer Studiengruppe zuhanden des Bundesrates. Solche Berichte gibt es natürlich sehr viele, und es käme sicher nicht gut heraus, wenn all diese Berichte noch durch eine Kommission vordiskutiert würden. Ich habe die Idee des Bundesrates so verstanden, dass der Bundesrat diesen Bericht zur Kenntnis nimmt oder gewisse Retuschen vornimmt - er ist ja für die Führung zuständig - und nachher an das Parlament weiterleitet. Und das ist der Moment, wo die Diskussion im Parlament erfolgen muss. Wir müssen aufpassen, dass wir die Aufgaben von Exekutive und Legislative nicht vermischen. Es geht nicht an, dass sich die Aussenpolitische Kommission anders verhält als alle anderen Kommissionen.

M. l'ambassadeur **Krafft** : En fait, le Conseil fédéral a constitué une nouvelle commission d'étude, cette fois **interdépartementale**, chargée d'examiner le rapport du groupe de travail et de faire des propositions ensuite. Cela veut dire que le Conseil fédéral ne prendra pas position avant la fin de l'année, au moment où il présentera son rapport sur la politique étrangère au Parlement. Il y aura un chapitre sur la neutralité dans le 3ème rapport sur l'intégration, mais la problématique générale de la neutralité hors du contexte faisant l'objet du rapport ne connaîtra une prise de position que vers la fin de cette année.

Frau Haller: Schon vor dem Votum von Herrn Botschafter Krafft, dessen Inhalt mich jetzt doch ein bisschen erstaunt hat, wollte ich sagen: Wir sind damit konfrontiert, dass der Bundesrat einen Bericht, den er noch nicht hätte herausgeben müssen, effektiv herausgegeben hat. Damit hat er doch klar den Willen bekundet, dass er zumindest eventualvorsätzlich in Kauf nimmt, dass jemand Stellung dazu bezieht, seien dies nun Interessenverbände, Parteien oder eine parlamentarische Kommission. Er weiss sogar, dass wir den Bericht hier behandeln, und er hätte sich auch an unsere Sitzung einladen lassen können. Aber offensichtlich ist es dem Bundesrat gar nicht so peinlich, dass wir dazu Stellung nehmen, ohne dass er vorher darüber gesprochen hat.

Ich neige dazu, den Voten für eine Stellungnahme zu folgen, wobei ich eher davon abrate, über jeden dieser Punkte abzustimmen. Vielleicht können wir uns zu einer generellen Stellungnahme mit einigen Schwerpunkten zusammenraufen. Erst recht nachdem ich nun vernommen habe, wie es weitergehen soll, finde ich, dass wir es der Weiterentwicklung der schweizerischen Aussenpolitik geradezu schuldig sind, etwas dazu zu sagen. Sonst hat die Oeffentlichkeit den Eindruck, dass kein Mensch aus der politischen Szene sich für diese neuen Ideen interessiert.

M. Darbellay : Le rapport sur la neutralité fait apparaître que l'on a mis de côté cette gangue qui s'est formée au fil des années autour de cette notion. Aujourd'hui, à l'éclairage des exposés, nous pouvons constater que la neutralité est largement reconnue non pas comme une fin en soi, mais comme un moyen de maintenir la paix, et aussi que c'est une notion essentiellement européenne, différente d'un pays à l'autre et à travers le temps. Chez nous, elle s'est édiflée entre 1515 et 1815, et l'on constate qu'entre 1815 et 1992 elle a subi de nombreux aménagements. Il n'est pas utile maintenant que nous prenions position point par point sur les thèses proposées dans le rapport, mais nous devrions suivre la conduite suivante : si l'on compare l'Europe actuelle avec la Suisse de 1820, 1830 ou 1840, on constate qu'en 1815, la Suisse a atteint la grandeur qu'elle a aujourd'hui, que chaque canton possédait son propre système de défense, et qu'en 1848, les cantons n'en ont plus eu besoin. Alors que M. Ruffy souligne que la neutralité est incompatible avec les objectifs que la CE s'est fixés, je dirais plutôt - comme M. Wyss - que selon l'optique que choisira la CE, la neutralité deviendra peut-être obsolète. Que serait maintenant la neutralité du canton de Fribourg ou du canton de Zurich en Suisse?

Nous pouvons dire alors que dans la Communauté actuelle, nous pouvons entrer sans modifier notre politique de neutralité, et que nous exercerons notre influence avec d'autres pays désireux de le faire afin de parvenir à créer une CE aussi fédéraliste que possible. Notre neutralité risque de se modifier avec le temps, et peut-être qu'un jour, selon l'évolution de la CE, se sera une notion dépassée.

Wyss: Was wir jetzt diskutieren, haben wir zu Beginn unserer Neutralitätsdiskussion (Seite 6 des Protokolls vom 21. April 1992) schon besprochen und auch Beschlüsse gefasst, und zwar auf Antrag von Frau Grendelmeier. Wenn wir jetzt eine Abstimmung durchführten, würde der Bericht wohl grösstenteils grundsätzlich genehmigt. Wie im einzelnen die Ansichten auseinandergehen, ist aus dem Protokoll ersichtlich. Was wir aber jetzt tun müssen, ist zu klären, wie wir diese Führungsansprüche sehen. Herr Fischer hat richtig gesagt, dass dies kein Kommissionsbericht ist; aber wir könnten für diesmal den Bundesrat bitten, zum Studienbericht Stellung nehmen zu dürfen. Wenn wir die Wege klarer vorbestimmen, wissen wir auch besser, worüber wir reden sollen. Ich bin einverstanden: Wir haben diese Aufgabe. Mein einziger Wunsch wäre, dass wir das Vorgehen in solchen Dingen genau fixieren. Wir müssen heute entscheiden, ob wir morgen gewisse Schlussfolgerungen ziehen müssen zuhanden des Bundesrates.

Frau Bär: Es ist Herrn Fischer gelungen, mich einen kurzen Moment zu verunsichern mit seinen Einwänden und Zweifeln. Aber die Antwort von Herrn Botschafter Krafft hat mich in meiner Haltung wieder bestärkt. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass die Führungsschwäche solche Formen annehmen kann, dass man sogar eine zweite Kommission einsetzt. Ich interpretiere das so, dass der Bundesrat sicher sehr dankbar ist, die Meinung der Kommission zu kennen, und plädiere dafür, dass wir morgen eine Stellungnahme zu diesem Bericht abgeben - nicht zu jedem Punkt einzeln, sondern etwas Substanzielles aber Grundsätzliches zum Bericht als Ganzem. Spätestens Punkt 8 der Schlussfolgerungen

würde zu grossen Diskussionen Anlass geben: Der Besuch unserer Fraktion von letzter Woche in Brüssel hat gezeigt, dass man sicher nicht so salopp sagen kann, Neutralität sei kein Hindernis für den EG-Beitritt. - Ich schlage vor, dass der Kommission morgen ein schriftlicher Bericht des Präsidiums oder des Sekretariates als Grundlage für diese Diskussion vorgelegt wird.

Frau Segmüller: Ob der Unklarheit über das Prozedere, z.B. auch der Frage, ob die Sicherheitskommission auch Stellung nimmt oder wie der Ständerat damit umgeht, befällt mich ziemliches Unbehagen. Aus dem Wunsch heraus, uns als Kommission zu profilieren, sollten wir das Ziel nicht aus dem Auge verlieren, nämlich den Zug Richtung EWR und EG, wie ihn der Bundesrat definiert hat, nicht zu gefährden. Ich würde unsere Stellungnahme zu diesem Bericht unter diesen Nenner stellen. Von daher ergibt sich noch eine andere Kollision: Wie verhält sich der vorliegende Neutralitätsbericht zum Kapitel über die Neutralität im Integrationsbericht, der am 20. Mai herauskommen soll? Unter welchem Nenner diskutieren wir überhaupt die Neutralität? Doch unter dem Aspekt der Integration! Und da fragt es sich schon, ob wir jetzt eingehender zur Neutralität Stellung nehmen sollen oder im Zusammenhang mit dem Integrationsbericht. Es wäre nicht angebracht, jetzt unkoordiniert vorzugehen, nur damit wir uns profilieren können. Bevor ich einer Äusserung nach aussen zustimmen kann, sollten wir diese Fragen abklären. - So oder anders sollten wir uns nicht in die Details verlieren, sondern eine aussenpolitische Stellungnahme zum Bericht abgeben. Mein Hauptziel ist, unseren Zug Richtung Integration nicht zu bremsen oder entgleisen zu lassen.

Zu den unterschiedlichen Auffassungen von Neutralität, die die drei Botschafter vorgebracht haben: Das Hervorstechendste war, dass alle ausser wir die Neutralität immer als etwas Relatives verstanden haben. Nur für uns ist Neutralität so absolut. Herr Ruffy hat sein Erstaunen über die unterschiedliche Einschätzung des Sicherheitsrisikos von Schweden und von Finnland ausgedrückt. Mich erstaunt das nicht - weil ich alles relativ sehe: Schweden ist ein Land, das relativ gut auf eigenen Beinen stehen kann. Finnland hat da viel grössere Schwierigkeiten, bedingt durch das ganz andere wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis gegenüber dem Ostblock. Mit dem EG-Beitritt ist für Finnland das Sicherheitsrisiko aufgehoben. Daher hat es einen so dringenden Wunsch, der EG beizutreten; dieser Wunsch ist bei uns noch nicht so ausgeprägt und darum gestatten wir uns auch, so stark über die Neutralität zu diskutieren. Weil deren Stellenwert bei uns immer ein höherer war und immer ein höherer sein wird, wäre ich erst recht sehr vorsichtig, wie wir uns gegenüber der Oeffentlichkeit über die ganze Problematik äussern.

M. Rebeaud : Je suis d'accord pour reconnaître que nous avons fait le tour de la question, et qu'il faut simplement prendre connaissance du rapport sans le discuter point par point. Mme Bär a raison: nous ne pouvons pas dire que notre neutralité n'est pas un obstacle à notre adhésion à la CE, et nous savons qu'elle est condamnée si nous le faisons. Il faut que cela se sache.

Comme M. Fischer, j'estime que c'est au Conseil fédéral de donner sa position. La commission pourrait seulement demander au Conseil fédéral de faire diligence. Il faut qu'une ligne soit publiée avant les votes de fin d'année, et je ne vois pas la raison de cette étude interdépartementale supplémentaire.

Steffen: Herr Botschafter Krafft, können Sie uns sagen, ob der Bundesrat im 3. Integrationsbericht gewisse Schlussfolgerungen des Neutralitätsberichtes berücksichtigt hat? Wir sollten frühestens dann über diese 14 Punkte diskutieren, wenn uns der Integrationsbericht vorliegt; dann wissen wir nämlich, in welche Richtung der Bundesrat hier schon gedacht hat.

M. l'ambassadeur **Krafft** : Je ne peux pas trahir le contenu du rapport, mais ce que j'en ai vu n'est pas encourageant. Ne vous attendez pas à des prises de position très claires sur la question de la neutralité à l'éclairage de l'adhésion. Mais le rapport n'est pas encore adopté, et je ne peux en dire plus.

Fischer-Hägglingen: Ich bin vielleicht etwas formalistisch, aber ich glaube, dass viele Führungsprobleme in unserem Staat daher kommen, dass die Kompetenzen nicht wahrgenommen werden, wo sie wahrgenommen werden müssten, und dass gewisse Kompetenzvermischungen stattfinden. Die Neutralitätsfrage ist eine zentrale Frage für unser Land, und deshalb sollten wir vom Bundesrat einen separaten Bericht zuhanden des Parlamentes bekommen, der diese Studie und auch die Stellungnahme des Bundesrates dazu enthalten würde. Könnten wir nicht verlangen, dass der Bundesrat mit einer separaten Vorlage an das Parlament gelangt, so dass das ganze Parlament einmal grundsätzlich darüber diskutieren könnte, in welche Richtung unsere Neutralität gehen soll? Diese zentrale Frage sollte nicht nur nebenbei, bei der Behandlung eines Kapitels des Integrationsberichtes, diskutiert werden. Ich fürchte, dass man auf diese Weise die Neutralitätsfrage wieder nicht à fonds diskutiert.

Vollmer: Die Verwaltungsvertreter haben uns schon das letzte Mal, und jetzt wieder, klaren Wein eingeschenkt: Wir wissen, was wir wann zu erwarten oder nicht zu erwarten haben. Daher finde ich es jetzt auch vernünftig, die beiden Problemstellungen zu verknüpfen: Im Anschluss an die Behandlung des vorliegenden Berichtes sollten wir eine Stellungnahme abgeben, in der wir die grundsätzliche Strömung aufnehmen, nämlich die Oeffnung und der Wunsch, uns aktiver in der Welt zu betätigen; mit dieser Vorgabe würden wir dem Bundesrat einen Wink mit dem Zaunpfahl geben, was wir von ihm erwarten. Ich finde es eigentlich nicht sehr mutig von Ihnen, Frau Bär, wenn wir jetzt ängstlich schon wieder alle konkreten Folgerungen ausklammern wollen, die Konsequenzen haben. (Frau Bär: Das habe ich gar nicht gesagt.) Wenn wir alles Konkrete ausklammern, werden wir wieder genau dort stehen, wo wir immer wieder stehen, und auch dort, wo wir nach der Veröffentlichung des Neutralitätsberichtes durch den Bundesrat sein werden.

Wie Frau Haller glaube ich auch, dass wir nicht jeden Punkt einzeln besprechen sollten. Es braucht eine geschlossene Stellungnahme, die die Diskussion aufnimmt, die hier weitgehend im Konsens geführt worden ist.

Wir tun jetzt so, als würde sich der Bundesrat völlig distanzieren. Aber der Bundesrat hat ja diese Gruppe nicht eingesetzt, nur weil er das Gefühl gehabt hat, Neutralität sei eine wichtige staatspolitische Frage. Vielmehr hat er dies im Hinblick auf ganz bestimmte Entscheide getan, die er in nächster Zeit fällen muss. Der Bundesrat handelt ja seit längerer Zeit genau gemäss diesem Bericht, ohne dass er diesen gutgeheissen hat. Dieser Bericht ist doch nichts anderes als die Legitimation eines neuen Handelns des Bundesrates in seiner alltäglichen Politik. Das macht mir Sorge, dass wir nicht über die Grundlagen seines Handelns mit ihm diskutieren können, sondern nur das Nachvollziehen seiner Schlussfolgerungen zur Kenntnis nehmen dürfen. Die Stellungnahme unserer Kommission könnte diese beiden Elemente miteinander verbinden: den Bundesrat auffordern, diesen Bericht mit uns zu diskutieren, und dabei auch schon eine Art Vorgabe machen.

Wyss: Offenbar ist auch der Bundesrat geteilter Meinung; sonst hätte er eine Stellungnahme gemacht. Wahrscheinlich führt er dieselben Diskussionen wie wir. Jetzt sollten wir eine geeignete Form finden, um dem Bundesrat mitzuteilen, wie die Stimmung hier ist. Wir sollten versuchen, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, den diese Kommission hat. Nicht einmal die EWR- und EG-Gegner scheinen dagegen zu sein, dass man versucht, die Neutralität neu zu definieren. Es hat auch niemand Einwände dagegen gemacht, dass wir die Neutralität auf ihren Kern zurückführen und alle Begriffe wie Gesinnungsneutralität, Wirtschaftsneutralität usw. vergessen. Aufgrund dieses Neutralitätsbegriffes wären die Fragen von EWR und EG noch nicht berührt - aber eine solche Feststellung wäre doch ein Signal für den Bundesrat. Dann könnten wir diesen bitten, jetzt so rasch wie möglich Stellung zu nehmen zur Neutralität und schliesslich, dass wir eine Aussprache über diese Problematik wünschen. Das hat Frau Bär beabsichtigt mit ihrer Bitte, dass das Sekretariat einen Berichtsentwurf macht. Frau Segmüller: Natürlich wird diese Frage auch in anderen Zusammenhängen diskutiert; aber wir sind offenbar die ersten, die diesen Bericht im Detail diskutiert haben.

Columberg: Wenn wir uns schon so intensiv mit dem Problem befasst haben, sollten wir unbedingt auch Stellung dazu beziehen. Die Frage ist nur, welche juristische Form dafür gegeben ist. Der Weg über eine Motion ist zu umständlich. In folgenden Punkten besteht weitgehend Uebereinstimmung: 1. Neutralität ist ein zentrales Thema. Hier muss der Bundesrat eine Aussage machen, und wir erwarten von ihm möglichst rasch eine erste Stellungnahme. 2. Wir betrachten diesen Studienbericht als wertvolle Diskussionsgrundlage, wobei noch ein paar Spezifizierungen anzubringen sind, wie Herr Wyss gesagt hat. - Es wäre auch für die Studienkommission eine wichtige Unterstützung, wenn man sieht, dass unsere Kommission mit ihrer Marschrichtung einverstanden ist.

Frau Haller: Zu einem Votum von Frau Grendelmeier möchte ich zuhanden des Protokolls kurz festhalten, dass nicht die Neutrale sich zusammentun sollten, sondern die Kleinen. Wir werden diese Frage sicher einmal weiterdiskutieren müssen.

Mit dem Vorschlag, wie ihn Herr Vollmer und Herr Wyss formuliert haben, bin ich einverstanden; aber ich würde noch eine Differenzierung machen zwischen der inhaltlichen Stellungnahme, die nach aussen dringt und der Aufforderung an den Bundesrat, die in einem Begleitschreiben stehen könnte. Was haben wir davon, wenn wir aller Welt zeigen, dass der Bundesrat jetzt schon wieder nichts mache? Im Moment verlangt die aussenpolitische Situation, dass wir die Bevölkerung nicht noch im Eindruck bestärken, der Bundesrat habe die Sache nicht im Griff.

Wyss: Auf Seite 6 des schon zitierten Protokolles steht, dass wir dem Antrag Haller zugestimmt haben, unsere Stellungnahme nicht an die Oeffentlichkeit zu geben, nur an den Bundesrat. Ich habe es so verstanden, dass wir den Brief nur an den Bundesrat richten.

Frau Haller: Es ist nicht eine Negativqualifikation für eine Diskussion, wenn sich in deren Lauf herausstellt, dass auch etwas anderes sinnvoll wäre. Ich wollte nur unterscheiden, was überhaupt nach aussen dringen könnte. Ich habe die verschiedenen Voten so verstanden, dass wir jetzt auch gegen aussen sagen, wir hätten uns eine Meinung gebildet. Aber ich bestehe nicht darauf.

Frau Bär: Mich beschäftigt das weitere Vorgehen über den morgigen Tag hinaus. Herr Botschafter Krafft, hat diese neue Arbeitsgruppe einen Termin, an dem sie ihre Arbeit abliefern muss? Es wäre schon etwas seltsam, wenn wir in der Sondersession den EWR diskutierten und erst nachher die Stellungnahme des Bundesrates zur Neutralität bekämen.

M. l'ambassadeur Krafft : Il est difficile de faire des prévisions. Le Conseil fédéral a décidé, le 29 avril, de constituer le groupe de travail interdépartemental. Notre première réunion aura lieu le 19 mai. Le chef du DFAE entre à l'hôpital en fin mai. On ne peut donc assurer que le rapport sera prêt avant les vacances d'été.

Bircher Silvio: Ich möchte nur präzisieren, dass ich nicht an eine Diskussion aller 14 Punkte gedacht habe, sondern daran, schwerpunktmässig einzelne Punkte herauszugreifen. Dabei könnten wir schon etwas weiter gehen, als Herr Columberg vorgeschlagen hat, und uns auch materiell dazu äussern.

Mühlemann: Wäre es nicht an der Zeit, endlich einmal abzustimmen? Wir sind uns ja alle einig, oder? Das Sekretariat verfasst einen Text, den wir morgen akzeptieren können oder nicht.

Präsident: Stellt jemand einen anderen Antrag als den - etwas modifizierten - Antrag von Frau Bär, dass die Kommission eine Stellungnahme abgeben würde aufgrund eines vorbereiteten Textes, den wir morgen beraten? Parallel dazu, aber nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, würden wir einen Brief an den Bundesrat schreiben und sagen, wir möchten uns mit ihm über die Neutralitätsfrage auseinandersetzen.

Steffen: Da wir ja nicht wissen, was auf uns zukommt, würde ich erst am Schluss unserer Verhandlung beschliessen, ob wir unsere Meinung veröffentlichen oder nicht.

Präsident: Einverstanden. Wenn kein Gegenantrag gestellt wird, erhebe ich das zum Beschluss. Ich bitte die Mitglieder, die heute anwesend sind, ihre Fraktionskollegen und -kolleginnen nach Möglichkeit über diesen Beschluss zu informieren.

Morgen werden wir die Traktanden 6 und 5 an den Anfang nehmen müssen, weil die Herren Staatssekretäre Blankart und Kellenberger nicht den ganzen Morgen anwesend sein können. Zu Traktandum 5 bitte ich Sie zu überlegen, wie wir am 25. und 26. Juni vorgehen wollen. Die Anhörung vom 24. Juni ist bereits organisiert. - Morgen wird ganz am Anfang Herr Botschafter Simonin noch über den Fall Bühler in Teheran orientieren.

Frau Segmüller: Wir haben schon noch ein dringendes Traktandum zu behandeln, nämlich die Frage des Datums der EWR-Abstimmung. Nicht mit Vergnügen habe ich im "Sonntags Blick" die Stellungnahme unseres Präsidenten dazu gelesen. Es sieht so aus, als hätte unsere Kommission eine Meinung dazu geäussert, und das haben wir nicht. Da diese Frage sehr grosse aussenpolitische Implikationen hat, wäre es nötig, dass sich unsere Kommission eine Meinung dazu bildet. Ich bin nicht überzeugt, dass der Präsident hier die Mehrheit unserer Kommission vertreten hat. Nachdem schon die beiden Ratspräsidenten sich als Bremser betätigen, bin ich nicht gewillt, mich unter die Bremser einreihen zu lassen. Ich beantrage, dass wir morgen darüber sprechen; es ist dringend, weil ja am Donnerstag oder Freitag die Parteien sich an den Von-Wattenwyl-Gesprächen dazu äussern werden.

Frau Grendelmeier: Ich unterstütze diesen Antrag. Es ist wichtig, dass wir darüber reden, wann diese Abstimmung stattfinden soll, und dass wir auch die internationalen Auswirkungen im Auge behalten.

Abstimmung-Vote

Für die Traktandierung des Abstimmungsdatums
offensichtliches Mehr

Frau Bär: Sind schon irgendwelche Daten für die Reisen der Kommission festgelegt worden?

Präsident: Gar nicht.

Frau Bär: Ich befürchte, dass die Agenden gefüllt sein werden, wenn da noch lange zugewartet wird.

Präsident: Wenn schon das Wort "Bremser" gefallen ist - es gibt noch anderswo Bremser.

Unterbruch der Sitzung von 18.45 - 08.00 Uhr

Das Traktandum wird am Schluss der Morgensitzung vom 12. Mai wieder aufgenommen. Unterdessen hat das Sekretariat der

Kommission einen Entwurf für eine Stellungnahme vorgelegt (Anhang 1).

M. Claude **Frey** : Je suis nettement opposé au principe même de ce communiqué, tant pour des raisons de procédure que de fond. 1) Quant à la *procédure*: nous avons examiné le rapport du groupe de travail à titre interne, d'une part. D'autre part, nous souhaitons que la commission affirme son indépendance par rapport au Conseil fédéral. Cela s'exprime-t-il par la voie d'un communiqué de presse? Si nous voulons affirmer notre volonté politique, il ne s'agit pas d'être aussi sommaires, mais de faire une étude d'une certaine longueur, assez élaborée, et qui énonce les différentes prises de position de façon nuancée.

2) Sur le *fond*, je ne suis pas d'accord du tout avec les conclusions du groupe de travail; je ne peux donc pas être d'accord avec la prise de position de la commission. Je ne suis pas d'accord non plus avec la décision de prendre des sanctions contre la Lybie. Nous sommes tombés dans un piège, les USA ayant pris ces mesures avec des vues électoralistes. C'est une faute politique qui affaiblit notre position à l'égard du monde arabe. Je ne veux pas que l'on saisisse l'occasion de cette prise de position pour cautionner une politique qui s'éloigne de la politique de neutralité traditionnellement appliquée jusqu'à présent, cela sans qu'il y ait un débat au Parlement. Si nous prenons position aussi légèrement, les journalistes sérieux vont quand même essayer d'approfondir la question. Que répondrons-nous quand on nous questionnera sur notre refus de renoncer "*prématurément*" à la neutralité? Cela veut dire que l'on a décidé d'y renoncer à terme. Compte tenu du débat sur l'achat des avions F/A-18, cela sera ressenti comme une cotisation d'entrée à l'OTAN.

Un Parlement ou une commission sont forts s'ils peuvent avoir un débat et s'ils le mènent à fond. La suite normale serait d'avoir une séance avec le Conseil fédéral, qui devrait prendre une position ferme. Nous devons examiner ensemble le 3ème rapport sur l'intégration ainsi que le rapport sur le Traité EEE. Croyez-vous opportun, dans ce contexte, de lancer simultanément un tel sujet dans le public?

Je suis donc opposé à ce que l'on publie cette prise de position, même avec les amendements proposés par M. Rebeaud, qui vont pourtant dans le bon sens.

Präsident: Es ist nötig, dass ich kurz etwas erkläre; denn Sie waren gestern in dieser Phase nicht da. Ich muss wiederholen, dass es schwierig ist, in dieser Kommission effizient zu arbeiten. Gestern haben wir diese Frage eingehend diskutiert und einen Beschluss gefasst. Das Sekretariat wurde beauftragt, einen Text auszuarbeiten. Ich bitte Sie, jetzt zum Inhalt dieses Entwurfs Stellung zu nehmen. Wenn Sie nicht einverstanden sind damit, können Sie nein stimmen.

Fischer-Hägglingen: Für diejenigen, die mit gewissen Punkten dieser Stellungnahme nicht einverstanden sind, bleibt nichts anderes übrig, als einfach nein zu stimmen. Mir gehen insbesondere die beiden letzten Absätze über die Aenderung unserer Neutralitätspolitik zu weit.

Steffen: Ich habe dem Präsidenten einen Antrag unterbreitet, nämlich die Ergänzung: "In diesem Sinne stimmt 'die Mehrheit' der Aussenpolitischen Kommission...". Bei einer allfälligen Veröffentlichung der Stellungnahme wäre es dann sachlich wenigstens korrekt.

Präsident: Wir haben den Antrag zur Kenntnis genommen.

Frau Grendelmeier: Ich habe redaktionelle Bedenken. Das, was auf den Satz "Die Kommission nimmt zum Bericht wie folgt Stellung:" folgt, ist keine Stellungnahme, sondern eine Entnahme. Auch würde ich im ersten Abschnitt zuerst die Anhörung der Botschafter erwähnen und dann die Beschäftigung mit dem Bericht. In dieser abgeänderten Form kann ich dem Bericht zustimmen.

M. Rebeaud : Mes propositions d'amendement (annexe 2) visaient plutôt une amélioration d'ordre rédactionnel, la version française des deux points concernés étant particulièrement indigeste.

Pour revenir à ce communiqué, il s'agissait avant tout de présenter au public et à l'Exécutif un avis représentant le consensus de la commission, et non l'avis d'une majorité. Après avoir entendu les présentes interventions, je préfère renoncer à ce communiqué. Il faudrait en tout cas se prononcer sur le principe de ce texte, car les avis semblent diverger aujourd'hui.

Vollmer: Ich danke dem Präsidenten, dass er so klar Stellung genommen hat zum Votum von Herrn Frey Claude. Ich finde es immer noch nützlich, dass wir uns zu diesem Bericht äussern. Eine gewisse Verunsicherung ist entstanden aufgrund des vorliegenden Entwurfes, und wir sollten hier noch einige Retuschen anbringen; denn ob wir etwas publizieren hängt sicher davon ab, wie der Text aussieht. Ich unterstütze die Anträge von Herrn Rebeaud sehr. Ich habe selber dem Präsidenten für den zweitletzten Abschnitt eine Neuformulierung eingereicht und schlage auch vor, den letzten Abschnitt zu streichen. Da begeben wir uns tatsächlich auf das Glatteis.

Frau Segmüller: Ich äussere mich nur zu einem Abänderungsvorschlag von Frau Grendelmeier, mit dem ich nicht einverstanden bin. Wenn wir im ersten Abschnitt die Anhörung der Botschafter zuerst erwähnen, gibt es eine Gewichtung, die mir nicht richtig erscheint.

Präsident: Frau Grendelmeier, Sie erlauben doch die Bemerkung, dass es sachlich auch so war. Wir haben uns intensiv mit diesem Bericht auseinandergesetzt, bevor wir die Anhörung durchführten.

Frau Grendelmeier: Dann darf man das sprachlich nicht so verkürzen, sonst stimmt es sprachlogisch und damit logisch nicht.

Präsident: Die Meinungen gehen hier auseinander; wir werden das bereinigen. Ich schlage vor, dass wir versuchen, kurz diesen Text zu bereinigen und dann darüber abstimmen, ob wir ihn veröffentlichen wollen oder nicht.

Frau Grendelmeier: Im Text von Herrn Rebeaud würde ich "unersetzliche" Rolle ersetzen durch "bedeutende" Rolle.

Frey Walter: Ich würde umgekehrt vorgehen. Wir sollten zuerst entscheiden, ob wir uns überhaupt auf der Basis dieses Entwurfes äussern wollen oder ob wir das heute nicht tun wollen und dafür einmal eine wirkliche Arbeit präsentieren für den Bundesrat.

Abstimmung - Vote

Dafür, zuerst grundsätzlich zu entscheiden, ob eine Stellungnahme abgegeben werden soll offensichtliches Mehr

Abstimmung - Vote

Für eine Stellungnahme der Kommission	11 Stimmen
Dagegen	12

Frau Bär: Ich möchte zuhanden des Protokolls festhalten, dass wir jetzt zwei Tage lang über dieses Problem diskutiert haben. Wir wollten den Bericht vor dem Bundesrat diskutieren, weil wir Führungsaufgaben wahrnehmen wollten. Gestern haben wir beschlossen, ein Communiqué herauszugeben, und heute entscheiden wir so kleinmütig - wegen redaktionellen Aenderungen. Wir nehmen diese Führungsaufgabe nicht wahr, wir haben keine Meinung zur Neutralität und es ist ein klägliches Schauspiel, was wir jetzt geboten haben.

Mühlemann: Ich unterstütze den Präsidenten nicht gerne in der Rüge an die Kommission; aber ich muss Ihnen sagen: Was wir hier als Kommissionsarbeit bieten, ist ungenügend. Wir haben gestern entschieden, und heute haben Verschiedene wieder anders entschieden. Wir haben zu diesem Bericht Stellung genommen; ich habe selten ein entscheidendes negatives Urteil gehört dazu, auch nicht bei der Befragung der Botschafter. Was soll der Bundesrat von seiner wichtigsten aussenpolitischen Beraterbehörde denken, wenn sie nicht einmal in der Lage ist, zu diesem Bericht eine Stellungnahme abzugeben? Ich habe wiederholt gesagt, wir sollten diese Stellungnahme intern, nicht an die Presse, abgeben. Vielleicht gibt es tatsächlich die Möglichkeit, dass wir den Aussenminister einladen und ihm unsere Meinung direkt mitteilen. Aber ich unterstütze Frau Bär vollständig: Wir müssen uns schon fragen, wie wir zur Glaubwürdigkeit unserer Kommission beitragen können.

M. Eggly : A ces deux interventions, je répondrai que je suis assez largement d'accord avec le fond de la proposition de communiqué qui nous a été faite. M. Frey Claude avait cependant raison de souligner le risque que court notre commission de perdre sa crédibilité si, sur un sujet aussi vaste, elle prenait la décision de publier cet avis et de l'adresser au Conseil fédéral à une très faible majorité. Nous avons eu une discussion très intéressante qui nous permettra de jouer notre rôle de commission au moment où nous rencontrerons le Conseil fédéral à propos de l'EEE et du 3ème rapport sur l'intégration.

Etant favorable à l'EEE et à l'adhésion de la Suisse à la CE, je suis en désaccord avec M. Frey, mais je me range à ses côtés quant aux craintes qu'un tel communiqué n'ait un effet négatif.

M. Rebeaud : On s'aperçoit qu'il n'y a pas de consensus. Or, le but était de publier une prise de position qui en soit le résultat. Puisque tel n'est pas le cas, il n'est plus souhaitable de le faire.

E N T W U R F

NATIONALRAT

Stellungnahme der Aussenpolitischen Kommission zum Bericht der Studiengruppe zu Fragen der schweizerischen Neutralität

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates hat sich anlässlich der Sitzungen vom 21.4. und vom 11.5.1992 mit dem Bericht der Studiengruppe zu Fragen der schweizerischen Neutralität befasst und auch die Botschafter Finnlands, Oesterreichs und Schwedens angehört. Die Kommission nimmt zum Bericht wie folgt Stellung:

- Die Neutralität hat sich als Mittel zur Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit bewährt;
- Die Neutralität bildet indessen kein unverrückbares aussenpolitisches Dogma. Sie muss der steten Ueberprüfung nach ihrem Sinn standhalten können;
- Das veränderte aussenpolitische Umfeld der Schweiz verlangt heute eine solche Ueberprüfung.

In diesem Sinne stimmt die Aussenpolitische Kommission im wesentlichen den Schlussfolgerungen des Berichtes zu, wonach

- die Neutralität auf ihren völkerrechtlichen Kern konzentriert werden müsse, d.h. auf die blosse militärische Nichtteilnahme eines Staates an Kriegen zwischen anderen Staaten, damit die Schweiz die dadurch gewonnene Handlungsfreiheit nutzen kann, "um die grossen Herausforderungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts zu meistern" und
- die Neutralität kein Hindernis bilde für die Teilnahme der Schweiz an wirtschaftlichen Sanktionen der Vereinten Nationen.

PROJET

CONSEIL NATIONAL

Prise de position de la Commission de politique extérieure du Conseil national concernant le Rapport du groupe d'étude sur la neutralité de la Suisse

Lors de ses séances du 21 avril et 11 mai 1992 la Commission de politique extérieure du Conseil national a discuté le Rapport du groupe d'étude sur la neutralité de la Suisse. A cet effet, la commission a aussi entendu les Ambassadeurs de l'Autriche, de la Finlande et de la Suède. La commission prend position sur le rapport comme suit:

- la neutralité a fait ses preuves en tant que moyen pour maintenir l'indépendance de la Suisse;
- la neutralité n'est cependant pas un dogme de politique extérieure qui soit immuable; elle doit pouvoir résister à une révision constante de sa signification;
- les changements intervenus en matière de politique étrangère dans l'entourage de la Suisse appellent aujourd'hui un tel réexamen de la neutralité.

Dans ce sens, la Commission de politique extérieure du Conseil national approuve pour l'essentiel les conclusions du rapport, selon lesquelles

- la neutralité doit être concentrée sur la stricte définition qu'en donne le droit international public, c'est-à-dire la non-participation militaire d'un Etat à une guerre entre d'autres Etats. La Suisse doit mettre à profit la liberté d'action qui en résulte "pour relever les défis majeurs de cette fin de siècle", et
- la neutralité ne fait pas obstacle à une participation à des sanctions économiques décidées par les Nations Unies.

Anhang 2

CONSEIL NATIONAL

Commission de politique extérieure

Séance des 11 et 12 mai 1992

Prise de position sur la neutralité

Proposition de modification (Rebeaud, 12 mai 1992)

2e §: - la neutralité a joué un rôle irremplaçable dans l'histoire en tant que moyen ...

3e §: - la neutralité n'est cependant pas un dogme; elle doit pouvoir être adaptée aux circonstances.

NATIONALRAT

Aussenpolitische Kommission

Sitzung vom 11. und 12. Mai 1992

Stellungnahme zur Neutralität

Aenderungsantrag Rebeaud vom 12. Mai 1992

2. § - die Neutralität hat eine unersetzliche Rolle in der Geschichte als Mittel zur Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit gespielt.

3. § - die Neutralität ist indessen nicht ein Dogma; sie muss anpassungsfähig sein.

Pressemitteilung

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates tagte am 11. und 12. Mai 1992 in Bern unter dem Vorsitz von Nationalrat Albrecht Rychen (V/BE) und im Beisein der Staatssekretäre Blankart und Kellenberger sowie von Botschafter Krafft. Nachdem sich die Kommission schon anlässlich ihrer Sitzung vom 21.4.1992 mit dem Bericht der Studiengruppe zu Fragen der schweizerischen Neutralität befasst hatte, hörte sie am 11.5. die Botschafter Finnlands, Oesterreichs und Schwedens an, um sich über die Neutralitätsauffassungen dieser Länder zu orientieren. Im Anschluss an diese Anhörung wurde die Beratung fortgesetzt. Die Kommission wird als nächstes in geeigneter Form den Dialog mit dem Bundesrat zu diesem Thema aufnehmen.

Im Zusammenhang mit der Vorberatung der EWR-Botschaft und des dritten Integrationsberichtes des Bundesrates - die Aussenpolitische Kommission ist hier federführend - fällte die Kommission terminliche Entscheide, die einen Abschluss der Beratungen vor Beginn der ausserordentlichen Session (24.8. - 4.9.1992) sicherstellen.

Die Kommission liess sich auch von den anwesenden Experten aus der Verwaltung über die institutionellen Aspekte des EWR-Vertrages orientieren.

Im Zusammenhang mit dem Bericht des Bundesrates betreffend die Konventionen des Europarates (91.081) beschloss die Kommission mit 17 zu 3 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) die Einreichung eines Kommissionspostulates mit folgendem Inhalt:

"Der Bundesrat wird gebeten, bei den Kantonen eine neue Vernehmlassung durchzuführen, um festzustellen, ob diese heute eine Ratifizierung durch die Schweiz der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und des Abkommens zum Schutze des baugeschichtlichen Erbes in Europa noch während dieser Legislaturperiode unterstützen würden."

Die Kommission liess sich schliesslich von drei Mitgliedern der Kommission über ihre Erfahrungen bei der Wahlbeobachtermission in Albanien vom vergangenen März orientieren.

3003 Bern, den 12.5.1992

Parlamentsdienste
Fachdienst II

C O M M U N I Q U E D E P R E S S E

La Commission de politique extérieure du Conseil national s'est réunie les 11 et 12 mai 1992 à Berne, sous la présidence de M. le Conseiller national Albrecht Rychen (V/BE) et en présence des Secrétaires d'Etat Blankart et Kellenberger ainsi que de M. l'Ambassadeur Krafft.

Après que la commission ait examiné déjà lors de sa dernière réunion du 21 avril 1992, le Rapport du Groupe d'étude sur la neutralité de la Suisse, elle a procédé le 11 mai 1992 à l'audition des ambassadeurs de Finlande, d'Autriche et de Suède pour connaître la conception de la neutralité, telle qu'elle est perçue dans lesdits pays. Au terme de cette audition, la commission a poursuivi ses délibérations. Par la suite, la commission engagera, sous une forme appropriée, un dialogue avec le Conseil fédéral à ce sujet.

Dans le cadre de l'examen préliminaire du message relatif au traité sur l'EEE ainsi que du troisième rapport du Conseil fédéral sur l'intégration européenne, la commission de politique extérieure - qui est coordinatrice (federführend) en la matière - a déterminé les délais qu'elle s'est fixés pour parvenir à clore ses délibérations avant le début de la session extraordinaire (24 août-4 septembre 1992).

La commission a été également informée par les experts de l'administration fédérale présents sur les aspects institutionnels du traité sur l'EEE.

En ce qui concerne le rapport du Conseil fédéral sur les conventions du Conseil de l'Europe (91.081), la commission a décidé par 17 voix contre 3 et 3 abstentions de transmettre au Conseil fédéral le postulat suivant:

"Le Conseil fédéral est prié de lancer une nouvelle procédure de consultation auprès des cantons pour déterminer si ceux-ci soutiendraient aujourd'hui une ratification par la Suisse de la Charte européenne de l'autonomie locale et de la Convention pour la sauvegarde du patrimoine architectural de l'Europe, en sorte que ces deux textes puissent être ratifiés au cours de la présente législature".

La commission a été finalement informée par trois de ses membres sur les expériences qu'ils ont faites lors de la mission d'observation des élections en Albanie, en mars dernier.

3003 Berne, le 12 mai 1992

Services du Parlement
Service de commission II

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 21. Mai 1992

NATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 1 der Sitzung vom 11./12. Mai 1992,
14.00 - 18.45 und 08.00 - 12.15 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 86

TAGESORDNUNG 3. Aktualitäten
(Uebrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)

3. Actualités
(Autres objets à l'ordre du jour voir procès-
verbal principal)

TEILNEHMER

Präsidium: RychenAnwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry,
Bär, Bäumlín, Berger, Bircher Silvio,
Caccia, Columberg, Darbellay (ersetzt
Maiître), Eggly, Fischer-Hägglín, Frey
Walter (12. Mai), Grendelmeier, Haller,
Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud,
Ruffy, Scheidegger, Segmüller, Steffen,
Vollmer, Wyss, Ziegler Jean (12. Mai)Entschuldigt:
für 11. Mai: Frey Walter, Ziegler JeanAndere Teilnehmer:
Botschafter P.-Y. Simonin, EDA
R. Schaller, Generalsekretär EDA
R. Stücheli, EDAKommissionssekretariat: A. Aebi, M. Hutter,Protokoll: I. Stauffer (d), H. Baessler (f)

3. Aktualitäten

M. l'ambassadeur **Simonin** : Vous connaissez le cas Bühler dans ses grandes lignes pour en avoir eu des échos dans la presse. Ce cas s'inscrit dans le contexte de nos relations tendues actuellement avec l'Iran. On ne peut le dissocier du cas Sarhadi, bien que nous ayons de part et d'autre refusé de faire un lien direct entre les deux affaires. Il faut néanmoins admettre qu'une solution à l'affaire Bühler n'est concevable que si l'on résoud le cas Sarhadi, citoyen iranien détenu en Suisse et pour lequel une demande d'extradition a été adressée par la France.

M. Bühler est un employé de la firme Crypto, qui est en relations commerciales depuis des décennies avec l'Iran. Il connaît fort bien l'Iran et la mentalité des indigènes. Il a fallu 10 jours pour que le 30 mars 1992, nous recevions l'information officielle des Iraniens concernant l'arrestation de M. Bühler. Plus tard encore, nous recevions des explications quant aux motifs de cette arrestation, qui seraient : *relations illégales avec des membres des forces armées de la République iranienne, consommation d'alcool dans des lieux non autorisés, obtention d'informations réservées.*

Bien entendu, dès l'information sur cette arrestation, notre ambassade est intervenue, et continue de le faire. Au début du mois d'avril. M. Felber, président de la Confédération, a adressé confidentiellement à son homologue iranien, M. Velayiati, une lettre - qui n'a pas été rendue publique - demandant des explications. Notre consul à Téhéran a pu rendre visite à M. Bühler pendant 5 minutes et se rendre compte de son état de santé, qui semblait bon. Il a échangé quelques propos, limités à cause de la traduction en iranien. Cette visite autorisée constituait une interprétation très restrictive de la Convention de Vienne.

Evidemment, nous continuons à demander satisfaction sur différents points :

- *obtenir d'autres visites plus régulières;*
- *assurer à M. Bühler l'assistance d'un avocat;*
- *connaître exactement les raisons de son arrestation, car celles qui nous ont été données n'émanent d'aucune institution judiciaire;*
- *permettre au consul de parler directement, sans interprète et dans la langue du prévenu;*
- *permettre de faire parvenir des journaux et du courrier.*

Tous cela a été dit et répété soit à Téhéran, soit à Berne, et à tous les niveaux.

Nous sommes en contact avec la firme Crypto, qui a pris des dispositions pour faire bénéficier le détenu de l'aide d'un avocat versé dans la juridiction de l'Iran. Pour l'instant, nous attendons l'accord d'un avocat iranien.

Les Iraniens font apparaître que c'est un cas particulier, car relevant de la sécurité nationale de l'Iran. Cette visite obtenue au bout d'un mois serait une exception par rapport à d'autres détenus pour des affaires d'espionnage en Iran. Nous savons aussi que cette garde à vue pourrait durer plusieurs mois, alors que les Iraniens estiment la traiter avec diligence. Evidemment, nous ne pouvons nous contenter de ces explications.

Un point de droit : la Convention de Vienne prévoit effectivement que l'Etat qui opère une garde à vue doit sans

retard informer la représentation du pays du détenu et accorder le droit de visite consulaire. Par contre, les modalités de cette visite ne sont pas fixées dans ladite convention. Il n'en existe pas moins une pratique internationale qui concède plus de 5 minutes.

Nous sommes aussi en contact avec la compagne de M. Bühler. M. le secrétaire d'Etat a pris contact avec cette personne, qui perd patience et menace de porter l'affaire devant le public. Hier encore M. Felber, président de la Confédération, a pris la peine de lui parler. Je pense qu'il faudra beaucoup de patience pour résoudre cette affaire.

Vollmer: Hat man von seiten des Departementes einmal untersucht, wieweit die Geschäftstätigkeiten dieser Firma Crypto unter das Gesetz über die Kriegsmaterialausfuhr fallen?

M. l'ambassadeur **Simonin** : Les appareils de chiffrage ne figurent sur aucune liste, sauf celle de la COCOM. Les nouvelles dispositions concernant l'usage des armes ABC et d'autres armes ne couvrent pas ce genre d'appareils. Nous n'avons pas de base légale pour interdire ce genre de commerce.

Schaller: Die Apparate, die diese Firma im Ausland vertreibt, fallen unter den Begriff der Dual use items, d.h. sie sind sowohl im zivilen als auch im militärischen Gebrauch einsetzbar. Im Falle von Dual use items greift das Kriegsmaterialgesetz nicht.

M. **Eggly** : Si l'affaire Bühler est liée à l'affaire Sarhadi, M. Bühler risque de rester en détention aussi longtemps que ce cas ne sera pas résolu. Quel en est le calendrier sur le plan légal?

M. l'ambassadeur **Simonin** : M. Sarhadi a été arrêté en fin décembre 1991 sur la demande des autorités françaises. Le Tribunal fédéral devrait être saisi du recours qui a été interjeté par les défenseurs de M. Sarhadi très prochainement. Très prochainement nous devrions être informés du verdict du Tribunal fédéral quant à la demande d'extradition de M. Sarhadi. Ensuite, cela dépendra des autorités judiciaires françaises qui pourront garder M. Sarhadi assez longtemps avant qu'il soit interrogé. Cela peut durer des mois, voire des années.

Frau Haller: Gibt es eine Möglichkeit, sich zu vergewissern, dass Herr Bühler menschenwürdig behandelt wird?

M. l'ambassadeur **Simonin** : C'est précisément le but des visites consulaires. Ce que nous essayons de faire, surtout, c'est de le sortir de là le plus rapidement possible.

Mme **Aubry** : La Suisse a assez souvent sauvé l'Iran en représentant ce pays dans des négociations avec d'autres pays. Ne pourrait-on pas user de cet argument pour fléchir les autorités iraniennes?

M. l'ambassadeur **Simonin** : En effet, nous avons différents mandats en Iran. Le plus important, c'est que nous y représentons les USA. Au cours de cette crise, les Iraniens

nous ont menacés de ne plus nous donner cette marque de confiance en nous enlevant ce mandat. Cela veut dire que nous ne pouvons faire valoir cet argument, d'autant plus qu'ils sont soucieux d'obtenir une solution positive dans le cas Sarhadi. L'enjeu est la réputation de l'Iran comme pays dans lequel régnerait le terrorisme d'Etat. Si la justice française venait à prouver que M. Sarhadi a quelque chose à se reprocher, cela serait la première fois que l'on ferait un lien entre un ressortissant iranien et son ambassade, ce qui est grave.

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 21. Mai 1992

NATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 2 der Sitzung vom 11./12. Mai 1992,
14.00 - 18.45 und 08.00 - 12.15 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 86

TAGESORDNUNG 4. Die institutionellen Aspekte des EWR-
Vertrages

5. Vorbereitung der Sitzung vom 24./25./26. Juni
1992

(Uebrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)

ORDRE DU JOUR 4. Les aspects institutionnels du Traité sur
l'EEE

5. Préparation de la séance des 24/25/26 juin
1992

(Autres objets à l'ordre du jour voir procès-
verbal principal)

TEILNEHMER Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry,
Bär, Bäumlin, Berger, Bircher Silvio,
Caccia, Columberg, Darbellay (ersetzt
Maiître), Eggly, Fischer-Häggingen, Frey
Walter (12. Mai), Grendelmeier, Haller,
Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud,
Ruffy, Scheidegger, Segmüller, Steffen,
Vollmer, Wyss, Ziegler Jean (12. Mai)

Entschuldigt:
für 11. Mai: Frey Walter, Ziegler Jean

Andere Teilnehmer:
- Traktandum 4
Staatssekretär F. Blankart, EVD
Staatssekretär J. Kellenberger, EDA
Botschafter M. Krafft, EDA
R. Stücheli, EDA

Kommissionssekretariat: A. Aebi, M. Hutter,

Protokoll: I. Stauffer (d), H. Baessler (f)

4. Die institutionellen Aspekte des EWR-Vertrages

Präsident: Bei unserer letzten Aussprache über dieses Thema wurde verlangt, dass zusätzlich Fallbeispiele gegeben werden und dass eine graphische Darstellung erfolgt. Eine solche Darstellung wurde Ihnen zugestellt, und im Sinne einer Vorarbeit für die Junisitzung können Sie jetzt Fragen dazu stellen (siehe Anhang).

M. l'ambassadeur **Krafft** : Avant de commenter le tableau intitulé "*Processus de décision dans l'EEE*", je ferai **deux remarques liminaires**:

1. Pourquoi un processus décisionnel? Le traité sur l'EEE est fondé sur la reprise de l'acquis communautaire. La décision de reprendre cet aspect comme base de ce traité a été capitale. Les pays membres de l'AELE ayant accepté de travailler sur la base de l'acquis communautaire, qui lui-même est appelé à évoluer, il était nécessaire de prévoir dans le traité des mécanismes qui permettent aux pays membres de l'AELE d'exercer une influence sur le développement futur de l'acquis communautaire. Pour des raisons évidentes, il n'était pas possible de donner aux pays membres de l'AELE le droit de codécision, qui est réservé aux membres de la CE.

2. Fait inhérent à la nature du processus décisionnel, le Traité sur l'EEE repose sur l'idée qu'il n'y a pas de transfert de compétence législative aux organes créés par celui-ci. Donc, contrairement à ce qu'il se passe dans la CE, où l'on se trouve en présence d'un processus législatif, le Traité sur l'EEE met en jeu un processus négociatoire : on négocie un nouveau texte qui est destiné à être repris dans l'EEE. C'est fondamental, car cela explique tout le mécanisme par lequel on aboutit à une décision de l'organe compétent - le Comité mixte EEE - de reprendre une règle communautaire dans l'EEE. Ce processus a des conséquences directes sur la manière dont la nouvelle règle de l'EEE reprise de l'acquis communautaire va être intégrée dans l'ordre juridique suisse, ainsi que sur la façon dont le Parlement et le peuple suisse seront appelés à exprimer leur opinion sur cette nouvelle règle.

Commentaires au tableau "*Processus de décision dans l'EEE*" :

Le tableau fait apparaître, respectivement en colonne de gauche et de droite, les deux piliers que sont la CE et les pays membres de l'AELE. Entre ces deux piliers, on trouve des organes communs :

- le Comité mixte EEE (et le Conseil EEE)
- les différents mécanismes grâce auxquels les pays membres de l'AELE bénéficient de la possibilité raisonnable d'exercer une influence lors de la reprise d'une règle communautaire dans l'EEE.

Pour illustrer ce mécanisme, formons l'hypothèse qu'une directive sur les marchés publics a été reprise dans le Traité sur l'EEE. Un ou deux ans plus tard, la CE estime nécessaire d'adapter cette directive. Il faut souligner que le droit d'initiative appartient à la Commission des Communautés, qui a toujours tenu à se le réserver. Les pays membres de l'AELE peuvent toujours soulever le problème de modification d'une

règle au sein du Comité mixte s'ils en ressentent le besoin.

1) Dans la *phase préparatoire*, la CE consulte des experts des Etats membres de la CE. Nous avons obtenu, à ce stade, que les experts des pays membres de l'AELE soient appelés à présenter leurs commentaires au même titre que les pays membres de la CE. L'article 99, paragraphe premier le stipule ainsi : "Dès que la Commission des Communautés élabore une nouvelle législation dans un domaine régi par le présent accord, elle sollicite de manière informelle l'avis d'experts des Etats de l'AELE au même titre qu'elle demande l'avis d'experts des Etats membres de la Communauté pour l'élaboration de ses propositions."

Ce droit est très important car c'est en phase préparatoire qu'il est possible d'influencer, peut-être de manière déterminante, le contenu de la nouvelle règle communautaire.

2) Une fois que la Commission a déterminé la nouvelle règle, elle soumet ses propositions au Conseil des Communautés. On entre alors dans la phase de *formation des décisions (decision shaping)*. En même temps, la Commission en informe les Etats membres de l'AELE, et l'on entre dans la phase stipulée par l'article 90 concernant *l'échange d'informations et les consultations*. Une fois que la nouvelle proposition a été envoyée aux Etats membres de l'AELE, chaque Etat de l'AELE peut soulever des questions et proposer des modifications. Le *Comité permanent des pays de l'AELE* donne la possibilité aux pays membres de se consulter et d'essayer de dégager une position commune, les pays de l'AELE devant parler d'une seule voix lors de la prise de décision. A la fin de ce processus d'informations et de consultations, le Conseil des CE prend une décision, en l'occurrence, *adopte la directive et la transmet au Comité mixte EEE*.

3) En phase de *prise de décision*, il doit se former un consensus entre la CE et les pays de l'AELE, qui parlent d'une seule voix. Dans les cas où les gouvernements de certains pays de l'AELE n'ont pas la compétence pour prendre certaines décisions, l'article 103 envisage l'hypothèse où après prise de décision par le Comité mixte, cette décision ne peut pas entrer en vigueur immédiatement parce qu'elle doit être soumise à une procédure d'approbation, par exemple, du Parlement d'un pays, comme c'est le cas en Suisse.

Cette décision est juridiquement un traité international, ce qui suppose en Suisse une procédure parlementaire d'approbation d'une décision qui a la qualité juridique d'un traité international. Par exemple, s'il se présente une décision soumise à l'approbation du Parlement, le gouvernement présente un message avec un arrêté d'approbation de la décision. A partir du moment où le Comité mixte a approuvé cette décision, la Suisse a un délai de 6 mois pour le faire.

Ce délai peut paraître court, mais il faut reconnaître que la Parlement suisse aura été associé à la phase d'élaboration de la règle - cf. l'article 47bis lettre a LRC par lequel les commissions parlementaires auront été informées.

1) Prenons pour hypothèse une directive, cas non soumis au référendum facultatif. La directive doit être transposée dans le droit suisse par une législation fédérale. Le Conseil fédéral soumet un message au Parlement dans lequel il proposera deux choses : d'une part, d'approuver par un arrêté fédéral d'approbation la nouvelle règle adoptée par le Comité mixte;

d'autre part, d'approuver un projet de modification de la législation fédérale pour mettre en oeuvre cette directive. Il se présente alors deux situations différentes :

- il y a l'approbation de la décision, soumise à un délai de 6 mois au delà duquel interviennent les mécanismes de l'article 103 d'application provisoire de la décision ou de suspension; si on se trouve en présence d'une directive, i.e. s'il n'y a pas unification multilatérale du droit, le délai de 6 mois devrait suffire; alors que la modification de la législation elle-même répond à d'autres exigences, car lorsqu'une directive est adoptée par la Communauté, les Etats membres ont un délai plus long pour la transposer - de 18 mois à 2 ans. L'important, c'est que dans ce délai de 6 mois, le Conseil fédéral puisse notifier l'approbation de la décision;

- si en revanche des difficultés devaient surgir, il se produit une mise en application provisoire, et si un Etat membre de l'AELE s'oppose à cette application provisoire, il est possible de suspendre provisoirement la partie du Traité correspondant à la matière traitée, mais dans le cadre d'un processus négociatoire qui continue : le Comité mixte doit s'employer à faire son possible pour éviter cette suspension. On sait que la suspension est une ultima ratio.

2) Dans le cas d'un règlement, la décision du Comité mixte sera prise dans les mêmes conditions que pour les directives, mais il se pose le problème du référendum en matière de traités internationaux. Dans ce cas, il se pose un problème du fait que ce délai de 6 mois comprend les 3 mois du délai référendaire. Le délai de 6 mois peut paraître court, mais il faudra prévoir des procédures en conséquence, étant entendu que le Parlement sera tenu au courant dès le début de l'élaboration des nouvelles règles.

Le message du Conseil fédéral présentera dans le détail les diverses hypothèses, et sera illustré de nombreux schémas.

M. Eggly : Si j'étais un responsable d'un des pays de la Communauté ou même d'un autre pays de l'AELE, je me ferais du souci en pensant que tout un secteur peut se trouver à la merci d'une saute d'humeur de M. Blocher! D'un point de vue communautaire, il y a une potentialité de nuisance de la part de la Suisse qui me paraît considérable.

Si une directive amène une modification d'un acquis communautaire repris par l'EEE, que la Suisse aura repris en même temps qu'elle aura ratifié le Traité sur l'EEE, et si la Suisse bloque tout, que risque-t-il de se passer? En revient-on à l'acquis communautaire précédent, ou tout le secteur est-il mis en péril?

M. le secrétaire d'Etat Blankart : Il faut considérer le Traité EEE comme un processus permanent de négociation à l'intérieur de ce que nous appelons un *accord de confiance*. Sur ce point, l'article 102 est décisif : d'abord, l'article 102, paragraphe 3 stipule que "les parties contractantes s'efforcent de parvenir à un accord sur les questions afférentes au présent Traité". C'est la volonté politique principale.

Si, contre toute attente, on ne parvient pas à se mettre d'accord, par exemple au niveau des Chambres fédérales, voire au niveau des peuples sur une modification de directive, le Comité mixte "s'efforce en particulier de trouver une solution

mutuellement acceptable lorsque ce problème sérieux se pose." Il s'agit là d'un effort supplémentaire.

Si enfin, on n'arrive toujours pas à une solution, il n'y a pas reprise ou non reprise, donc suspension, mais selon l'article 102 paragraphe 4: "si nonobstant l'application du paragraphe 3, il n'est pas possible de parvenir à un accord sur une modification d'une annexe de l'accord principal, le Comité mixte examine toute autre possibilité pour préserver le bon fonctionnement du présent accord et prend toute décision nécessaire à cet effet, y compris la reconnaissance éventuelle de l'équivalence des législations existantes."

Pour revenir à votre question : que se passe-t-il si on ne peut se mettre d'accord, si par exemple le peuple suisse bloque la décision, ou si l'on est trop en retard? On cherche des solutions plus pragmatiques, et si finalement on ne peut se mettre d'accord, il y a suspension provisoire et la négociation continue. Comme M. l'ambassadeur Krafft l'a dit, la suspension est à double tranchant: c'est aussi la suspension, pour la Communauté, de son accès au marché suisse. L'expérience montre que plus les marchés sont intégrés, plus des mesures de sauvegarde, voire de suspension, peuvent au fond devenir des boomerangs. Si la suspension, - ultima ratio, rappelons-le -, a lieu, la partie annexe n'est plus en vigueur, mais les accords précédents existant entre la Suisse et la CE sont automatiquement revitalisés. Par exemple, si on ne peut trouver un accord sur la marge de solvabilité d'une société d'assurances, et que par conséquent le chapitre "assurances directes non vie" est suspendu provisoirement, l'accord sur les assurances existant entre la Suisse et la CE entrera de nouveau en vigueur. Les accords existants sont une sorte de filet de sécurité qui permettent de surmonter une difficulté. Quoi qu'il en soit, tout accord international est résiliable et la suspension n'est rien d'autre qu'une résiliation partielle de l'accord par une partie contractante. Le risque qu'une partie contractante résilie un accord est le même que celui que nous courons dans nos accords avec les pays du monde entier. Il faut distinguer la logique claire de la construction et la mise en oeuvre de la gestion de cet accord, qui se fait jour après jour. Si nous prévoyons une difficulté au début, au niveau des experts, en vue de la révision d'une directive, nous mettons en garde à la fois la CE et nos partenaires de l'AELE. De ce fait, nous avons d'autant plus de chances de conditionner ce changement de directive parce que la CE n'a évidemment pas intérêt à ce que la Suisse, éventuellement toute l'AELE, tombent sous le coup de la suspension.

Frau Haller: Geh ich richtig in der Annahme, dass dieser Mechanismus - nicht rechtlich, aber in der politischen Wertung - dazu führt, dass sich auch für die EG verschiedenes verändert, dass sozusagen der Virus eines vermehrten Konsensdenkens in EG- Struktur hineingetragen wird? Ich stelle mir diese Frage, nachdem ich jetzt gehört habe, wie die EG mit der Vision umgehen muss, dass ein mächtiger Schweizerbürger fast das ganze System aus den Angeln hebt.

Blankart: Ich möchte diese Frage bejahen; aber Konsens beruht natürlich auf Gegenseitigkeit und ist auch für uns eine politische Herausforderung, uns nicht nur innerhalb der Schweiz, sondern auch in einem gesamtwesteuropäischen

Schweiz, sondern auch in einem gesamtwesteuropäischen Zusammenhang als konsensfähig zu erweisen. Hier haben wir vielleicht noch etwas zu lernen.

Kellenberger: Ich glaube nicht, dass dieser Virus wirklich in die EG hineingetragen wird; denn letztlich ist der Mechanismus so angelegt, dass die EG ihre Entscheidungs- und Entwicklungsautonomie vollständig behält - trotz des EWR-Vertrages.

Frau Grendelmeier: Ich habe das ganze Material zu diesen schwierigen Verhandlungsfragen auf französisch bekommen. Es wäre mir sehr angenehm, diese ganze Materie in meiner Muttersprache lesen zu können; denn wir müssen ja in den Abstimmungsvorbereitungen diese Dinge auch weitergeben können. Wie würden sie z.B. "directives" übersetzen?

M. l'ambassadeur **Krafft** : Ces textes n'existent qu'en français pour le moment. Mais ils seront traduits en allemand et figureront dans les deux langues dans le message. Les directives sont des "Richtlinien".

Kellenberger: In Kapitel 8 der Botschaft werden sie auch die Schemata der Institutionen finden. Damit es rasch geht, werden Sie zuerst eine Version bekommen, die teils französische, teils deutsche Texte enthält. Aber in der Endphase wird natürlich je eine saubere Fassung in beiden Sprachen vorliegen.

Präsident: Das ist eine wichtige Information. Wenn also am 20. Mai der Bundesrat den Integrations- und den EWR-Bericht ans Parlament leitet, wird nicht alles in Ihrer Muttersprache vorhanden sein.

Blankart: Vielleicht werden Sie noch überrascht. Das Integrationsbüro und die Bundeskanzlei arbeiten zurzeit Tag und Nacht am Uebersetzen. Wir werden unser Möglichstes tun, alles in zwei Sprachen vorzulegen.

Frau Grendelmeier: Herr Botschafter Krafft, es wäre von Vorteil gewesen, wenn Sie uns heute mittels eines Projektors gezeigt hätten, wie das alles läuft. - Ich habe meine Frage nicht als Vorwurf gestellt, sondern um mich zu vergewissern, dass ich nicht irrtümlicherweise eine französische Fassung bekommen habe. Es geht auch nicht darum, dass ich das nicht entziffern könnte; aber wir sind im Zeitdruck. Herr Präsident, sollten wir jetzt nicht auch über den Abstimmungstermin diskutieren?

Präsident: Ich möchte die Diskussion darüber separat, im Anschluss an die Behandlung der Institutionen, führen.

M. **Berger** : Dans ce processus décisionnel, le Comité mixte EEE sera au coeur des relations entre les deux piliers. Du côté EEE, les pays de l'AELE devront prendre position de façon univoque.

Le Comité permanent des pays de l'AELE va-t-il s'exprimer dans ce Comité mixte d'une seule voix, ou chaque pays pourra-t-il s'y exprimer avec une certaine liberté?

M. le secrétaire d'Etat **Blankart** : Juridiquement, les pays de l'AELE doivent parler d'une voix lors de la décision, qui se

prend à l'unanimité. Par conséquent, les Etats de l'AELE peuvent s'exprimer de façon individuelle dans la phase préparatoire, comme la Suisse y a toujours insisté. Toutefois, une double pression se fait sentir :

1) les pays nordiques ont eu une certaine habitude - et un certain plaisir - de parler d'une voix;

2) la Commission exerce une pression pour que les pays de l'AELE s'expriment aussi tôt que possible d'une seule voix. Il faut faire preuve de pragmatisme, et nous avons l'intention, comme nous l'avons déjà fait dans une partie des négociations, d'insister pour parler en notre propre nom si nous avons véritablement des problèmes ou des souhaits spécifiques. Si nous sommes d'accord avec les autres, il n'y a pas de raison que ce ne soit pas le président de l'AELE qui parle au nom des Etats membres de l'AELE.

M. Rebeaud : Deux questions :

1) Si j'étais au Parlement européen, je verrais d'un mauvais oeil cette construction dans laquelle se rencontrent des délégués de gouvernements et où le Parlement n'a rien à dire à la fin du processus. Cela pose la problème de la validité de cet accord. Estime-t-on, au sein de la CE, que il sera durable ou lui assigne-t-on quelques années, sans plus?

2) Dans sa participation à la prise de décisions, la consultation des cantons ne devrait-elle pas intervenir plus tôt, à la phase préparatoire? Cela éviterait que ne se révèlent des dissensions trop tardives liées à des spécificités cantonales.

M. le secrétaire d'Etat Blankart : Je répondrai à la première question: les pronostics sont difficiles à faire. Si l'on considère le calendrier d'admission des candidats à l'adhésion, l'EEE aurait une durée relativement courte, ces pays souhaitant être membres de la CE dès le 1er janvier 1995 ou 1996. Si la Suisse ne dépose pas une demande d'ouverture de négociations en vue d'adhérer, l'EEE deviendra bilatérale, ce qui éliminera l'inconvénient du pilier AELE. Naturellement, - nous l'avons entendu ce matin aux nouvelles - si la CE n'arrive pas à mettre sous toit la ratification de Maastricht et le paquet financier Delors 2, conditions sine qua non pour que les pays du Sud européens acceptent l'ouverture de négociations d'adhésion, l'EEE peut être d'une longévité supérieure à celle que certains pays escomptaient. Autrement dit, je ne puis que donner quelques paramètres de l'évolution de l'EEE, mais il est impossible de faire de pronostics à ce stade.

M. l'ambassadeur Krafft : (Deuxième question de M. Rebeaud)
C'est juste: surtout lorsqu'il s'agit d'une règle qui concerne les cantons, nous avons intérêt à les consulter tôt. Dans l'arrêté d'approbation du Traité sur l'EEE, le Conseil fédéral proposera d'introduire, dans les dispositions transitoires de la Constitution, l'obligation pour la Confédération d'informer et de consulter les cantons. Cela veut dire que les cantons seront associés très rapidement à la phase d'élaboration des nouvelles règles. Probablement, si les experts suisses constatent qu'il s'agit d'une affaire relevant au premier chef des cantons, une consultation des intéressés sera lancée le plus tôt possible. Cette indication dans la phase de la formation des décisions peut-être peut paraître tardive, mais

les différents mécanismes de consultation des cantons qui seront mis sur pied permettront de tenir compte de leur avis le plus tôt possible.

Frau Grendelmeier: Ich möchte, dass wir über das Abstimmungsdatum reden, solange die Herren Staatssekretäre und Botschafter noch anwesend sind und uns allenfalls Zusatzinformationen geben können, wie eine Verschiebung des Termins sich auf die aussenpolitische Situation auswirken würde.

Kellenberger: Sie kennen den Artikel 129 des EWR-Vertrages: Wenn wir nach dem 1.1.1993 ratifizieren, wird der EWR-Vertrag erst am 1. Tag des übernächsten Monats nach der Notifikation der Ratifikation in Kraft treten. In der Phase zwischen Ende Dezember 1992 bis Ende Juni 1993 hängt das Inkrafttreten des Vertrages davon ab, wann die letzte Vertragspartei die Ratifikation notifiziert. Wenn wir die letzten sind, dann bestimmen wir somit das Inkrafttreten des Vertrages. Wenn eine Vertragspartei bis Ende Juni die Ratifikation nicht notifiziert hat, gibt es eine diplomatische Konferenz, an der die Parteien zu beraten haben, welche Schlüsse sie daraus ziehen wollen, dass eine Partei nicht ratifiziert.

Frau Grendelmeier: Verstehe ich richtig, dass Sie eher für eine Abstimmung am 6. Dezember plädieren, damit es zu einem allfälligen Nein des Volkes nicht auch noch die Verzögerung durch die Schweiz kommt?

Kellenberger: Ich plädiere für gar nichts. Ich habe einfach zu beschreiben versucht, was passiert, wenn wir die Ratifikation erst nach Ende Dezember notifizieren. Aber es ist natürlich klar, dass die Volksabstimmung vor Ende Dezember stattfinden muss, wenn der EWR am 1. Januar 1993 in Kraft treten soll.

Vollmer: Angenommen, die Abstimmung fände am 6. Dezember statt und der EWR würde abgelehnt, wäre es dann möglich, dass die diplomatische Konferenz bereits vor Ende Juni stattfände, um ein allfälliges Inkrafttreten für die übrigen Staaten zu ermöglichen?

Kellenberger: Diese interessante Frage ist in Art. 129 nicht geregelt; aber ich glaube, ein solches Vorgehen wäre vernünftig.

Mme **Aubry** : Dans le journal français "Figaro", on parlait de l'aide financière qu'apporteraient les pays membres de l'AELE. Quelle sera la facture? Les électeurs posent souvent cette question. Le grand problème, c'est que les 800 millions que nous avons accordés aux pays de l'Est sont aujourd'hui remis en question parce qu'insuffisants. Maintenant, la facture va se présenter pour les pays de l'AELE. On annonce 1,5 milliard d'ECU pour des prêts et 500 millions d'ECU en paiements directs. Comment justifierez-vous de telles sommes?

M. le secrétaire d'Etat **Kellenberger** : Vous savez que lors de la discussion sur le traité EEE, on avait stipulé qu'il faudrait un volet cohésion. On parlait de l'idée qu'il était nécessaire d'avoir un fonds de cohésion, parce qu'on assimilait l'EEE aux marchés intérieurs, qui contiennent un élément de

solidarité entre les plus riches et les plus pauvres. C'est un volet politique qui compte.

Pour les coûts, l'addition ne sera pas modeste, mais vous verrez dans le message - je ne peux donner de chiffres avec exactitude - que pour la Suisse, et ce, uniquement les 5 premières années, elle sera de quelque 60 millions de Francs suisses, cela, après le soutien aux pays de l'Europe centrale et orientale. Mais il faut bien mener ces deux opérations en parallèle.

Vous l'avez dit vous-même, ce crédit de 800 millions ne sera pas suffisant parce qu'il faudra prévoir un soutien aux pays issus de l'ex-URSS. Là-dessus, le Conseil fédéral s'est engagé à présenter un message aux Chambres avant la fin de l'année.

Bircher Silvio: Kann man davon ausgehen, dass die Schweiz in jedem Falle, auch wenn sie am 6. Dezember abstimmen würde, das letzte Efta-Land wäre, das ratifiziert, oder stimmt es, dass Liechtenstein seinen Entscheid erst nach der Schweiz fällen möchte?

Blankart: Liechtenstein hat ja kürzlich die Möglichkeit eines fakultativen Staatsvertragsreferendums eingeführt. Falls dieses Referendum ergriffen wird - was nicht auszuschliessen ist - würde Liechtenstein das Referendum vermutlich eine Woche nach der Schweiz durchführen; denn die Teilnahme von Liechtenstein am EWR hängt wesentlich von der Teilnahme der Schweiz ab. Somit dürften wir vermutlich innerhalb dieser 19 Parteien, die zustimmen müssen, die zweitletzte sein.

Vergessen wir nicht, dass die Terminfrage eine politische Frage ist, die der Bundesrat dem Parlament vorschlagen muss, und somit können Herr Staatssekretär Kellenberger und ich uns nicht darüber äussern. Aber wenn wir die anderen drei Monate warten lassen und das Resultat erst noch negativ ist, dann können Sie mit absoluter Sicherheit davon ausgehen, dass wir ganz Westeuropa hochgradig irritieren.

Frau Nabholz: Darf ich darauf zurückkommen, dass sich hier etwas sehr Prozesshaftes abspielt. Zu dieser Prozesshaftigkeit hätte ich zwei Fragen. Ist diese Ordnung mit der Entscheidungsfindung eine dauerhafte Lösung auch für den Fall, dass einzelne Efta-Staaten nicht mehr am EWR teilnehmen werden, weil sie EG-Mitglieder geworden sind? Wird dieser Mechanismus auch mit den Rumpf-Efta-Mitgliedern - im Extremfall mit Liechtenstein und der Schweiz - weiterbestehen, oder besteht die "Gefahr", dass dieser Mechanismus abgeändert wird?

In dieser Konsultationsphase ist mir nicht klar, welche Rolle das Parlament spielt, und ich verstehe auch nicht, was mit diesem "Projet d'art. 47 bis a LRC" gemeint ist.

Blankart: Ich kann die Zukunft schlechterdings nicht voraus-sagen. Wenn der EWR praktisch nur noch bilateral ist, kann er so weitergeführt werden; es ist aber auch möglich, dass die EG Abänderungen wünscht, vielleicht nur aufgrund der Tatsache, dass die Efta nicht mehr - oder nicht mehr in der gleichen Form - existiert. Aber auf der Grundlage der täglichen Zusammen-arbeit, die mit dem EWR in die Wege geleitet wird, wird immerhin ein derartiges Vertrauenspotential geschaffen, dass

wir davon ausgehen können, dass wir nicht in den luftleeren Raum fallen, auch wenn alle anderen Efta-Mitglieder der EG beitreten sollten. Mit Sicherheit kann ich Ihnen nur sagen, dass die Efta am besten funktionieren wird, wenn die Schweiz dann einziger Mitgliedstaat ist.

M. l'ambassadeur **Krafft** :Cet article 47bis lettre a de la LRC fait partie de ce paquet de la Réforme du Parlement qui fait l'objet d'un référendum. Cet article donne davantage de pouvoir d'intervention dans les négociations. Les résultats du référendum décideront si cet article entrera en vigueur.

Frey Walter: Darf ich Herrn Staatssekretär Blankart in aller Bescheidenheit darauf aufmerksam machen, dass ihm in seinen wohlgeformten Ausführungen vielleicht doch der Lapsus unterlaufen ist, das EG-Parlament zu vergessen? Dieses hat unter Punkt 11 einer im Februar dieses Jahres verabschiedeten Resolution von seiner Kommission gefordert, dass, wenn mehrere Länder der heutigen Efta die EG-Mitgliedschaft suchen, auf Januar 1996 eine Revisionsklausel in den Vertrag eingeführt werden soll. Es ist sehr gut möglich, dass sich die Kommission einen Deut schert um diesen Wunsch, aber es könnte auch sein, dass sich das Parlament daran erinnert, wenn es diesem Abkommen zustimmen soll.

Blankart: Herr Frey, dieser Wunsch des EG-Parlamentes ist mir natürlich bekannt. Die EG-Kommission hat hierzu nicht Stellung genommen, und der Wunsch hat im Abkommen keinen Niederschlag gefunden. Darum kann ich nicht voraussagen, was passieren wird. Aber natürlich müssen gewisse Teile des Abkommens, vielleicht auch institutionelle Teile, abgeändert werden - schon aufgrund des Tatbestandes, dass die Zahl der Vertragsparteien auf seiten der Efta ändert. Das liegt in der Kompetenz der EG und ist noch nicht ausgegoren; aber dass hier ein Problempotential liegt, damit haben Sie völlig recht, und ich danke Ihnen für diesen Hinweis.

Frau Segmüller: Es wurde ja immer auch diskutiert, wieweit die Efta und der EWR Auffangstation sein könnten für die mittel- und osteuropäischen Staaten. Jetzt zeigt es sich, dass diese Staaten eher an separaten Abkommen mit der EG interessiert sind. Ist dieses Thema jetzt vom Tisch, und könnten wir tatsächlich die letzten Mohikaner in der Efta und im EWR sein?

Blankart: Was die Schweiz betrifft, gibt es hier nach wie vor die Antwort des Bundesrates auf die dringliche Interpellation von Jacques-Simon Eggly. Im Prinzip sind wir von seiten der Schweiz nach wie vor bereit, die drei mitteleuropäischen Länder in die Efta aufzunehmen, ihnen von da aus die Möglichkeit zu geben, in absehbarer Zeit Mitglied des EWR zu werden und von dort aus den Sprung in die EG zu machen. Diese klare Konzeption ist bei unseren nordischen Partnern weniger präsent. Von den betroffenen drei mitteleuropäischen Staaten hat bisher erst Ungarn gewisse, allerdings unverbindliche, Signale ausgesendet, dass ein gewisses Interesse an einem Efta-Beitritt besteht.

Wer alles zu den letzten Mohikaner gehören wird, ist auch schwierig vorauszusehen. Die Isländer haben uns noch in Porto bestätigt, dass sie vorderhand nicht die Absicht haben, der EG

beizutreten, und dass die Fischereilösung des EWR-Vertrages zurzeit genügt. Es ist auch kaum anzunehmen, dass Liechtenstein EG-Mitglied wird, während die Schweiz der Gemeinschaft nicht beitrifft.

Steffen: In diesem Schema über die Entscheidungsfindung fällt mir auf, dass sehr früh immer nur Experten miteinander sprechen und dass das Parlament sehr spät zum Zuge kommt. Aus welchen Gründen kann das Parlament nicht früher einbezogen werden?

M. l'ambassadeur **Krafft** : Ce schéma ne couvre pas toutes les hypothèses, et on peut s'imaginer que déjà, dans la phase préparatoire, lorsque la Commission réfléchit à une nouvelle règle et s'adresse aux experts de l'AELE, ces experts vont informer les autorités fédérales de ce qui se prépare à Bruxelles, et il appartiendra à l'autorité fédérale de voir s'il faut déjà intéresser le Parlement à ce processus, par le biais notamment de l'article 47bis lettre a. Ce schéma n'exclut absolument pas que l'on consulte le Parlement plus tôt.

Wyss: Ich möchte nur daran erinnern, dass ja die gemeinsame Parlamentarierkommission zwischen der EG und uns verlangt hat, dass sie in diesen Fragen frühzeitig eingeschaltet wird. Das fehlt auf diesem Schema. Wir werden nächste Woche in Reykjavik dieses Problem aufgreifen, weil wir da Gefühl haben, dass zu wenig über die Parlamente geht.

Präsident: In Art. 47 des Geschäftsverkehrsgesetzes wurde ja die Mitwirkung des Parlamentes im Bereiche der Aussenpolitik neu formuliert. Dieser Artikel untersteht noch dem Referendum, zusammen mit der Parlamentsreform. Aber Herr Bundespräsident Felber hat an einer Sitzung unserer Kommission erklärt, dass der Bundesrat den Geist dieses neuen Art. 47 GVG so oder so berücksichtigen will. In Abs. 3 steht: "Bei Verhandlungen in internationalen Organisationen, die zu Beschlüssen führen, durch die in der Schweiz geltendes Recht geschaffen wird oder geschaffen werden muss, konsultiert der Bundesrat die Aussenpolitischen Kommissionen zu den Richt- und Leitlinien für das Verhandlungsmandat, bevor er diese festlegt oder abändert."

Ich sehe, dass sich die Diskussion erschöpft hat. Herr Staatssekretär Blankart muss sich verabschieden. Wir können jetzt das Thema des Abstimmungstermins behandeln, solange Herr Staatssekretär Kellenberger noch da ist.

Columberg: Wir müssen heute seitens der Kommission die absolute Garantie dafür abgeben, dass dieses Geschäft für die Sondersession im August bereit ist. Seinerzeit in der Neat-Kommission haben wir zu Beginn der Diskussion festgelegt, dass das Geschäft für die Märzsession reif sein muss, und dann haben wir genügend Sitzungsdaten festgelegt. Wir haben hier eine spezielle Aufgabe, und jetzt müssen wir zeigen, dass wir fähig sind, eine solche Vorlage durchzuziehen. Allenfalls müssen wir für die Behandlung noch zusätzliche Ferientage opfern. Wenn uns dies gelingt, haben wir unseren Teil zur Lösung des Problems beigetragen; zu sagen, wann die Volksabstimmung stattfinden muss, übersteigt unseren Einflussbereich. Es ist uns bewusst geworden, welche Verantwortung wir auch auf aussenpolitischer Ebene tragen.

Präsident: In einem Gespräch zwischen einer Delegation des Bundesrates und den Parlamentsspitzen haben die beiden Ratspräsidenten gesagt, dass alles daran gesetzt werden muss, dass bis Ende der Herbstsession der Integrationsbericht, die EWR-Botschaft und die Eurolex-Vorlagen abgeschlossen werden können. Herr Nebiker verlangt, dass der Nationalrat als Erstrat bis zur Sondersession bereit ist. Das ist auch möglich. Wir müssen jetzt nur festlegen, dass unser Entscheid wirklich am 17. August gefällt wird.

Der Bundesrat hat offenbar die Meinung vertreten, dass auch die Eurolex-Vorlagen schon bis Ende der Sondersession abgeschlossen werden. Das ist höchst problematisch und scheint mir unmöglich. Wenn das Parlament es fertig bringt, bis zum 8. Oktober alles unter Dach zu bringen, ist das eine sehr effiziente Leistung! Im übrigen hat offenbar der norwegische Botschafter gesagt, dass das norwegische Parlament bis Ende November braucht, um alles zu beraten.

M. Ruffy : J'adhère au point de vue de M. Columberg, en ajoutant que si nous tenons à remplir notre mandat, c'est dans l'intention de respecter l'échéance du 6 décembre, pour ne pas être les "traînants" vis-à-vis de nos partenaires.

Vollmer: Ich möchte sehr bekräftigen, was Herr Ruffy gesagt hat. Wir müssen versuchen, den Fahrplan einzuhalten, damit die Volksabstimmung am 6. Dezember stattfinden kann. Es gilt jetzt auch, die Information zu würdigen, die wir von den beiden Staatssekretären über das Verhältnis zu den anderen Efta-Staaten und der EG erhalten haben. Die Information über die neue Vorgabe des Bundesrates erstaunt mich; im Protokoll der letzten Sitzung steht, dass diese Arbeit bis zum Ende der Herbstsession beendet werden muss.

In diesem Zusammenhang möchte ich zurückkommen auf ein Votum von Frau Segmüller und den Präsidenten bitten, es in Zukunft zu unterlassen, fast im Namen der Aussenpolitischen Kommission zu sprechen und die Meinung zu verbreiten, wir seien nicht für das Datum des 6. Dezembers. Auch wenn der Präsident der Aussenpolitischen Kommission seine private Meinung äussert, wird seine Meinungsäusserung mit der Kommissionsmeinung in Verbindung gebracht, und das muss vermieden werden.

Präsident: Ich möchte Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich mich nie im Namen der Kommission zu dieser Frage geäußert habe. Herr Vollmer, es geht auch anderen Präsidenten so: Entweder meldet man sich ganz aus der politischen Diskussion ab, weil man Präsident ist, oder eben nicht. Dann kann man nicht verhindern, dass die Zeitung schreibt, man sei Präsident einer Kommission. Ich habe jederzeit ausdrücklich gesagt, dass das meine persönliche Einschätzung der Lage ist.

Ich habe hier immer gesagt, dass die Kommission und das Parlament alles daran setzen müssen, dass man am Schluss nicht sagen kann, eine allfällige Verzögerung sei am Parlament gelegen. Eine ganz andere Frage - eine politische Frage - ist es, ob man mehr auf die aussenpolitische oder mehr auf die innenpolitische Wirkung abstellen soll. Da kann man wirklich

geteilter Meinung sein. Ich selber bin zutiefst überzeugt, dass wir die Bevölkerung nicht unter Druck setzen sollten zwischen dem 8. Oktober und dem 6. Dezember. Es gibt auch noch technische Dinge zu bewältigen: Wie soll die Botschaft aussehen, wann soll sie herauskommen? Aber bitte - ich lasse mich gerne belehren. Die Frage ist nur, ob wir so nicht mithelfen, eine sehr negative Stimmung zu erzeugen. Es gibt noch andere Dinge, die völlig ungeklärt sind. Gerade Ihre Partei, Herr Vollmer, hat auch zur Diskussion über die Volksrechte beigetragen. Aber wenn die 60 Gesetzesänderungen dem gewöhnlichen Referendum unterstellt werden, dann ist das im Hinblick auf den Terminplan höchst problematisch. Es wäre falsch, wenn wir jetzt als Kommission dazu Stellung nehmen würden. Wie Herr Columberg sagt, sollten wir uns einsetzen, so dass wir unseren Teil am 17. August abschliessen können.

Frau Segmüller: Ich bin sehr einverstanden mit diesem Vorgehen. Wäre es nicht opportun, im Juli ein Zusatzdatum für die Kommission zu reservieren?

Präsident: Ich werde auf Ihren Vorschlag zurückkommen.

Wyss: Wir könnten heute schon in der Kommission abstimmen; es ist ja lächerlich zu meinen, wir könnten unsere Meinungen bis zum 17. August nicht bilden. Aber drei Punkte stehen hier zur Diskussion: 1. Wir müssen die Diskussion allein auf den Acquis communautaire beschränken, sowohl hier wie nachher im Parlament. 2. Wenn wir noch die Referendumsfristen inklusiv die Validierungen einhalten müssen, ist es nicht möglich, diesen Termin einzuhalten. Hier müssen Lösungen gefunden werden, Herr Vollmer. 3. Bis jetzt haben alle Parteien reklamiert, dass zwei Monate zu kurz sind zwischen einem Beschluss und einer Volksabstimmung. Das müssen wir beachten. - Ich schliesse mich der Meinung an, dass wir versuchen, so rasch wie möglich vorzugehen. Dazu braucht es aber eine grosse Selbstdisziplin, und zwischen dem Willen und dem Tun besteht erfahrungsgemäss oft ein Unterschied.

Frey Walter: Ich bin auch der Meinung von Herrn Columberg, dass es nicht an uns liegt, das Abstimmungsdatum zu besprechen, sondern unsere Aufgabe so rasch und so gut wie möglich zu erfüllen. Uebrigens hat sich in den Vorgesprächen zu den Von-Wattenwyl-Gesprächen nicht nur die SP für die Volksrechte ausgesprochen; alle Parteien waren dafür. Wenn diese Volksrechte noch respektiert werden sollen, braucht es etwas länger als zwei Monate zwischen dem Beschluss und der Abstimmung. - Wir sollten jetzt unsere Arbeit machen und sonst möglichst wenig sagen; sonst verwirren wir die Geschichte noch mehr - sie ist schon verwirrt genug..

Frau Bär: Für unsere Kommission scheint es mir durchaus möglich, bis am 17. August unsere Aufgabe zu erfüllen. Aber nebst den politischen Bedenken, die es zum 6. Dezember gibt, möchte ich ein innerparlamentarisches Problem aufwerfen: Diese 60 Gesetzesänderungen sollen vorwiegend in zwei Kommissionen, in der WBK und in der Rechtskommission, behandelt werden. Diese Kommissionen sollten dabei so seriös vorgehen können, wie es bei Gesetzesänderungen üblich ist. Es handelt sich ja nicht nur um redaktionelle Anpassungen; vielmehr wird es politischen

Zündstoff geben. Ich kann mir schlecht vorstellen, dass beide Kammern in der Septembersession die Eurolex-Vorlagen inklusive der Differenzen zu Ende behandeln können. - Wir können unseren Teil leisten, aber zum anderen können wir uns nicht äussern.

Präsident: Es ist ja vorgesehen, die Eurolex-Vorlagen in zwei Gruppen zu teilen, so dass die beiden Räte parallel arbeiten können.

Steffen: Es stellt sich die Frage der Seriosität. Wir haben vorhin gehört, dass die Unterlagen, die am 18. Mai verabschiedet werden, zum Teil zweisprachig sind. Ich bitte die Verwaltung, dass die Teile, die noch nicht übersetzt sind, so rasch wie möglich übersetzt und uns nachgeliefert werden. Mit meinem Französisch kann ich eine Fachsprache, wie sie in diesen Gesetzen drin steht, einfach nicht verstehen.

Präsident: Es ist unabdingbar, dass man vor dem Entscheid alles in der eigenen Amtssprache hat.

Kellenberger: Nach Angaben des Integrationsbüros ist es im Mai nur möglich, eine Version panachée vorzulegen. Die vollständige Uebersetzung kann frühestens bis Ende Juni vorliegen. Aber ich nehme die Anregung zur Kenntnis, die Uebersetzungen laufend nachzuliefern.

Aebi: Nach meinen Informationen besteht die EWR-Botschaft aus zwei Teilen, aus dem eigentlichen Botschaftstext - 500 Seiten, 2/3 deutsch und 1/3 französisch - und 1250 Seiten Anhänge und Protokolle; die sind in den Landessprachen schon erhältlich. Dazu kommt noch der Integrationsbericht - 220 Seiten halb deutsch und halb französisch.

Präsident: Das heisst, dass Sie den EWR-Vertrag mitsamt allen Anhängen schon im Mai erhalten werden - oder schon erhalten haben.

Kellenberger: Herr Steffen, habe ich richtig verstanden, dass es Ihnen um eine möglichst rasche Uebersetzung der *Kommentierung* zu den einzelnen Artikeln geht? (Steffen: Ja)

Vollmer: Noch eine Bemerkung zur Kontroverse von vorher: Herr Wyss hat richtig gesagt, dass es aussenpolitische und innenpolitische Aspekte gibt für die Festsetzung des Abstimmungsdatums. Als Aussenpolitische Kommission haben wir vor allem die aussenpolitischen Aspekte zu würdigen, und von daher wäre es gut, wenn wir den 6. Dezember einhalten könnten. Das heisst nicht, dass es in anderen Kommissionen Schwierigkeiten geben kann bei der Anpassung an den Acquis communautaire.

Zu Herrn Frey Walter: Die Respektierung der Volksrechte, des fakultativen Referendums z.B., hat überhaupt keinen Einfluss auf die Frage, in welchem Zeitpunkt wir über den EWR abstimmen. Bei denjenigen Bestimmungen, die in der Uebergangsfrist stehen, ist nach Auffassung des Bundesrates das Referendum ganz klar gewährleistet, d.h. bei den Artikeln des Acquis communautaire, die nicht auf den 1.1.93 in Kraft treten sollen. Das bedeutet, dass eine mögliche Verwerfung eines Teils dieses Acquis communautaires keinen Einfluss auf den Volksentscheid und damit

auf den Termin hat. Darum wäre es verfehlt, die Frage der Volksrechte mit der Frage des Abstimmungstermins zu verknüpfen. - Es wäre fatal, wenn ausgerechnet die Exponenten der Aussenpolitischen Kommission hier falsche Signale aussenden würden.

Präsident: In bezug auf das Referendum liegen verschiedene Vorschläge vor. Herr Zimmerli und Herr Kälin z.B. schlagen vor, dass der Schweizer und die Schweizerin an der Urne nur eine Frage zu beantworten hätten: Wollen Sie zum EWR ja sagen und gleichzeitig diese 60 Gesetzesänderungen annehmen? Die beiden Berner Professoren sind der Meinung, dass mit diesem Vorgehen das Referendum nicht umgangen wäre. - Aber ich habe die Idee der Sozialdemokraten anders verstanden, nämlich dass über den EWR-Vertrag abgestimmt wird, und dass für die Gesetzesänderungen das normale Verfahren gelten würde. Ob dies möglich ist, ist zweifelhaft und muss noch diskutiert werden.

Kellenberger: Ich zögere sehr, in diese Diskussion einzugreifen; nehmen Sie meine Aussage nur als persönlichen Kommentar. Es stimmt natürlich, Herr Vollmer, wenn Sie sagen, dass man den EWR annehmen kann, ohne gleichzeitig alle Gesetzesänderungen unter Dach zu haben. Aber diese Situation wäre schon problematisch im Hinblick auf die Transparenz und der Rechtssicherheit. Natürlich stimmt es, dass dann die EWR-Bestimmungen als Völkerrecht Vorrang hätten gegenüber Bestimmungen des schweizerischen Rechts. Aber gerade diese Situation wollte man eigentlich immer vermeiden. Sollten dann Bestimmungen des Acquis communautaire vom Volke verworfen werden, hätten wir schon in der Startphase des EWR Vertragsverletzungen.

Frey Walter: Wenn schon Wert darauf gelegt wird, dass die Aussenpolitische Kommission die aussenpolitischen Aspekte würdigen soll, muss ich auch sagen, dass es mich sehr befremdet, wie wenig unsere Exekutive und ihre Beamten die spezielle Situation der Schweiz mit dem Volksentscheid unseren zukünftigen Partnerländern bekannt machen. Es wird hier mit Terminen gearbeitet, die vielleicht in anderen Demokratien möglich sind, die aber für uns ein grosses Problem darstellen. Diese Aufklärungsarbeit, dass die Schweiz eben beim besten Willen ein Sonderfall ist, wurde - in der Öffentlichkeit jedenfalls - zu wenig deutlich gemacht. In den offiziellen Stellungnahmen kommt auch viel zu wenig zum Ausdruck, dass ein Nein zum EWR noch nicht eine Absage an Europa wäre.

Frau Bär zu Herrn Kellenberger: Ich habe beim Vergleich zwischen dem Vorschlag Zimmerli/Kälin und dem Vorschlag, den uns Herr Bundesrat Koller gemacht hat, keinen Unterschied gefunden, ausser dass er etwas anders formuliert ist. Ist das richtig?

Kellenberger zu Frau Bär: Ihre Frage würde ich gerne noch von einem Spezialisten beurteilen lassen. Persönlich sehe ich den Unterschied darin, dass beim Vorschlag Zimmerli/Kälin explizit auch die internen Gesetzesänderungen dem Volk und den Kantonen zur Zustimmung unterbreitet werden, während das beim ursprünglichen Vorschlag nicht vorgesehen ist. Es kommt fast eine Art obligatorisches Gesetzesreferendum dazu.

Zu Herrn Frey Walter: Den Vorwurf, dass wir den anderen Vertragsparteien nicht genügend klar gemacht hätten, dass die Verhältnisse bei uns anders sind, darf man uns nicht machen. Das wurde auf allen Ebenen deutlich gemacht. Aber der EWR-Vertrag als multilateraler Vertrag macht es natürlich nötig, dass man gemeinsame Termine hat. Man kann sicher sagen, dass wir unsere Lage überall sehr deutlich erklärt haben - allerdings weniger in der Öffentlichkeit als auf diplomatischer Ebene - , z.B. als uns gewisse Efta-Länder Empfehlungen geben wollten über den Ablauf unseres internen Zeitplans. - Wenn Sie gesagt haben, dass eine Ablehnung an den EWR nicht als Absage an Europa präsentiert werden darf, werden Sie sicher auch einverstanden sein, dass der Bundesrat in seinem Informationsbericht vom Herbst 1990 recht im Detail eingegangen ist auf die Implikationen verschiedener Integrationsansätze.

Frau Nabholz: Zur Frage von Frau Bär: Ich habe die Ausführungen von Bundesrat Koller in unserer Kommission so verstanden, dass das Referendum nur ausgeschaltet wäre für diejenigen Gesetze, die auf den 1.1.93 in Kraft treten. Alles übrige würde dem normalen fakultativen Referendum unterstehen. Herr Zimmerli schlägt jetzt - das würde ich auch so sagen - praktisch ein obligatorisches Gesetzesreferendum vor, das sich aber auf das ganze Paket bezieht. Mit Dringlichkeit hat das nichts mehr zu tun, und insofern bestehen natürlich erhebliche Differenzen zwischen den beiden Vorschlägen.

Präsident: Diese Diskussion können wir dann im Juni führen.

Columberg zu Herrn Frey Walter: Ich glaube, wir machen uns etwas Illusionen über unsere Einflussmöglichkeiten im Ausland. Alle die, die im Ausland tätig sind, werden immer wieder feststellen, dass man für unser System kein Verständnis hat. Stellen Sie sich vor: Die Assemblée Nationale in Frankreich hat letzte Woche bereits die erste Lesung des Maastrichter Vertrages durchgeführt!

Präsident: Zum Schluss dieses Traktandums sollten wir bekräftigen, dass wir unsere Arbeit so erledigen wollen, dass in der ersten Woche der Sondersession der Nationalrat als Erstrat über den EWR entscheiden kann. Frau Segmüller beantragt nun, man solle vorsorglich einen zusätzlichen Sitzungstermin reservieren.

Frau Haller: Einverstanden, und wir sollten noch den Nebensatz anhängen: "...damit es möglich bleibt, als Abstimmungsdatum den 6. Dezember zu nehmen."

Präsident: Ich würde sagen: "... damit es sichergestellt ist, dass in der Sondersession der Nationalrat entscheiden kann."

Frau Haller: Gut; aber warum setzen wir uns solche Ziele, wenn nicht, um eine Möglichkeit offen zu lassen? Mir ist das zu sibyllinisch.

Präsident: Den 17. August haben wir bereits festgelegt. Für den 24. Juni sind acht Dachverbände zu einem Hearing eingeladen. An der Sitzung vom 25./26. Juni werden die Texte der EWR-Botschaft

und des Integrationsbericht teils auf deutsch und teils auf französisch vorliegen. Folgendes möchte ich Ihnen auch zu bedenken geben: Die Staatspolitische Kommission will einen Mitbericht zuhanden unserer Kommission erstellen über den Ausschluss des fakultativen Referendums und die Mitwirkung der Kantone. Sie werden dies aber erst anfangs Juli tun, so dass wir über diesen Punkt erst im August entscheiden können. Auch damit wir noch einmal aufgrund der Texte in der Mutterspache diskutieren können, sollten wir einen zusätzlichen Tag im August einplanen.

Da der 18. August bereits für andere Kommissionssitzungen reserviert ist, sucht die Kommission ein Datum in der Woche vom 10 bis zum 14. August. Die Wahl fällt auf den 13. August. Frau Grendelmeier schlägt vor, auch den Morgen des 14. August zu reservieren. Die Kommission ist dagegen. Somit finden die nächsten Sitzungen statt am:
24./25./26. Juni, 13. August und 17. August.

Unterbruch der Sitzung von 10.30 - 10.50 Uhr

5. Vorbereitung der Sitzung vom 24./25./26. Juni 1992

Präsident: Das Hearing vom 24. Juni ist bereits organisiert. Folgende Organisationen werden vertreten sein: die Kantone, die Schweizerische Bankiervereinigung, der Gewerbeverband, der Bauernverband, der Vorort, der Gewerkschaftsbund, die Umweltschutzorganisationen und der CNG. Wir werden die Sitzung im Hotel Worbenbad bei Lyss abhalten. Ueber die Organisation werden Sie rechtzeitig informiert. Die Frage ist nun, wie wir bei der Behandlung der EWR-Botschaft und des Integrationsberichtes vorgehen sollen.

Frau Nabholz: Es scheint mir schwierig, dies festzulegen, ohne dass wir die Berichte kennen. Ich schlage vor, dass sich der Präsident mit den Leadern oder Leaderinnen der Fraktionen zusammensetzt und diese Diskussion vorstrukturiert, sobald die Berichte vorliegen.

M. Jean Ziegler : La rencontre de Lyss sera à moins de 6 mois de la votation. La commission doit être un auxiliaire du Conseil fédéral, et ne peut pas défendre en cette occasion une position différente.

(à M. Kellenberger) Quelle est la stratégie générale? Le Conseil fédéral va-t-il ouvrir la perspective d'une entrée à terme dans le Marché unique avec l'EEE comme première étape, ou va-t-il présenter uniquement l'EEE dans un premier temps? L'organisation de l'ordre du jour de cette future séance dépend de la réponse de l'exécutif : si nous traitons seulement de l'EEE, nous nous y limiterons, et si l'on mène une stratégie commune EEE/intégration, nous devons articuler nos délibérations en conséquence.

Kellenberger: Die EWR-Botschaft ist vor allem ein Kommentar zu den Bestimmungen des EWR-Vertrages, und es wird ein Genehmigungsbeschluss gefordert. Beim 3. Integrationsbericht dagegen wird kein Beschluss gefordert. Es wird dort ausführlich

erklärt, warum der Bundesrat den EG-Beitritt als neues Ziel der schweizerischen Integrationspolitik gewählt hat, und es werden Ueberlegungen angestellt, warum es günstig sein könnte, mit einem Beitrittsgesuch nicht zu lange zuzuwarten. Es wird auch ausführlich dargestellt, welche Folgen staatspolitischer und wirtschaftlicher Art ein Beitritt nach sich ziehen kann. Der Bundesrat bezeichnet den EWR als wichtige Etappe zum Ziel des Beitritts. Das bestimmt auch die Strategie, die im 3. Integrationsbericht zum Ausdruck kommt. Den Entscheid, welcher Zeitpunkt für die Einreichung des Beitrittsgesuchs der günstigste ist, hat der Bundesrat noch nicht gefällt.

M. Claude **Frey** : M. Ziegler a posé de bonnes questions : si on veut clarifier le débat pour le 6 décembre, il faut séparer les deux questions. Or, si l'on examine simultanément le 3ème rapport sur l'intégration et le rapport sur l'EEE, cela peut brouiller les marques dans l'information du public. On l'a si bien compris que nous nous sommes demandé s'il était opportun de déposer maintenant la demande d'adhésion.

Frey Walter: Ich verstehe die Ausführungen meines Namenskollegen sehr gut. Andererseits hat Herr Staatssekretär Kellenberger nochmals klar ausgeführt: Der EWR ist eine Etappe, und die Zielsetzung ist klar. Ich kann es mir nicht anders vorstellen, als dass die ganze Botschaft auf den Ueberlegungen des 3. Integrationsberichts beruht. In der Oeffentlichkeit werden diese Berichte zusammengebracht, ob wir sie getrennt beraten oder nicht.

Präsident: Frau Nabholz hat die Bildung eines Ausschusses für die Vorbereitung der Sitzung vom 25./26. Juni vorgeschlagen. Das Prozedere muss zu Beginn der Sitzung klar sein, damit wir nicht Zeit damit verlieren.

M. **Eggy** : Savoir quel point nous allons traiter le premier des 3 jours importe peu. Ce qui compte, c'est que le Conseil fédéral nous présente les deux rapports simultanément. En résultat, les deux questions seront sur la place publique en même temps. Il faudra expliquer la différence entre elles. Et quoi qu'il en soit, la commission devra prendre position sur les deux rapports.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag Nabholz

offensichtliches Mehr

PROCESSUS DE DECISION DANS L'EEE

M. Hany

P
R
E
P
A
R
A
T
O
I
R
E

D
E
C
I
S
I
O
N
S

D
E
C
I
S
I
O
N
S

COMMUNAUTE
EUROPEENNE

ESPACE
ECONOMIQUE EUROPEEN

Pays de l'
ASSOCIATION EUROPEENNE
DE LIBRE-ECHANGE

SUISSE

Experts de la
Commission CE

commentaires au stade des travaux préliminaires de la Commission

Experts des
Pays de
l'AELE

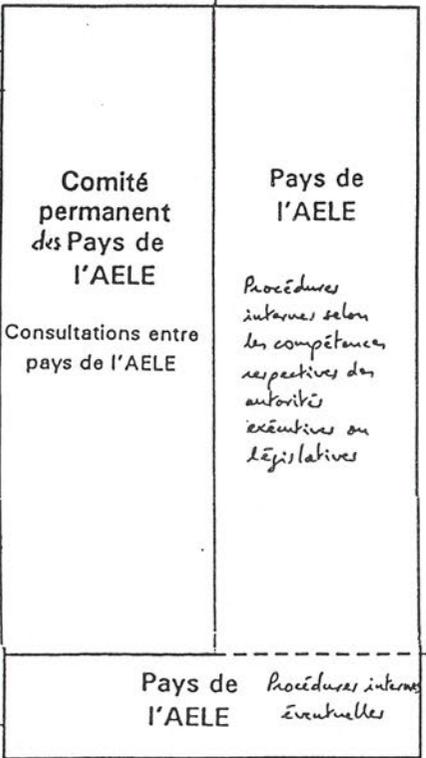
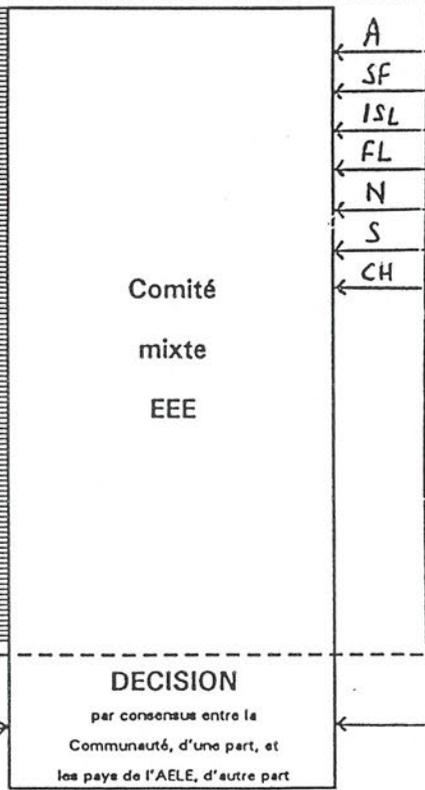
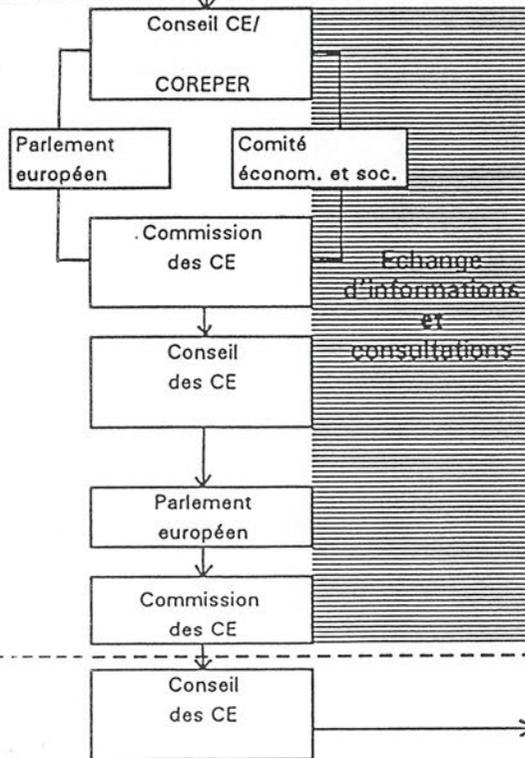
Experts suisses

PROPOSITION
Commission
CE

projet de nouvelles règles dans un domaine couvert par l'Accord EEE

Pays de
l'AELE

*Bureau de l'intégration
Offices compétents*



- Bureau de l'intégration
Offices compétents*
- Préparation de directives de négociation*
 - Préparation de projets de règles mises en particulier lorsque celles-ci doivent entrer en vigueur en même temps que la décision EEE*
 - Consultations*
 - Parlement selon le projet d'art. 47 bis à LRC si celui-ci est compétent dans le domaine concerné*
 - Cantons si ceux-ci sont concernés par la décision EEE*
 - Rôle des intérêts*
 - Préparation du message au Parlement relatif à la décision EEE et aux règles suisses y relatives si le domaine concerné est dans la compétence du Parlement*
 - Approbation par le Parlement (si celui-ci est compétent) de la décision du Comité mixte EEE et des règles suisses y relatives lorsque celles-ci doivent entrer en vigueur en même temps que la décision EEE*
 - Procédures référendaires éventuelles selon les par. 3/4 et 2 de l'art. 89 Cst.*
 - Préparation du message au Parlement relatif aux règles suisses qui transposent les décisions EEE de type "directive".*
 - Adoption par le Parlement des règles suisses de transposition.*
 - Référendum législatif éventuel selon l'art. 89 par. 2 Cst.*

ANNEXEBrève description factuelle des résultats du 14 février 1992 sur le volet juridictionnel de l'EEE

La Cour EEE, que les pays de l'AELE et la CE avaient accepté de créer à la réunion ministérielle de Luxembourg, les 21 et 22 octobre 1992, a été remplacée, suite au premier avis de la Cour de justice des CE, par les mécanismes suivants:

1. Le règlement des différends relatifs aux règles EEE: en général

Ces différends doivent être réglés par le Comité mixte EEE, l'organe dans lequel sont représentés les gouvernements des pays de l'AELE et la CE. Nous aurons donc un régime politique, et non plus judiciaire, de règlement des différends. A noter que la CE aura, sans que cela soit dit dans l'accord EEE, parce que cela résulte du droit communautaire lui-même, la possibilité de demander à la Cour de justice des CE un avis préjudiciel (pour le cas particulier de l'homogénéité, voir le chiffre 4). Mais, cet avis ne liera que la CE, et pas les pays de l'AELE.

2. Le règlement des différends relatifs à la suspension de parties des annexes à l'accord EEE

Le règlement des différends portant sur la proportionnalité de la suspension de parties des annexes à l'accord est purement politique. C'est aux parties contractantes de s'arranger entre elles. Il est spécifié dans un point du procès-verbal agréé de l'accord que: "les Parties contractantes se sont mises d'accord sur le fait que la suspension n'est pas dans l'intérêt du bon fonctionnement de l'accord et que tous les efforts devraient être faits pour l'éviter".

3. Le règlement des différends relatifs aux mesures de sauvegarde et de rééquilibrage

Les différends de ce type seront soumis obligatoirement, dès qu'une Partie contractante le demande, à un tribunal arbitral dont la composition CE/pays de l'AELE sera paritaire et qui rendra des sentences liant les parties au litige.

4. L'interprétation uniforme des règles EEE (problème de l'homogénéité)

En cas de divergences d'interprétation entre les tribunaux des pays de l'AELE ou la Cour AELE (qui est l'autorité de recours dans les affaires intra-AELE) d'un côté, et de l'autre la Cour de justice des CE, c'est le Comité mixte EEE qui est saisi et qui doit examiner le cas en fonction de l'objectif d'homogénéité inscrit dans l'accord EEE. Si les parties impliquées ne réussissent pas à résoudre le problème, deux solutions sont possibles:

- ou bien elles décident de soumettre le cas à la Cour de justice des CE qui va donner une interprétation liant les parties concernées et ayant valeur de précédent pour le futur;
- ou bien, si une partie s'y refuse, la CE ou toute autre Partie contractante déclenche une mesure de sauvegarde ou, au terme d'une négociation supplémentaire, suspend la partie de l'annexe à l'accord qui est l'objet de cette interprétation divergente.

5. Surveillance et contrôle judiciaire du respect des règles EEE par les pays de l'AELE et les Etats membres de la CE

Le respect des règles EEE par les pays de l'AELE est assuré par l'Autorité de surveillance AELE et la Cour AELE. Le respect de ces règles par les Etats membres de la CE est assuré par la Commission des CE et la Cour de justice des CE. La Cour AELE traite aussi des différends entre pays de l'AELE.

6. Surveillance et contrôle judiciaire des règles EEE en matière de concurrence

Les entraves à la concurrence qui ont des effets dans la CE seront poursuivies par la Commission des CE et la Cour de justice des CE. Celles qui ont des effets dans les pays de l'AELE seront poursuivies par l'Autorité de surveillance AELE et la Cour AELE, mais à condition que ces entraves à la concurrence n'aient pas en même temps des effets sur le commerce intra-communautaire. Si elles ont de tels effets, c'est la Commission des CE et la Cour de justice des CE qui seront compétentes. D'ailleurs dans la réalité d'aujourd'hui ces dernières poursuivent déjà de telles entraves à la concurrence. L'accord EEE y ajoute une obligation juridique à la charge des pays de l'AELE de garantir, via l'Autorité de surveillance AELE, l'entraide administrative et judiciaire à la CE.

INSTITUTIONS EEE

De quoi s'agit-il ? :

La reprise des dispositions de 1700 actes communautaires en tant que règles de l'EEE a été subordonnée par les pays de l'AELE à la création d'une structure institutionnelle pour gérer et adapter les règles EEE, veiller à leur bonne application et à leur interprétation uniforme, préparer et adopter de nouvelles règles ainsi que régler les différends entre parties contractantes.

Résultats des négociations :

La CE informera et consultera régulièrement les experts des pays de l'AELE sur la préparation des règles communautaires pertinentes pour l'EEE. Il appartiendra ensuite aux pays de l'AELE de décider d'un commun accord avec la CE s'ils veulent reprendre lesdites règles en tant que règles de l'EEE. La CE considère les pays de l'AELE comme un interlocuteur unique et demande qu'ils se dotent de mécanismes collectifs adéquats (Autorité de surveillance AELE et Cour AELE). Les pays de l'AELE se sont engagés à parler d'une seule voix seulement au moment de prendre les décisions au sein du Conseil ou du Comité mixte de l'EEE.

Les organes suivants seront créés en exécution de l'Accord sur l'EEE (ci-après AEEE):

Conseil de l'EEE (art. 89-91 AEEE)

- composé d'un membre du gouvernement de chaque pays de l'AELE; des membres du Conseil des CE et de membres de la Commission des CE;
- donne les impulsions politiques et définit les orientations générales de l'EEE sur la base de son évaluation du fonctionnement et de l'évolution de l'accord;
- prend d'un commun accord les décisions dans les rares cas prévus par l' Accord EEE (AEEE), notamment les décisions politiques préparatoires en vue de modifications de l'AEEE;
- se réunit deux fois par an ou plus souvent si la nécessité le requiert.

Comité mixte de l'EEE (art. 92-94 AEEE)

- composé de représentants des parties contractantes;
- veille à la mise en oeuvre et au bon fonctionnement de l'AEEE;
- prend d'un commun accord les décisions dans les cas prévus par l' AEEE (notamment adoption des règles EEE);
- permet aux parties d'y échanger leurs vues et informations et de se consulter;
- règle les différends entre les parties (art. 111 AEEE);
- se réunit une fois par mois ou plus souvent si son président ou une partie le requiert.

Comité parlementaire de l'EEE (art. 95 AEEE)

- composé d'un nombre égal de membres du Parlement européen, et de membres des Parlements des pays de l'AELE;
- contribue par le dialogue et le débat à une meilleure compréhension entre la Communauté et les Etats de l'AELE dans les domaines couverts par l'AEEE;
- examine le rapport annuel établi par le Comité mixte sur le fonctionnement et les perspectives de l'AEEE;
- peut exprimer ses vues sous forme de rapports ou de résolutions;

Comité consultatif de l'EEE (art. 96 AEEE)

- composé d'un nombre égal de membres du Comité économique et social de la CE et de membres du Comité consultatif de l'AELE;
- contribue à renforcer leurs contacts et leur coopération afin de se sensibiliser sur les aspects économiques et sociaux de l'interdépendance croissante des économies respectives et de leurs intérêts dans le contexte de l'EEE;
- peut exprimer ses vues sous forme de rapports ou de résolutions;

Autorité de surveillance AELE (art. 108 AEEE et accord spécifique AELE)

- relève de la compétence des pays de l'AELE parties à l'AEEE;
- composé de personnalités indépendantes;
- doté de compétences équivalentes à celles dont dispose la Commission des CE en matière de surveillance;
- prend des décisions à la majorité de ses membres;
- veille à la bonne application des règles EEE au sein de l'AELE;
- agit sur plainte ou de sa propre initiative.

Cour AELE (art. 108 AEEE et accord spécifique AELE)

- relève de la compétence des pays de l'AELE parties à l'AEEE;
- composée de sept juges désignés par les pays de l'AELE;
- règle les différends entre pays de l'AELE;
- règle les différends entre l'Autorité de surveillance AELE et les pays de l'AELE en matière de surveillance;
- statue sur recours contre les décisions de l'Autorité de surveillance AELE dans le domaine de la concurrence;
- donne des avis interprétatifs à la demande des juridictions des pays de l'AELE;

Tribunal arbitral ad hoc (art. 111 par. 4 AEEE)

- organe juridictionnel ad hoc institué à la demande d'une partie à un différend seulement lorsque celui-ci porte sur le champ d'application ou la durée de mesures de sauvegarde ou sur la proportionnalité de mesures de rééquilibrage;
- composé en principe de trois arbitres: chaque partie désigne un arbitre et ceux-ci désignent ensemble un surarbitre;
- la sentence arbitrale lie les parties au différend.

Die richterliche Ueberprüfung im EWR-Vertrag

	Bundesgericht	Europäischer Gerichtshof	EFTA-Gerichtshof	EWR-Schiedsgericht
Zusammensetzung	Schweizer Richter	Richter aus EG-Mitgliedstaaten	1 Richter pro EFTA-Staat	Paritätisch: 1 Schiedsrichter pro Streitpartei; diese wählen einvernehmlich einen Obmann
Aufgaben (mit Rechtsgrundlage)	Entscheidung EWR-relevanter Rechtssachen als letzte landesrechtliche Instanz	<p>Entscheidung EWR-relevanter Rechtssachen als letzte Instanz der EG</p> <p>Vorabentscheidungsverfahren (bindend) in allen EWR-relevanten Rechtssachen für Gerichte der EG-Mitgliedstaaten und für Gerichte derjenigen EFTA-Staaten, die dies wünschen (Art. 107 EWR-V iVm Protokoll 34 EWR-V)</p> <p>Führung eines Austausch- und Informationssystems für EWR-relevante Urteile der höchsten Gerichte der EFTA-Staaten, der EG-Gerichte und des EFTA-Gerichts (Art. 106 EWR-V)</p> <p>Letztinstanzliche Entscheidung in denjenigen Wettbewerbsfällen, die von der EG-Kommission behandelt werden (Art. 56 EWR-V)</p> <p>Auf Anfrage der Streitparteien (nur Vertragsparteien) für diese verbindliche Entscheidung von Auslegungsfragen im Zusammenhang mit EWR-Bestimmungen, die denen der Römer Verträge entsprechen (Art. 111 Abs. 3 EWR-V)</p>	<p>Entscheidung von Streitfällen zwischen der EFTA-Ueberwachungsbehörde und EFTA-Staaten im Zusammenhang mit dem Ueberwachungsmechanismus (Art. 108 Abs. 2 EWR-V)</p> <p>Entscheidung von Rekursen natürlicher oder juristischer Personen gegen die EFTA-Ueberwachungsbehörde in denjenigen Wettbewerbsfällen, die in deren Kompetenzbereich fallen (Art. 108 Abs. 2 iVm Art. 56 EWR-V)</p> <p>(Nicht bindende) Gutachtertätigkeit im Zusammenhang mit der Auslegung von EWR-Recht auf Verlangen von Gerichten der EFTA-Staaten (Art. 34 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten über die Errichtung eines EFTA-Gerichtshofs)</p>	<p>Entscheidung in Streitfällen zwischen den Vertragsparteien über Ausmass und Dauer von Schutzmassnahmen (Art. 111 Abs. 4 EWR-V) (ausgenommen sind Schutzmassnahmen bei staatlichen Beihilfen gemäss Art. 64 EWR-V)</p> <p>Entscheidung über die Verhältnismässigkeit von Ausgleichsmassnahmen (Art. 111 Abs. 4 EWR-V)</p>

	Bundesgericht	Europäischer Gerichtshof	EFTA-Gerichtshof	EWR-Schiedsgericht
Wer kann die verschiedenen Gerichte befassen -	natürliche und juristische Personen	natürliche und juristische Personen bei Rekursen im Wettbewerbsbereich Gerichte der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten im Vorabentscheidungsverfahren Streitparteien im Rahmen des Streitbeilegungsverfahrens (Art. 111 EWR-V)	EFTA-Staaten und ESA in Überwachungsfällen natürliche und juristische Personen bei Rekursen im Wettbewerbsbereich Gerichte der EFTA-Staaten bei Auslegungsfragen EFTA-Staaten im Rahmen der Streitschlichtung	Vertragsparteien
Welche Fragen können von den Gerichten nicht geprüft werden (nur die wichtigsten)	EWR-relevante Streitfälle zwischen Vertragsparteien.	Überwachung der EFTA-Staaten	Wettbewerbsrecht, wenn EGK zuständig ist. Überwachung der EG-Mitgliedstaaten	Das EWR-Schiedsgericht kann nur die unter "Aufgaben" aufgeworfenen Fragen entscheiden. Diese Entscheidung bindet die Streitparteien

Abkürzungen: ESA : EFTA-Überwachungsbehörde
 EGK : Kommission der Europäischen Gemeinschaften
 iVm : in Verbindung mit

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 21. Mai 1992

NATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 3 Der Sitzung vom 11./12. Mai 1992,
14.00 - 18.45 und 08.00 - 12.15 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 86

TAGESORDNUNG 6. 91.081 n Konventionen des Europarates 5. Be-
richt; Antrag Rebeaud

(Uebrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)

6. 91.081 n Conventions du Conseil de l'Europe.
5e Rapport; Proposition Rebeaud

(Autres objets à l'ordre du jour voir procès-
verbal principal)

TEILNEHMER

Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry,
Bär, Bäumlin, Berger, Bircher Silvio,
Caccia, Columberg, Darbellay (ersetzt
Maitre), Eggly, Fischer-Häggingen, Frey
Walter (12. Mai), Grendelmeier, Haller,
Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud,
Ruffy, Scheidegger, Segmüller, Steffen,
Vollmer, Wyss, Ziegler Jean (12. Mai)

Entschuldigt:

für 11. Mai: Frey Walter, Ziegler Jean

Andere Teilnehmer:

Frau I. Apelbaum, EDA

C. Menz, BAK, EDI

R. Stücheli, EDA

Kommissionssekretariat: A. Aebi, M. Hutter,

Protokoll: I. Stauffer (d), H. Baessler (f)

6. 91.081 Konventionen des Europarates 5. Bericht; Antrag Rebeaud (Anhang)

M. Rebeaud : Lors de précédentes séances, on a proposé de demander au Conseil fédéral de faire ratifier en priorité certaines conventions du Conseil de l'Europe, dont la Charte sociale européenne. Cette demande a été repoussée. Le présent postulat se limite à l'aspect qui était le moins contesté de cette proposition, c'est-à-dire à demander au Conseil fédéral de révéifier la position des cantons quant à la ratification de la Charte sur les pouvoirs locaux. Il est extrêmement choquant, le Conseil fédéral en convient, que la Suisse, pays de la décentralisation par excellence, puisse encore aujourd'hui émettre des réserves sur ce texte européen. Ce texte est d'autant plus important aujourd'hui que les cantons ont avancé en direction de l'intégration européenne. C'est donc une façon à la fois de valoriser notre décentralisation, et de pouvoir y faire appel ensuite à travers le Conseil de l'Europe, dont nous aurons besoin pour contrebalancer éventuellement les tendances centralisatrices de la Communauté. Je crois que nous proposons la formule la plus douce à l'égard des cantons et je vous remercie d'appuyer ce postulat.

Mme Apelbaum : La non-ratification de cette Charte par la Suisse est une anomalie. Dans mon service, et au Conseil fédéral, on est conscients de l'intérêt qu'il y aurait à ratifier cette convention. Il se trouve, comme vous le savez, que la procédure de consultation, en 1987, avait donné des résultats partagés, et nous sommes quand même dans une matière qui relève de la compétence des cantons. La Confédération ne peut pas elle-même appliquer les dispositions contenues dans cette Charte. Il est certainement d'autant plus souhaitable aujourd'hui que la Suisse puisse ratifier une telle convention que les pays qui s'approchent du Conseil de l'Europe et de l'esprit de décentralisation de cette charte organisent leurs gouvernements régionaux et locaux sur la base des principes qu'elle énonce.

Nous proposons, plutôt que de lancer une consultation formelle - avec les risques que cela comporte de se heurter à une opposition minoritaire dommageable à la ratification -, d'organiser une conférence sur l'étude de cette Charte lors d'une prochaine conférence du Groupe de contact. Cela nous donnera quelque latitude de discussion avec les cantons, qui y sont tous représentés. Nous espérons ainsi parvenir à convaincre la plupart des cantons à admettre l'opportunité d'une telle ratification.

Il s'agit en effet d'un problème politique, la Charte donnant la possibilité à la Suisse de ne retenir que les points qui ne lui posent pas de problèmes, comme dans le cas de la Charte sociale, où l'on peut choisir les dispositions qui permettent au pays d'adhérer à cet instrument.

Präsident: Eine materielle Diskussion über dieses Thema ist nicht mehr nötig.

M. Rebeaud : Je suis satisfait des explications. On peut lancer une consultation rapide via le Groupe de contact. Le postulat peut être compris comme un soutien à cette démarche, et il serait bon que la commission y apporte son soutien.

Abstimmung - Vote

Für Ueberweisung des Kommissionspostulates	17 Stimmen
Dagegen	3
Enthaltungen	3

Präsident: Die Europarats-Geschäfte sind für die Junisession provisorisch traktandiert. Berichterstatter sind Frau Haller und Herr Caccia. Das Geschäft ist in Kategorie III eingeteilt.

NATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

Sitzung vom 23. und 24.3.1992

91.81 n Konventionen des Europarates. 5. Bericht

Rückkommensantrag Rebeaud vom 24.3.1992 auf Kommissionsentschluss vom 23.3.1992

Kommissionspostulat

Der Bundesrat wird gebeten, bei den Kantonen eine neue Vernehmlassung durchzuführen, um festzustellen, ob dies heute eine Ratifizierung durch die Schweiz der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und des Abkommens zum Schutze des baugeschichtlichen Erbes in Europa noch während dieser Legislaturperiode unterstützen würden.

CONSEIL NATIONAL

Commission de politique extérieure

Séance des 23 et 24 mars 1992

92.081 n Conventions du Conseil de l'Europe. 5e rapport

Proposition Rebeaud du 24 mars 1992 de revenir sur la décision de la commission du 23 mars 1992

Postulat de la commission

Le Conseil fédéral est prié de lancer une nouvelle procédure de consultation auprès des cantons pour déterminer si ceux-ci soutiendraient aujourd'hui une ratification par la Suisse de la Charte européenne de l'autonomie locale et de la convention pour la sauvegarde du patrimoine architectural de l'Europe, en sorte que ces deux textes puissent être ratifiés au cours de la présente législature.

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 21. Mai 1992

NATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 4 der Sitzung vom 11./12. Mai 1992,
14.00 - 18.45 und 08.00 - 12.15 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 86

TAGESORDNUNG 7. Berichterstattung der Teilnehmer an der
Wahlbeobachtermission in Albanien (22.3.1992)

8. Verschiedenes

(Uebrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)

7. Rapport des participants à la mission
d'observation des élections en Albanie
(22.3.1992)

8. Divers

(Autres objets à l'ordre du jour voir procès-
verbal principal)

TEILNEHMER Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry,
Bär, Bäumlín, Berger, Bircher Silvio,
Caccia, Columberg, Darbellay (ersetzt
Maiître), Eggly, Fischer-Hägglingen, Frey
Walter (12. Mai), Grendelmeier, Haller,
Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud,
Ruffy, Scheidegger, Segmüller, Steffen,
Vollmer, Wyss, Ziegler Jean (12. Mai)

Entschuldigt:
für 11. Mai: Frey Walter, Ziegler Jean

Andere Teilnehmer:

- Traktandum 7:
P. Sutter, EDA
R. Stücheli
- Traktandum 8:
R. Stücheli, EDA

Kommissionssekretariat: A. Aebi, M. Hutter,

Protokoll: I. Stauffer (d), H. Baessler (f)

7. Berichterstattung der Teilnehmer an der Wahlbeobachtermission in Albanien (22.3.92)

Scheidegger: Ich möchte die schriftlichen Berichte (siehe Anhänge 1+2) noch kurz ergänzen:

1. Seit unserer Reise nach Albanien sind es zwei Monate her, und unterdessen wurde der Arzt Sali Berisha zum Präsidenten gewählt.
2. Es war leider nicht möglich, diese Fernsehsendungen heute zu präsentieren. Der Verfasser wird sie im Studio suchen, und vielleicht werden wir sie hier einmal ansehen können.
3. Nach rund 70 Reisen nach Mittel- und Osteuropa und nach dem fernen Osten glaubte ich, den Osten etwas zu kennen; aber als ich in Albanien ankam, war ich überrascht, mich in einem ganz armen Drittweltland zu befinden.
4. Wir wurden seitens der Verwaltung sehr gut auf diese Reise vorbereitet und auch in Albanien selbst wurden wir gut begleitet.
5. Zum Flug: Herr Columberg soll mir nicht böse sein, wenn ich - scherzeshalber - bemerke, dass die Europa-Delegierten 2. Klasse flogen und die Schweizer Delegierten 3. Klasse.
6. Die Ankunft am Flughafen war deprimierend. Beim Anblick all der Bunker, die Hodscha dort errichten liess, wähnt man sich in einem der dramatischsten Stücke von Dürrenmatt.
7. Die Wahlen selber wurden sehr sauber durchgeführt. Es waren viele Beobachter dort, vor allem aus den USA, aber auch aus Holland und aus den skandinavischen Staaten. In jedem Wahllokal befanden sich nicht nur die Leute des Wahlbüros, sondern auch noch Beobachter aus jeder Partei. Beeindruckend für mich war die Wahlfeier am Abend. Einen solchen Ausbruch von überschäumender Freiheitsliebe habe ich noch nie gesehen; das kennen wir bei uns in der Schweiz nicht mehr! Das Fest dauerte die ganze Nacht und den nächsten Tag an, ohne dass es zu Ausschreitungen kam - dank der Haltung der sozialistischen Partei, die ihre Niederlage akzeptiert hat.
8. Wie geht es weiter? Ich glaube, das Land hat gute Chancen, aber der Aufbau wird sehr viele Jahre dauern. Die Frage ist, ob die Albaner die nötige Geduld aufbringen werden.

Frau Segmüller: Ich habe von dieser Albanienreise unerhörte Eindrücke mitgenommen. Weil Herr Scheidegger etwas später reiste als ich, habe ich mich der offiziellen Delegation der vier Beobachter angeschlossen, von denen drei ehemalige IKRK-Mitarbeiter waren. Dadurch wurde der neutrale Charakter der Schweizer Delegation noch potenziert. Wir haben danach gefragt, wohin noch niemand gehe, und wurden von der Koordinationsstelle in den Osten verwiesen. So reisten wir ca. 150 km quer durch das Land; dafür brauchten wir mangels guter Strassen drei bis vier Stunden. Das hatte den Vorteil, dass ich einen Eindruck erhalten konnte von der Landschaft und von den Lebensumständen in den Bauerndörfern. Wir sind am Wahltag morgens um 05.00 Uhr

gestartet und haben sukzessive in den Dörfern Wahllokale besucht. Am Abend und die Nacht hindurch waren wir in Wahllokalen an der Ostgrenze und haben dort das Auszählen der Stimmen und die Reaktion der Bevölkerung erlebt.

Aus meinen Erfahrungen möchte ich einige Schlussfolgerungen ziehen: Es ist richtig und notwendig, dass auch Parlamentarier aus der Schweiz die offiziellen, professionellen Beobachter begleiten. Diese erfüllen eine wichtige Rolle, aber wir sind ja nachher für die Aussenpolitik verantwortlich, und wir sollen direkte Eindrücke haben. Wir stellen auch andere Fragen. Ich z.B. habe mich bemüht, mir über die Entwicklungszusammenarbeit mit Albanien als allfälliges Schwerpunktland der Osteuropahilfe Gedanken zu machen. Was sofort auffällt, ist die Verwandtschaft Albaniens mit der Schweiz im Hinblick auf die Kleinheit und die Topographie; dagegen bestehen hinsichtlich der Kultur grosse Unterschiede. Das häufigste Transportmittel - nicht nur auf dem Land - ist der Esel. Sicher war das früher auch bei uns so. Nur ist Albanien zu 70 Prozent muslimisch, und das heisst, dass auf dem Esel der Mann sitzt und die Frau, mit dem Kopftuch bedeckt, zwei Meter hinterher marschiert! Solche Eindrücke sind wichtig, um ein Bild zu bekommen, wo ein Land steht, wo Gemeinsamkeiten bestehen und wo auch nicht.

Durch Kontakte mit Kosovo-Albanern, die ich hier in der Schweiz habe, hatte ich Gelegenheit, Vertreter der christdemokratischen Partei in Kosovo zu besuchen. In 11 Wahlkreisen haben Christdemokraten für diese Parlamentswahlen kandidiert. Es war interessant, neben den offiziellen Kontakten zu den Parteizentralen auch Kontakt aufzunehmen mit einer kleinen Partei. Gerade um die Möglichkeit zu so vielfältigen Kontakten zu nutzen scheint es mir wichtig, dass wir solche Missionen unternehmen. Umsomehr als ja alle anderen Länder nicht parteilose Delegationen schicken, sondern immer NGOs, d.h. Leute aus Non governmental organisations. Darum ist es richtig, wenn wir als Parlamentarier die Sache aus dem politischen Blickwinkel anschauen.

Beeindruckt hat mich der Kontrast zwischen dem sehr komplizierten Wahlgesetz, der Seriosität auch, mit denen die Bestimmungen dieses Gesetzes erfüllt wurden, und der Objektivität, mit der diese Wahlen abgelaufen sind, zu den Lebensumständen in Albanien. Ich habe mich immer gefragt, wie gross eigentlich der Alphabetisierungsgrad ist. Er ist erstaunlich hoch: über 90 Prozent!

Eindrücklich war auch der Umschwung der Stimmung: Das Gebiet, wo wir waren, hat bei den ersten Wahlen noch sozialistisch gewählt. In den Diskussionen mit den Wählern hat man gespürt, dass das Wahlverhalten auf der Kippe zur Demokratischen Partei ist, und beim Eingang der Wahlresultate hat sich das bewahrheitet. Bis ins hinterste Dorf hat ein Umschwung stattgefunden.

Hochinteressant ist natürlich auch die ganze Umweltproblematik. Wenn Sie in diesem südlichen Land, das topographisch wirkt wie Tessin oder Graubünden, plötzlich auf einer Krete stehen und in der Talsenke ein grosses Kombinat mit 20'000 Arbeitsplätzen sehen, wobei die Luft so schlecht ist, dass Sie gleich von einem Hustenanfall geschüttelt werden und kaum mehr bis zum

Boden sehen, braucht Ihnen niemand mehr zu sagen, wie es mit der Umwelt steht.

Dieser Anschauungsunterricht ist sehr wichtig; aber ich möchte betonen: nicht nur am Wahltag! Mindestens zwei oder drei Tage vorher sollte man schon dort sein und auch am Tag nach der Wahl die Reaktionen mitbekommen können.

Columberg: Ich kann meinen Vorrednern zustimmen. Der Europarat hat alle diese Wahlen begleitet, in allen diesen Ländern. Wir werden in den nächsten Monaten noch eine ganze Anzahl anderer Länder besuchen müssen. Für uns ist es entscheidend, ob das Zeugnis ausgestellt werden kann, dass die Wahlen frei und fair waren. Für Albanien trifft das zu. Das ist die erste Bedingung, damit wir überhaupt Aufnahmege-suche behandeln.

Zur Zukunft: Ich bin nicht so optimistisch. Die Regierungsreform - die Ausarbeitung einer Verfassung und die Vorbereitung aller Verantwortlichen auf ihre grossen Aufgaben - braucht vermutlich noch Zeit. Wir sehen die Schwierigkeiten in Bulgarien und Rumänien, wo wir sehr unsicher sind. Wirklich schrecklich ist der wirtschaftliche Ruin - man kann es nicht anders sagen. Ein Wirtschaftsfachmann würde sicher finden, man müsse alles abreißen. Die Textilindustrie z.B. steht auch still. Die letzten Maschinen, die man angeschafft hat, stammen aus den 70er-Jahren; es sind chinesische Maschinen, und Sie können sich vorstellen, was das heisst.

Die Landreform ist zwar zum Teil durchgeführt worden; aber diese grossen Felder lassen sich nicht in Kleinbetrieben bewirtschaften. Aus der Vergangenheit besteht eine tiefe Abneigung gegen jegliche Art von Genossenschaft. Ich befürchte sehr, dass es im Sommer nicht gelingt, diese Felder richtig zu bearbeiten, so dass es vermutlich im nächsten Winter zu grossen Ernährungsproblemen kommen wird. Angesichts der Tatsache, dass jetzt 60 Prozent der Bevölkerung arbeitslos sind, ist es sehr fraglich, ob sich die Mentalität durch die Wahlen sofort verändert.

Für unsere Hilfe stellt sich die Frage, ob es nicht zweckmässig wäre, wenn wir uns auf ein solches kleines Land beschränkt hätten, wo wir etwas hätten bewirken können. Wenn man in diesen Ländern etwas herumhört, bekommt man den Eindruck, dass sehr viel gesprochen und versprochen, aber herzlich wenig konkret realisiert wird. Ich könnte mir vorstellen, dass es zu einer grossen Ernüchterung und Enttäuschung kommen wird. Wir müssen darauf bestehen, dass man ganz konkrete Projekte durchzuführen hilft, die zwar nicht grossartig sind, aber doch zeigen, dass etwas verändert worden ist.

M. Jean Ziegler : L'écrivain Ismail Kadaré est candidat au Prix Nobel de la paix. Son éditeur, Fayard, m'a demandé, comme certainement à des parlementaires d'autres pays, de donner des adresses pour pouvoir demander des lettres de soutien. Je me suis permis de donner la liste des membres de la commission de politique extérieure du Conseil national. Vous recevrez donc des éditions Fayard une demande de soutien de cette candidature. Ceux qui ont lu Kadaré seront sans aucun doute convaincus du bien-fondé de cette candidature. A ceux qui ne

l'ont pas lu, je peux assurer qu'il vaut la peine de le soutenir. En général, signer cette lettre serait un acte positif pour l'Albanie.

Frau Bär: Den Schlussfolgerungen von Frau Segmüller zum Wert von parlamentarischen Beobachtermissionen kann ich mich nach meiner Wahlbeobachtung in Bulgarien anschliessen. Auch das Mitgehen mit Herrn Dr. Sutter halte ich für eine wichtige Ergänzung, weil wir die Ereignisse aus einem anderen Blickwinkel sehen als die professionellen Wahlbeobachter. Wäre es möglich, dass wir die Wahlbegleitung in Zukunft für unsere Kommission institutionalisierten?

Präsident: Herr Sutter weiss, dass wir diesen Wunsch haben. Es ist auch eine Frage der Anzahl Leute, die gehen. Ein oder zwei Mitglieder pro Wahlbeobachtung wären sicher optimal. - Madagaskar, wo demnächst Wahlen durchgeführt werden, ist mit dem Wunsch an unsere Kommission gelangt, dass jemand von uns bei den Wahlen anwesend sei. Wir können sicher nur in begrenztem Ausmass daran teilnehmen; auch ist es nicht sicher, dass diese Wahlen überhaupt stattfinden.

Mühlemann: Im Anschluss an das Votum Ziegler möchte ich auf die politische Situation Albaniens und verschiedener Ostländer hinweisen. Der Kampf ist natürlich mit einer Wahl nicht entschieden. Im Parlament in Tirana besteht zwar eine ansehnliche demokratische Mehrheit. Ich habe aber mit dem - sehr gescheiterten - Führer der Opposition, einem ehemaligen Kommunisten, gesprochen. Er hat mir gesagt, dass er nur auf den ersten Fehler des Präsidenten wartet, um wieder die Macht zu ergreifen. Diese Rückkehr an die Macht ist zum Teil bereits erfolgt - denken Sie an Slowenien. Der Sturz des christdemokratischen Präsidenten ist nicht erfolgt, weil er Fehler gemacht hat, sondern weil viele der demokratischen Mitläufer im Verlaufe der Parlamentssession zu den ehemaligen Kommunisten abgesprungen sind. So sind in Slowenien sämtliche Mitglieder des Politbüros, des Zentralkomitees aus Serbien, wieder im Amt. Wir haben im Europarat erlebt, wie ein Liberaldemokrat aus Slowenien aufgestanden ist und gesagt hat: "Wir sind wieder an der Macht." Er nennt sich Liberaldemokrat; aber eigentlich ist er ein alter Kommunist. - Es ist wichtig, dass wir - auch mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit - mithelfen, dass diese Inversion sich nicht verstärkt.

Natürlich ist Kadaré ein bedeutender Schriftsteller; aber er war auch ein Günstling von Enver Hodscha. Die Meinung der Leute dort über den literarischen Wert von Kadaré ist zweifellos positiv; aber über seine politische Rolle ist man sich keineswegs klar. Selbst Präsident Berisha hat seine Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit dieses Mannes angemeldet. - Ich mache Sie einfach auf diesen Aspekt aufmerksam.

Frau Segmüller: Ich möchte die Ansicht von Herrn Mühlemann zu dieser Frage mit Nachdruck unterstützen.

Sutter zu Frau Bär: Sie sind natürlich herzlich willkommen, in diesen Delegationen mitzuwirken. Es ist unser Ziel, die Parlamentarier auch als offizielle Besucher beim Gastland anzumelden. Dass Sie eine andere Optik haben als die von uns

ausgebildeten Beobachter, ist nur von Nutzen. Das Problem ist, dass wir oft sehr kurzfristig angefragt werden. Wir drängen uns nicht auf, sondern signalisieren gelegentlich, dass wir über r Wahlbeobachter verfügen, und warten, bis man uns anfragt. Gegenwärtig liegen verschiedene informelle Anfragen aus Afrika vor. Nach Möglichkeit möchten wir den Demokratisierungsprozess, der in vielen afrikanischen Ländern stattfindet, unterstützen. Diese Missionen werden zeitlich umfangreicher sein als die Missionen nach Osteuropa. Wir halten Herrn Aebi darüber auf dem laufenden.

Präsident: Ich danke Herrn Sutter für die Information; ich glaube, die Zusammenarbeit beginnt zu spielen. Im Namen der Kommission danke ich auch unseren Mitgliedern für ihre gute Berichterstattung über ihre sehr eindrücklichen Erlebnisse.

8. Verschiedenes

Präsident zur Reisetätigkeit der Kommission: Die Kommission des Ständerates ist mit der Idee gemeinsamer Delegationen einverstanden. Für die ständerätliche Kommission hat die Reise in die Ukraine Priorität. Für den anderen Vorschlag (Dänemark/Schweden) zeigte sie kein Interesse. Wir erwarten demnächst den Entscheid des Büros des Nationalrates. Anschliessend werden wir dann rasch die nötigen Vorbereitungen zu treffen haben. Im Zusammenhang mit der Reisedestination Dänemark und Schweden haben Sie alle eine Kopie des Rückkommensantrages von Frau Grendelmeier erhalten (Anhang 3).

Frau Grendelmeier: Ich habe um Rückkommen gebeten, weil ich mich frage, ob es richtig ist, ausgerechnet in zwei EG-skeptische Länder zu gehen. Die in meinem Brief genannten Länder sind lediglich ein Vorschlag.

Abstimmung - Vote

Für Rückkommensantrag Grendelmeier	7 Stimmen
Dagegen	8

Frey Walter: Ich habe aus der Bevölkerung verschiedentlich Briefe erhalten in bezug auf die Ausgestaltung des Schweizer Pavillons in Sevilla. Ich möchte diejenigen, die schon lange in der Aussenpolitischen Kommission sind, darauf aufmerksam machen, dass wir von unserer Kommission aus den Warnfinger erhoben haben in bezug auf die Innenausgestaltung. Ich möchte nur fragen, ob Sie auch daran interessiert sind, zu erfahren, wer für die Ausgestaltung dieses Pavillons verantwortlich zeichnet; an wen muss man sich wenden, wenn man eine Kritik anzubringen hat? Ich möchte, dass die Aussenpolitische Kommission ganz klar darüber informiert wird, wer für die Ausgestaltung des Schweizer Pavillons verantwortlich ist.

Präsident: Wir werden vom Präsidium aus beim EDA vorstellig werden.

M. Ruffy : Dans le cadre des expositions internationales, le Conseil fédéral doit nous présenter un rapport à la suite de plusieurs interventions pour savoir si ce type d'expositions a

encore un sens, surtout compte tenu de leur fréquence. Il faudrait aussi savoir si le rapport est prêt et intégrer cette question du pavillon suisse dans ce contexte général des expositions internationales.
Ruffy

Moser: Ich habe bereits eine dringliche einfache Anfrage bezüglich dieser Expo gestellt und werde sie am 1. Juni deponieren.

Wyss: Herr Nationalrat Mauch Rolf hat interveniert und jedem Bundesrat ein Dossier geschickt; so sind die Reklamationen schon letzten Mittwoch im Bundesrat behandelt worden. Das Resultat kenne ich nicht, weiss nur, dass man die Sache jetzt genauer prüft. In der Botschaft wurde ausdrücklich gefordert, dass die Kultur auch alternativ dargestellt werden müsse, und das wird auch nicht kritisiert. Aber was vor allem bei älteren Besuchern missfällt ist der Spruch, der beim Eingang zu lesen ist: "Die Schweiz existiert nicht." Man meinte natürlich damit, dass sie aus verschiedenen Kulturen besteht; aber es macht einen negativen Eindruck. Im weiteren wird kritisiert, dass der Schweizer Pavillon zu wenig praktische Dinge enthält.- Die Schwierigkeit besteht darin, dass man die Sache nur aufgrund eines Papiers beurteilen muss.

Schluss der Sitzung 12.10 Uhr

Anhang 1

Bericht von den Wahlbeobachtern an EDA und APK des Nationalrates

Parlamentswahlen 1992 in Albanien

von Dr. Urs Scheidegger, Stadtmann u. Nationalrat

"Wir erachten diese Wahrheiten als selbstverständlich, dass alle Menschen gleich erschaffen worden sind, dass der Schöpfer ihnen gewisse unabänderliche Rechte verliehen hat, als solche sind: Leben, Freiheit und das Streben nach Glück. Dass, um diese Rechte ihnen zu sichern, Regierungen unter den Menschen eingesetzt worden sind, deren gerechte Gewalt sich von der Zustimmung der Regierten herleitet. Dass, wenn immer eine Form der Regierung zerstörend in diese Endzwecke eingreift, das Volk das Recht besitzt, diese zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen..."

Diese Worte Jeffersons begleiteten mich, als ich die Wahlen 1992 als eidg. Parlamentarier (zusammen mit Nationalrätin Eva Segmüller und fünf weiteren Abgeordneten des EDA) am 20. März beobachten durfte. Noch erinnern wir uns alle an die erschreckenden, tief beeindruckenden Bilder, als vor Jahresfrist völlig mit Menschen überfüllte Schiffe von Albanien nach Italien fuhren. Den Kommunisten, die 45 Jahre lang unter Schreckensdiktator Enver Hodscha ihr machtpolitisches Unwesen trieben, gelang es, dieses Land dem Bewusstsein der Weltöffentlichkeit zu entziehen und das Land zum Armenhaus Europas werden zu lassen. Ein erstes Aufatmen gab es am Todestage Enver Hodschas, der 1941 die Kommunistische Partei in diesem Land gegründet hatte und in krankhafter Art und Weise Menschenwürde und -freiheit, Wirtschaft und Kultur erwürgte. Mit den Flüchtlingsschiffen wurde eigentlich erstmals der europäischen und mithin der Weltöffentlichkeit bewusst, dass es da irgendwo ein Land gibt, das Albanien heisst.

Die Albanier wählten am Sonntag, 22. März 1992, zum zweiten Mal innert eines Jahres ein neues Parlament. Auch diesmal wurde die Ausmarchung um die 150 Mandate praktisch zu einem Zweikampf zwischen den ehemaligen Kommunisten, die sich nun Sozialisten nennen, und den oppositionellen Demokraten. Die Wahlen fanden vor dem Hintergrund einer tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise statt. Viele Albaner sahen in einem Sieg der Opposition die einzige Chance, ihrem Elend in absehbarer Zeit zu entrinnen. Die Wahlen selbst waren eine Mischung aus Majorz und Proporz. Albanien wurde in 100 Wahlkreise eingeteilt (bei den letztjährigen Wahlen waren es noch viel mehr Wahlkreise). Jeder dieser Kreise konnte einen Parlamentsabgeordneten wählen. Damit waren 100 Abgeordnete des neu 150 Sitze (bisher 250 Sitze) zählenden Parlamentes nach dem Majorzverfahren bestimmt. Die restlichen 50 Sitze werden gemäss Proporz verteilt: Die in den 100 Wahlkreisen

erzielten Parteienstimmen wurden für ganz Albanien zusammengezählt und dann die Sitze proportional zu diesen Stimmen verteilt.

Zwar wurde unter dem im Prinzip bis 1996 gewählten Präsidenten Ramiz Alia (er wird wohl in Kürze abgelöst) bereits 1990 mit Reformen begonnen, er und seine Mitstreiter galten aber als frühere Kollaborateure des verhassten Hodscha. Vor einem Jahr gewann er noch 169 der 250 Sitze, und nur 69 gingen an die Opposition. Diesmal kandidierten 521 Frauen und Männer aus 11 Parteien für die 150 Sitze. Radio und Fernsehen versuchten in der Vorwahlperiode ausgeglichen zu berichten. Diesmal gab es neue Zeitungen, die vor allem für die Demokraten und andere Oppositionsparteien schrieben. Eine Zeitung der Demokraten druckte am Vorwahltag eine lange Liste von in den letzten 18 Jahren verschwundenen Personen ab, und die Angehörigen verlangten Aufklärung der Missetaten und zumindest Bekanntgabe der Gräber der Vermissten.

Der Wahltag begann früh. Nach 6 Uhr wurden die Lokale bezogen, und die mühsame Handarbeit konnte aufgenommen werden. Es mussten Wahllisten für jeden einzelnen Wahlberechtigten im Wahlbezirk ausgefüllt, es mussten Kabinen mit Vorhängen errichtet werden, die Ausweise der Wähler wurden kontrolliert, verglichen mit den handgeschriebenen Wahlregistern, nach der Stimmabgabe hatten die Wahlberechtigten ihre Unterschrift anzubringen, dann wurde ihr Wahlausweis abgestempelt, damit nicht ein zweites Mal an einem anderen Ort gewählt werden konnte. 70 Prozent der Stimmberechtigten gaben bis 12 Uhr mittags ihre Stimme ab, die Lokale waren bis 6 Uhr abends geöffnet, dann begann die mühsame Zählerei, und eigentlich sollte man die Resultate nach Tirana telefonieren, was aber aus technischen Gründen nur selten der Fall war, so dass vielfach die Resultate per Auto nach Tirana gebracht werden mussten. Das ganze Wahlprozedere wurde nicht nur von mehreren hundert internationalen Wahlbeobachtern überwacht, vielmehr waren auch in allen Wahllokalen Vertreter aus allen Parteien. Gegenstand der internationalen Wahlbeobachtung in Albanien war einerseits die ungehinderte Ausübung des Wahlrechts durch jeden Stimmberechtigten, andererseits die gesetzeskonforme Durchführung des Wahlvorganges, insbesondere die Gewährleistung der geheimen Stimmabgabe. Insgesamt kam es kaum zu grossen Zwischenfällen. Selbstverständlich hat sich gezeigt, dass das Wahlprozedere sehr kompliziert und zeitaufwendig ist.

Das politische Klima in und um Tirana war am Wahltag recht nervös. Die Sozialisten schimpften über Radio und Fernsehen, sie würden ganz für die Demokraten arbeiten, die Demokraten andererseits waren sich nicht sicher, ob es zum erhofften Sieg kommen würde. In regelmässigen Abständen orientierten die Medien (Radio und Fernsehen) über die Wahlen. Ein Besuch um 23 Uhr am Sonntagabend bei den Demokraten zeigte bereits eine sehr ausgelassene Stimmung. Mangels Champagner schüttelte man Petflaschen mit Mineralwasser und gab sich so doch ein weltmännisches Gehabe, angesichts der ständig positiven Meldungen aus allen

Landesteilen. Die Nacht hindurch gab es keine Ruhe. Und als am Morgen der deutliche Sieg feststand, strömten Zehntausende zum Lokal der Demokraten.

"Die Nacht des Kommunismus geht zu Ende, der Tag der Demokratie bricht an." So formulierte der Chef der oppositionellen Demokraten, Sali Berisha, stolz und erleichtert den Erdrutschsieg seiner Partei bei den Wahlen in dem von Krisen erschütterten Balkan-Staat Albanien. Gleichzeitig ist die letzte Bastion der Kommunisten in Europa endgültig gefallen. Viele Tränen der Freude, viele lebensfrohe Gesichter waren am Montag zu sehen; ja, das waren nicht einfach nur Wahlen, das war eine Revolution eines Volkes, das erstmals in einer langen, leidvollen Geschichte mit einem klaren Resultat die Geschicke selbst in die Hände nehmen wollte. Schillers Willhelm Tell würde wohl am Ende des 20. Jahrhunderts am besten in Albanien mit und nach diesen Wahlen angesiedelt.

Der überwältigende Wahlsieg der Demokratischen Partei bei den Parlamentswahlen in Albanien findet in den von ihr errungenen Abgeordnetensitzen ihren Niederschlag. Nach Auszählung der Stimmen in 98 der insgesamt 100 Wahlkreisen hat die Partei nach Angaben der Wahlbehörde 77 Direktsitze im neuen, nach demokratischem Muster gewählten Parlament errungen. Die ehemalige Kommunistische Partei, die sich jetzt Sozialistische Partei nennt, gewann nur sechs Direktmandate. Bei den Parlamentswahlen vor einem Jahr hatte sie noch zwei Drittel der Parlamentssitze errungen. Je ein Mandat ging an die Sozialdemokratische Partei und an die Republikaner; die Partei der Menschenrechte, welche vor allem die griechische Minderheit vertritt, erhielt zwei Parlamentssitze.

Mit 28'748 km² ist Albanien halb so gross wie die Schweiz, hat aber mit 3.2 Mio Einwohnern eine sehr hohe Bevölkerungsdichte. Albanien ist nicht nur das ärmste, vielmehr auch demographisch gesehen das jüngste Land Europas. Da es nur wenig Ansätze zu Industrie gab, muss der Ansatz für die kommende Wirtschaftsentwicklung vor allem im Agrarbereich gefunden werden. Die Voraussetzungen sind nicht allzu schlecht, dass mit geschickter Förderung zumindest die Eigenversorgung sichergestellt werden kann. Ein zweiter Ansatzpunkt liegt im Tourismus und zwar von den schönen unverbrauchten Stränden bis hinauf zu den malerischen Bergen. Dass das Tourismuskonzept aber zum Tragen kommen könnte, setzt voraus, dass die Spital- und Sanitätsinfrastruktur im grossen Stil neu aufgestellt und völlig verbessert werden muss. Wer heute ein Spital in Tirana besucht, der wähnt sich nicht einmal in einem Drittweltland. Hier muss insbesondere auch die schweizerische humanitäre Hilfe einsetzen, und nicht von ungefähr ist denn auch ein Vertreter des Schweizerischen Katastrophenhilfecorps in Tirana. In der albanischen Hauptstadt ist auch ein Schweizer Vertreter des IKRK, der dort u.a. die Situation der politischen Gefangenen überwacht (u.a. Frau Hodscha).

Doch durch den Wahlsieg der Demokratischen Partei sind die Probleme nicht gelöst. Im Gegenteil: die Partei sieht sich grossen Erwartungen gegenüber. Die Menschen hoffen, dass nunmehr endlich der Weg in eine bessere Zukunft beginnen

kann. Die Demokratische Partei hatte vor den Wahlen als oberstes Ziel erklärt, in dem Balkanland müsse es endlich wieder "Ruhe und Ordnung" geben. Wie ihr das gelingen kann, wagt allerdings niemand zu sagen. Die Fabriken stehen mangels Rohstoffen still, zwei Drittel der Erwachsenen sind arbeitslos, in den Läden gibt es kaum etwas zu kaufen. Man rechnet in Tirana allgemein nach dem Wahlsieg der demokratischen Kräfte mit einem Anstieg der Hilfe aus dem Westen. Aber die Erwartungen der hungernden Bevölkerung sind viel zu hoch. Die siegreiche Demokratische Partei steht deshalb vor einem kaum lösbaren Problem. Ausländische Hilfe ist mehr als angesagt, insbesondere auch Schweizerhilfe, nicht dauerhafte Gewöhnung an externe finanzielle und materielle Infusionen, vielmehr Hilfe zur Selbsthilfe.

Beilage 1

Kontakte während den Wahlen:

- Besuch von drei Wahllokalen im und um das Zentrum von Tirana
- Besuch eines Büros, das Wahlberechtigungsscheine (bei Fehlen der Identitätskarte etc.) ausstellte
- Besuche der TV-Studios
- Besuch des Infozentrums
- Besuch der Zentrale der Sozialisten und diejenige der Demokraten
- Gespräche mit anderen ausländischen Wahlbeobachtern, Vertreter des IKRK, TV-Team aus der Schweiz

Beilage 2

Anregungen zur Schweizerhilfe an Albanien

- VOR für Flugplatz (Es gibt überhaupt keine Landehilfe in Tirana. / Die Swissair ist neben der Alitalia die wichtigste Gesellschaft. / Die Swissair ist an der Sicherheit auf dem sonst schon nicht idealen Flugplatz interessiert. / Nach Ansicht der Swissair könnten jederzeit solche VOR als Occasionen gekauft werden.)
- Sofortprogramm für Spitäler (Koordination Katastrophenhilfe mit Hilfswerken)
- praktische Hilfe für Landwirte (Schweizer Jungbauern für Musterbetriebe und Albanien)
- junge albanische Bauern in die Schweiz holen (Programm für Gewerbe analog Beispiel des Gewerbevereins Zürich und Bäcker aus der CSFR)
- Fachleute für Tourismusentwicklung nach Albanien entsenden
- Techn. Kommunikationsmittel (Telefon/Telefax) zur Verfügung stellen
- Betreuung der Albanier aus der Schweiz, nicht aus Jugoslawien

Beilage 3

Checkliste



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Anhang 2

p.B.73.Alb.0.-SUT/ISE

Bern, 22. April 1992

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Herrn
Dr. Alfred Aebi
Fachdienst II
Parlamentsgebäude

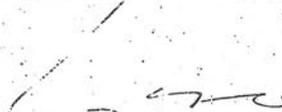
Wahlbeobachtung in Albanien

Sehr geehrter Herr Aebi,

Dem Wunsch der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates entsprechend sende ich Ihnen den Bericht der vom EDA entsandten Beobachter zur Weiterleitung an die Mitglieder der Kommission.

Mit freundlichen Grüssen

Politische Abteilung III
Dienst für Friedensfragen


Peter Sutter

Beilage erwähnt

Auswertebericht Parlamentswahlen Albanien vom 22. März 1992

1. Logistik

1.1. Teilnehmer

Corina Casanova, Zürich
 Paul Dérungs, Bern
 Jürg Nussbaumer, Casserate
 Anne-Marie Thalmann, Bern

Wahlbeobachter
 des EDA

Regina Escher

2. Botschaftssekretärin
 Schweiz. Botschaft,
 Belgrad

1.2. Reise und Aufenthalt

Die EDA-Delegation sowie Frau Escher fliegen am 19.3. mit einem regulären SWISSAIR-Flug von Kloten nach Tirana. Gleichzeitig mit der EDA-Delegation begibt sich Frau Eva Segmüller (CVP/SG) nach Tirana. Am 21.3. treffen Herr Urs Scheidegger (FDP/SO) und Herr Dumeni Columberg (CVP/GR) ebenfalls in Tirana ein. Frau Segmüller und Herr Scheidegger treten als Wahlbeobachter der schweiz. Parlaments, Herr Columberg als Mitglied der Beobachtergruppe des Europarats auf.

Während ein Teil der EDA-Delegation, sowie die drei oberwähnten Parlamentarier am 23.3. in die Schweiz zurückfliegen, bleiben zwei Wahlbeobachterinnen in Tirana und treten ihre Rückreise am 25.3. an.

1.3. Unterkunft und Verpflegung

Dank dem Einsatz von Herrn Richard Maranta vom Schweizer Katastrophenhilfscorps (SKH), sowie des Protokollschefs des albanischen Aussenministeriums, Herr Edmond Haxhinasto, wird die EDA-Delegation im Hotel Tirana untergebracht. Eine Nacht verbringt ein Teil der Wahlbeobachter im "Guri i Kug" Hotel in Pogradec. Während den Wahlen hat der Protokolldienst im ganzen Land Zimmer in den Hotels von Albturist reserviert.

Trotz den im Land herrschenden Nahrungsmittelengpässen gibt es keine Probleme mit der Verpflegung. Wohl ist das Angebot nicht überschwenglich, doch ausreichend.

1.4. Empfang und Begleitung/Transport, Kontakte mit albanischen Behörden

Besonders hervorzuheben sind die Bemühungen von Herrn Maranta und Herrn Haxhinasto. Dank ihrem effizienten Einsatz werden Transport und Begleitung organisiert. Drei Uebersetzer werden der EDA-Delegation durch den Protokolldienst zur Verfügung gestellt.

Kontakte formeller und informeller (Spontankontakte) Natur finden mit folgenden Personen statt:

- Ramiz Alia, Staatspräsident, offizieller Empfang am 20.3. aus Anlass der Wahlen
- Aussen- und Wirtschaftsminister, idem
- Präsident des Parlaments, 19.3.
- Mitglieder der zentralen Wahlkommission in Tirana: am 20.3. findet ein Briefing des Präsidenten der zentralen Wahlkommission statt. Das Wahlsystem und die getroffenen Massnahmen werden erläutert

1.5. Sicherheit

Mögen die gegenwärtigen Behörden die Verteilung der Hilfsgüter mehr oder weniger über die Bühne bringen, so haben sie demgegenüber die Wahrung von Ruhe und Ordnung nicht im Griff. Die vorhandenen Gesetze werden von niemandem eingehalten und von keiner Instanz durchgesetzt. Der Kriminalität sind somit Tür und Tor geöffnet. Wohl sind Polizisten und Soldaten zugegen, doch sind ihre Aufgaben nicht leicht erkennbar. Immerhin ist von dieser Seite keine Bedrohung spürbar. Trotz dieses rechtlosen Zustandes sind die Wahlbeobachter zu keinem Zeitpunkt einer Gefahr ausgesetzt, es sei denn jener im Strassenverkehr.

2. Ambiance, politisches und soziales Klima

Politisch gesehen, befindet sich das Land in einem führungslosen Zustand; wirtschaftlich gesehen: im Ruin; machtmässig (militärisch) gesehen wohl eher in einem Zustand der Schwebel. Die Körperschaft, die sich noch Staat nennt, beschäftigt nach wie vor Tausende von Angestellten, die ohne grossen Einsatz, 100% ihres Lohnes erhalten. Die ehemaligen Staatsangestellten, die entlassen wurden, beziehen noch 80% des letzten Lohnes. Dies äussert sich darin, dass man an Werktagen massenweise Leute auf der Strasse sieht- alle tun nichts. Alle setzen grosse Hoffnungen in eine neue Regierung.

Die Staatsbank druckt fortzu Noten, die Inflation schreitet voran. Als Gegenwert für die Notenausgabe gelten die tonnenweise aus dem Ausland eintreffenden Hilfsgüter. Die Kooperativen liegen brach, die Fabriken stehen grösstenteils still. Die Nahrungsmittel sind knapp, und nur dank der Hilfe aus dem Ausland kann die Versorgungsnot überbrückt werden. Die Energie ist knapp, die medizinische Versorgung vermag die Bedürfnisse in keiner Art und Weise befriedigen.

Verschiedene Stellen äussern denn auch ihre Skepsis gegenüber den bevorstehenden Wahlen. Die Stimmung im Volk sowohl vor, während als auch nach den Wahlen war angeregt, doch kontrolliert.

(vgl. Beilage 1)

3. Kontakte zu den verschiedenen Parteien, anderen Wahlbeobachtern und Organisationen

3.1. Politische Parteien

Dank dem Einsatz von Herrn Maranta, trifft die Schweizerdelegation vor dem Wahltag mit Vertretern der wichtigsten politischen Parteien zusammen:

- Republikanische Partei: Dr. Cerciz Mingomataj, Chief of Foreign Office
- Demokratische Partei: Genc Pollo, Spokesman/Eduard Selami, Secretary
- Sozialistische Partei: Spiro Dede, Vice President (vgl. Beilage 2)
- Sozial-demokratische Partei: President, Vice President

Die Hauptbedenken der verschiedenen Parteien liegen bei dem Registrationsverfahren der Wähler und der nach Wahlgesetz vorgeschriebenen Veröffentlichung der Wählerlisten. Gerüchte über Einschüchterungsversuche, Ungerechtigkeiten während der Wahlkampagne (Zugang zu den Medien, Zwischenfälle bei Wahlmanifestationen, etc.) zirkulieren, aber bleiben Gerüchte. Die zwei Hauptgegner (Sozialisten und Demokraten) werfen sich gegenseitig vor, den Wahlprozess zu fälschen, sind sich aber einig, dass, wer auch gewinnt, sich mit der Wirtschaftslage des Landes beschäftigen und wieder Ruhe und Ordnung herstellen muss. In diesem Sinne sind die Parteiprogramme einander sehr ähnlich mit wenigen Nuancen. Die Oppositionsparteien versprechen sich vor allem im Falle eines Sieges eine beträchtliche Hilfe aus Europa und den USA.

Nach den Wahlen ist zu erfahren, dass die sozialistische Partei gedenkt, den in der ersten Runde überraschend eindeutigen Wahlsieg der Demokraten zu respektieren. Gemäss Aussage des Sekretärs der demokratischen Partei wird eine Koalitionsregierung unter Ausschluss der Sozialisten gebildet werden. Eine der ersten Aufgaben des neuen Parlaments wird darin bestehen, eine neue Verfassung zu geben und einen neuen Staatspräsidenten zu ernennen.

3.2. Andere Wahlbeobachtergruppen

Neben kleineren Delegationen von Parlamentariern aus verschiedenen Ländern (unter anderem Dänemark und Griechenland), waren der Europarat, das IRI (International Republican Institute) und das NDI (National Democratic Institute for International Affairs) sehr stark vertreten. (vgl. Beilage 3)

Mitglieder von UNDP (die bei der Vorbereitung der Wahlen Assistenz leisteten) und eine Organisation namens International Foundation for Electoral Systems haben an der Wahlbeobachtung teilgenommen.

Zum ersten Mal gibt es auch albanische Wahlbeobachter. Die "Society for Free Election and Democratic Culture" stellt etwa 5000 Freiwillige zur Verfügung (vgl. Beilage 4).

- 4 -

Die Schweizerdelegation hat bei mehreren Gelegenheiten mit diesen verschiedenen Wahlbeobachtergruppen Eindrücke und Erfahrungen ausgetauscht.

3.3. Die KSZE

Jack Zetkulic, Stellvertretender Direktor des KSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte, funktioniert als "inoffizieller" Koordinator und Berater der verschiedenen Wahlbeobachtergruppen, ohne jedoch irgendein Einspruchs- oder Vetorecht auszuüben. Die Schweizerdelegation spricht sich mit ihm ab, welche Distrikte sie besuchen wird und erstattet ihm Bericht über die Resultate ihrer Beobachtung am Wahltag, damit er diese in sein "statement" über den allgemeinen Ablauf der Wahlen integrieren kann (vgl. Beilage 5).

3.4. Andere Kontakte

Um Informationen über die allgemeine Lage in Albanien zu sammeln, trifft die Schweizerdelegation mit Vertretern des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, der Liga der Rotkreuz- und Halbmondgesellschaften sowie des Vatikanes zusammen.

4. Die Wahlen

4.1. Organisation der Wahlen

Albanien wird in 100 Wahlzonen aufgeteilt, mit auf nationaler Ebene etwa 4900 Wahlbüros und etwa 20000 Wählern pro Zone. Das Wahlsystem besteht in einer Mischung aus Proporz und Majorz: in der ersten Runde werden die meisten Abgeordneten (100) auf Grund des Mehrheitssystems gewählt; die zweite Runde bestimmt die übrigen 40 oder mehr Abgeordneten, proportional verteilt auf die vertretenen Parteien auf nationaler Ebene. (vgl. Beilage 6)

Die eigentliche Auszählung der einzelnen Wahlzettel wird in den Wahlbüros vorgenommen, dann zusammen mit einem Wahlprotokoll, das mit der Unterschrift der verschiedenen Parteien angehörigen Wahlkommissionsmitgliedern versehen ist, den Wahlkommissionen der respektiven Wahlzonen übermittelt; nach entsprechender Kontrolle werden das Wahlprotokoll, die Stimmzettel, sowie anderes Stimmmaterial zur letzten Kontrolle und nationaler Auszählung an die zentrale Wahlkommission nach Tirana geschickt.

Am 4. Februar 1992 wird ein von allen Parteien anerkanntes Wahlgesetz erlassen (vgl. Beilage 7).

4.2. Ablauf der Wahlen

Am Wahltag besucht die Schweizerdelegation die drei Distrikte Elbasan, Librazhdi und Pogradec, die südöstlich von Tirana, an der Grenze zu Mazedonien, liegen. In diesen Distrikten befinden sich 11 von den 100 Wahlzonen, mit ca. 500 Wahlbüros. Gesamthaft werden 12 Wahlbüros und 3 Zonenwahlkommissionen sowie

- 5 -

1 Polizeistation und 1 Spital aufgesucht.
(vgl. Beilage 8)

Anlässlich dieser Besuche informieren sich die Wahlbeobachter bei den Mitgliedern der Wahlkommissionen, den Parteibeobachtern, den albanischen Wahlbeobachtern, sowie den Wählern selbst über den Verlauf der Wahlen.

Wahlbüros: Die Wahlbeobachter besuchen bei der Öffnung einige Wahlbüros in Elbasan, setzen ihre Beobachtungen in Wahlbüros verschiedener kleiner Dörfer fort, und wohnen der Schliessung von Wahlbüros in Pogradec bei.

In Pogradec besuchen sie zudem eine Polizeistation, in welcher sich 27 wahlberechtigte Insassen befinden.

Zonenwahlkommissionen: Anlässlich einer Vorsprache beim Präsidenten der Zonenwahlkommission von Librazhdi erhalten die Wahlbeobachter einen Ueberblick über die Organisation des Wahlablaufs sowie einige Hinweise über die diesen Distrikt betreffenden Besonderheiten.

In 2 Zonenwahlkommissionen in Pogradec wird beobachtet, wie die aus den Wahlbüros eintreffenden Resultate verwertet und zur Uebermittlung an die zentrale Wahlkommission vorbereitet werden.

Feststellungen:

- Vereinzelt sind Unregelmässigkeiten in den Wählerlisten aufgetaucht (Wähler nicht in Wählerlisten eingetragen). Da die Wählerlisten bereits seit einigen Wochen öffentlich angeschlagen waren, hatten die Wähler die Möglichkeit, sich rechtzeitig zu beschweren.

- Vereinzelt befinden sich Wähler auf angeschlagenen Wählerlisten, nicht jedoch auf den Listen der Kommission des Wahlbüros; wird nach Rücksprache mit der zentralen Wahlkommission bereinigt.

- Auf nationaler Ebene ergibt sich das Problem der Identifikation von Wählern, die keinen gültigen Ausweis besitzen. Zu diesem Zwecke werden Wahlzertifikate ausgestellt, die bis zu 24 Stunden vor Wahlbeginn bei der lokalen Administration zu beziehen sind.

- Die Anzahl ungültiger Stimmzettel liegt gesamthaft gesehen im Rahmen.

- Besonderheiten werden in den Wahlbüros im Wahlprotokoll vermerkt.

- Trotz logistischen Schwierigkeiten ist der Transport der Stimmzettel und anderer Wahlmaterialien (unter Polizeischutz) gewährleistet.

4.3. Würdigung der Wahlen

Ein bis ins letzte Detail ausgearbeitetes System sorgt dafür, dass sich beim Ablauf der Wahlen keine Unregelmässigkeiten grösseren Ausmasses einschleichen können. Im Gegensatz zum letzten Jahr ist die Kontrolle besser gewährleistet.

Aufgrund unserer Beobachtungen halten die Beobachter fest, dass die Wahlen grundsätzlich "free and fair" verlaufen sind.

5. Kritik und Empfehlungen

- Insofern möglich, sollte die Wahlbeobachtergruppe einige Tage vor und nach dem Wahltag im Lande weilen, um an Ort und Stelle Informationen über den Wahlprozess, die allgemeine Lage, das politische Klima, etc. zu sammeln, um Vertreter der Behörden, Parteien, anderer Wahlbeobachtergruppen, etc. zu treffen, und zuletzt auch um zu erfahren, wie der Ablauf der Wahlen lokal beurteilt wird.

- Eine Person (entweder ein Wahlbeobachter oder ein Vertreter des Departementes für auswärtige Angelegenheiten) sollte vorausgeschickt werden, um die rein organisatorischen Aspekte zu erledigen, z. Bsp. Unterkunft, Transport, Uebersetzer, Programmaufstellung, und vor allem auch um das Wahlgesetz und andere wichtige Dokumente (NDI-Bericht) zu erhalten.

- Im Falle, dass schon einmal eine Schweizerdelegation das Land besuchte, sollten die früheren Berichte den Wahlbeobachtern zur Verfügung stehen.

- Ist die KSZE vertreten, ist es sehr empfehlenswert, dass sich die Schweizerdelegation ihrer Koordination fügt, auch in Hinblick auf eine Presseerklärung nach den Wahlen. Sollte die Schweiz es wünschen, eine unabhängige Stellungnahme zu veröffentlichen, muss dies den Wahlbeobachtern ausdrücklich mitgeteilt werden, und das entsprechende "wording" eventuell schon im voraus bestimmt werden. Hier wäre zu erwähnen, dass die Europaratdelegation schon am Montag, den 23.3., um Mittag, bevor alle Resultate aus den Zonen in der zentralen Wahlkommission eingetroffen sind und ohne die anderen Wahlbeobachtergruppen zu konsultieren, die Wahlen für "free and fair" erklärte.

- Vor allem die NDI- und IRI-Vertreter sind sehr "pro-demokratisch" aufgetreten. Man darf fast behaupten, dass die EDA-Wahlbeobachter die einzig wahrhaft neutrale Gruppe war. Diese Eigenart sollte bewahrt und sogar unterstrichen werden gegenüber den Behörden, Parteien und besonders den Wählern.

Bern, den 2. April 1992

Anne-Rose Bol

Anhang 3



NATIONALRAT
CONSEIL NATIONAL
CONSIGLIO NAZIONALE

V. Grendelmeier/APK

10. April 1992

Herrn Nationalrat
Albrecht Rychen
Präsident der APK

Kappelenstrasse 12

3250 Lyss

Sehr geehrter Herr Präsident

Ich bitte Sie, an der Sitzung vom 21. April 1992 auf die zweite Reisedestination für die APK bezüglich EG/EWR zurückzukommen.

Beschlossen wurden Dänemark und Schweden. Das scheint mir problematisch. Dänemark ist der EG gegenüber skeptisch und Schweden hat gegenüber der Schweiz erhebliche Vorbehalte. Ich schlage eine ausgewogenere Auswahl vor:

z.B. Portugal / Norwegen
od. Holland / Finnland
od. Dänemark / Oesterreich etc.

(ein EG-Land + ein EFTA-Land)

Mit freundlichen Grüßen

Verena Grendelmeier

Kopie an alle APK-Mitglieder